

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2001-2002

Jahresmodell LIMA/99

September 2001

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer

Daniela Grozea-Helmenstein

Christian Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Reinhard Koman

Stephan Kossmeier

Elizaveta Krylova

Robert Kunst

Monika Riedel

Ulrich Schuh

Edith Skriner

Andrea Weber

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Zusammenfassung	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2. Die internationale Konjunktur	7
2.1. Internationale Konjunkturprognosen	7
2.2. Länderprognosen	8
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	17
3. Die österreichische Außenwirtschaft	21
Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	22
4. Perspektiven der Inlandskonjunktur	23
Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	24
Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten 3 Monate	25
Abbildung: Inflationsrate	29
Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2000/2001	30
5. Monetäre Prognose	31
Abbildung: Implizite Volatilität	31
Abbildungen: Ergebnisse der monetären Prognose	34/35
Tabellenanhang	36

1. Einleitung und Zusammenfassung

Gedämpfte Wirtschaftsentwicklung bei großer Unsicherheit

Der Terroranschlag vom 11. September hat die Weltwirtschaft in einer labilen Situation getroffen. In den USA zeigten sich Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung, in Europa hingegen war der untere Wendepunkt der Konjunktur noch nicht erkennbar. Der Terroranschlag erhöhte die Volatilität auf den Finanzmärkten beträchtlich. Der teilweise dramatische Einbruch der Aktienkurse entspricht insbesondere in Europa nicht den Fundamentaldaten der Unternehmen. Das Institut geht aber davon aus, dass dieser Schock keine dauerhaften Auswirkungen auf die Weltkonjunktur haben wird.

Das Wachstumstempo der österreichischen Volkswirtschaft hat sich im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr deutlich verlangsamt. Hierbei kamen die negativen Impulse jedoch noch nicht aus dem Ausland, vielmehr entwickelten sich der Konsum und insbesondere die Bauwirtschaft schlechter als erwartet. Vor diesem Hintergrund und den unterstellten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nimmt das Institut seine Wachstumsprognose für Österreich auf 1.4 % heuer und 1.7 % nächstes Jahr zurück. Es muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass gegenwärtig die Prognoserisiken deutlich größer sind als üblich. Auch eine vorübergehende Stagnation der Weltwirtschaft kann nicht ausgeschlossen werden, ist aber aus der gegenwärtigen Sicht des Instituts sehr unwahrscheinlich.

Die vorliegende Prognose für Österreich beruht auf folgenden Annahmen über die Entwicklung der Weltwirtschaft: Nach der konjunkturellen Abschwächung der amerikanischen Wirtschaft in der ersten Jahreshälfte mehrten sich in den letzten Monaten Anzeichen einer Trendwende. Fallende Produktionspreise, steigende Auftragseingänge und eine belebte Bautätigkeit ließen eine Wachstumsbeschleunigung im dritten Quartal erwarten. Der Terroranschlag am 11. September erschütterte die Aktienmärkte; die Umsätze der größten Handelsketten fielen. Eine Normalisierung der Wirtschaftslage könnte jedoch bereits im vierten Quartal eintreten. Das Institut schätzt daher, dass im laufenden Jahr die Wirtschaft der USA nur um 1 % wächst. Für das Jahr 2002 wird mit einer Wachstumsbeschleunigung auf 2 ¼ % gerechnet. Der private Konsum dürfte sich dabei nur leicht beschleunigen. Investitionstätigkeit und Exporte werden sich hingegen deutlich verbessern.

Das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum hat sich im zweiten Quartal abgeschwächt und lag nur noch um 1.7 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. In den letzten Monaten gab es im gesamten europäischen Wirtschaftsraum Entspannungsanzeichen bei Preisen, hingegen verschlechterten sich Investitionstätigkeit und Konsumausgaben. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Terroranschläge gegen die USA sind für die europäische Wirtschaft gegenwärtig noch kaum abschätzbar. Man geht jedoch davon aus, dass ab dem 11. September eine Abschwächung der globalen Güter- und Kapitalströme eintritt und sich dadurch auch die erwartete Konjunkturbelebung in der Europäischen Union verzögert. Vor diesem Hintergrund dürfte die Wirtschaft der EU im laufenden Jahr um 1 ¾ % und im nächsten Jahr um 2 % wachsen.

Das Wirtschaftswachstum Deutschlands wird im laufenden Jahr höchstens 1 % ausmachen. Konsum und Ausrüstungsinvestitionen wuchsen nicht ausreichend, um die rückläufigen Bauinvestitionen abzufangen. Erst am Anfang des nächsten Jahres ist mit einer leichten Belebung der Konjunktur zu rechnen. Vom

Welthandel, der nachlassenden Teuerung und der Steuersenkung gehen jedoch nicht genug Stimuli aus, um die Wirtschaftsbedingungen in Deutschland nachhaltig zu verbessern. Die Wirtschaftsleistung dürfte demnach im nächsten Jahr um 1 ½ % zunehmen.

Nach der kräftigen Entwicklung im Vorjahr geht das Wachstum des realen privaten Konsums in Österreich im heurigen Jahr auf 1.5 % zurück. Ursache für diese Entwicklung sind die schwache Einkommensdynamik und die höheren Verbraucherpreise. Für nächstes Jahr ist ein Konsumwachstum von 1.7 % zu erwarten. Im gesamten Prognosezeitraum stützt der private Konsum die Wirtschaftsentwicklung. Die schwache reale Einkommensdynamik wird durch eine Rücknahme der Sparquote teilweise kompensiert.

Im Vorjahr sind die Bruttoinvestitionen noch um 2.4 % gewachsen. Im heurigen Jahr verlangsamt sich das Wachstum auf 0.3 %. Die Revision bei diesem Aggregat geht auf eine deutlich schwächer eingeschätzte Baukonjunktur zurück. Während bei der letzten Prognose noch ein Wachstum von 1 % erwartet wurde, schrumpfen die Bauinvestitionen im heurigen Jahr um 2 %. Nächstes Jahr wird eine Stagnation der Baukonjunktur erwartet. Die schlechte Stimmung drückt auch auf die Ausrüstungsinvestitionen. Für heuer erwartet das Institut eine deutliche Verlangsamung des Wachstumstempos bei diesem Aggregat (2.5 %), nächstes Jahr hingegen eine leichte Belebung (3.5 %).

Im Jahr 2000 ist die Inlandsnachfrage noch um 2.0 % gewachsen. Auf Grund der nachlassenden Konsumdynamik und der äußerst mäßigen Baukonjunktur wird die Inlandsnachfrage 2001 nur um 0.8 % zunehmen. Für 2001 wird ein Wachstum von 1.4 % erwartet.

Die Abschwächung der internationalen Wirtschaftsdynamik drückt auf die heimische Exportwirtschaft. Gegenüber dem Vorjahr wird sich die Wachstumsrate der Exporte laut VGR auf 4.8 % halbieren. Trotz der leichten Besserung der internationalen Konjunkturlage im nächsten Jahr werden die österreichischen Exportmärkte nur mäßig wachsen. Für 2002 wird ein Anstieg der österreichischen Exporte laut VGR von 4.4 % erwartet. Die Warenexporte steigen in beiden Prognosejahren um 4.5 %. Positiv entwickelt sich der Reiseverkehr mit einem Wachstum von 3.5 % bzw. 2.6 %. Auf Grund des schwächeren Tempos der Internationalisierung und der gedämpften Inlandsnachfrage geht auch das Importwachstum im Prognosezeitraum deutlich zurück (3.7 % bzw. 4.0 %). Die Warenimporte werden 4.0 % bzw. 4.2 % betragen. Insgesamt gesehen geht damit von der Außenwirtschaft weiterhin ein positiver Wachstumsimpuls aus.

Das Leistungsbilanzdefizit betrug im Jahr 2000 78.6 Mrd. ATS. Auf Grund der durch die schwache Binnennachfrage ausgelösten geringen Importdynamik und dem Wegfall der Effekte des Energiepreisanstiegs rechnet das Institut im Prognosezeitraum mit einer weiteren Verbesserung des Leistungsbilanzsaldos auf 69 Mrd. ATS bzw. 63 Mrd. ATS.

Nach dem starken Anstieg der Verbraucherpreise in der ersten Jahreshälfte ist in den letzten Monaten eine sinkende Tendenz der Inflationsrate festzustellen. Nach 3.4 % im Mai (der höchsten Wert seit 8 Jahren) beläuft sich die Inflationsrate im August nur mehr auf 2.5 %. Während die auf Grund der BSE-Krise stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise weiterhin preistreibend wirken, läuft der Effekt der hohen Energiepreise aus. Die Kerninflation ist aber weiterhin sehr hoch. In den nächsten Monaten dürfte sich die

Inflationsdynamik weiter abschwächen. Im Jahresdurchschnitt 2001 wird die Inflationsrate laut Institutsprognose 2 ½ Prozent betragen. Auf Grund der deutlich verschlechterten Konjunkturaussichten erwartet das Institut für 2002 einen weiteren Rückgang der Inflation auf etwas über 1 ½ %. Diese Prognose basiert auf der Annahme einer sehr moderaten stabilitätskonformen Lohnrunde, einer leichten Aufwertung des EURO und einer stabilen Preisentwicklung bei den Rohstoffpreisen.

Die Arbeitsmarktentwicklung kann sich von der allgemeinen Konjunkturlage nicht abkoppeln und wird ungünstiger verlaufen als noch bei der letzten Prognose erwartet. Die Beschäftigtenzahl wird nur noch um 0.4 % bzw. 0.2 % zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 2001 wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um rund 6.000 Personen ansteigen. Auch im folgenden Jahr ist mit einem Anstieg in etwa der selben Größenordnung zu rechnen. Ausgehend von 5.8 % im Jahr 2000 wird die Arbeitslosenquote in nationaler Definition auf 6.0 % (2001) bzw. 6.2 % (2002) klettern. Laut EUROSTAT-Berechnungsmethode beiträgt die Arbeitslosenquote 3.8 % bzw. 4.0 %.

Die fiskalpolitische Entwicklung im Prognosezeitraum wird durch den Budgetkonsolidierungskurs und die schwache Konjunkturentwicklung gekennzeichnet. Das Institut geht trotz der Konjunktüreintrübung davon aus, dass die geplante Absenkung der Nettodefizitquote auf 0.75 % im Jahr 2001 erreicht werden kann. Für das Jahr 2002 erwartet das Institut gegenwärtig eine Nettodefizitquote von 0.2 %. Die Schätzung der Nettodefizitquote ist angesichts der schwer überschaubaren konjunkturellen Lage mit großen Unsicherheiten verbunden. Prinzipiell sollte am Budgetkonsolidierungskurs festgehalten werden. Aus ökonomischer Sicht ist es aber vernünftig automatische Stabilisatoren wirken zu lassen, und damit rein konjunkturell verursachte Einnahmefälle bzw. Mehrausgaben nicht zu kompensieren. Eine Bewertung der Budgetpolitik sollte daher anhand struktureller Budgetsalden, die konjunkturelle Effekte ausblenden, erfolgen. Längerfristig gesehen ist weiterhin strikteste fiskalische Disziplin notwendig, um die Finanzierbarkeit des Staatshaushalts in Österreich zu sichern.

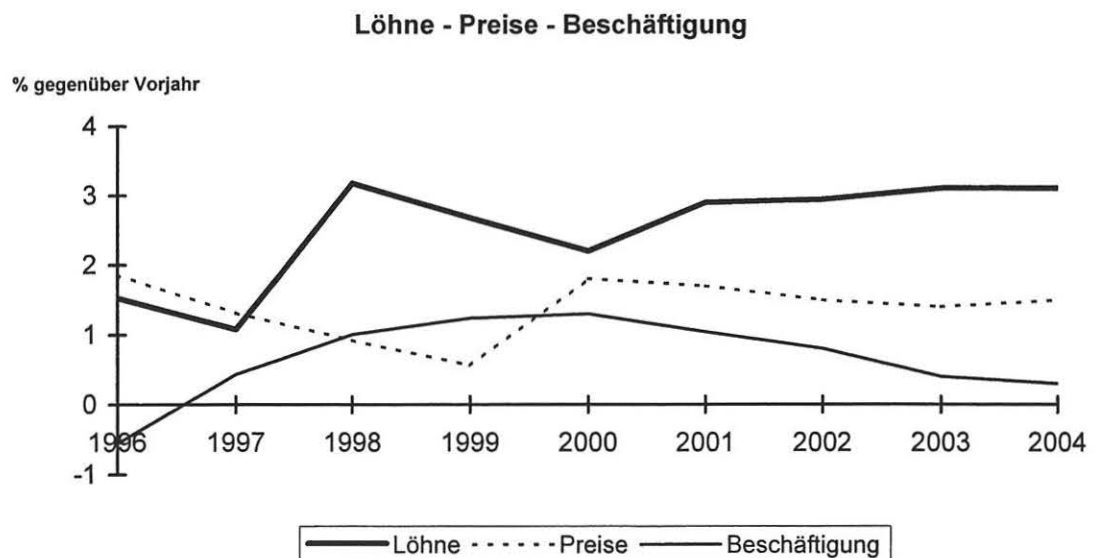
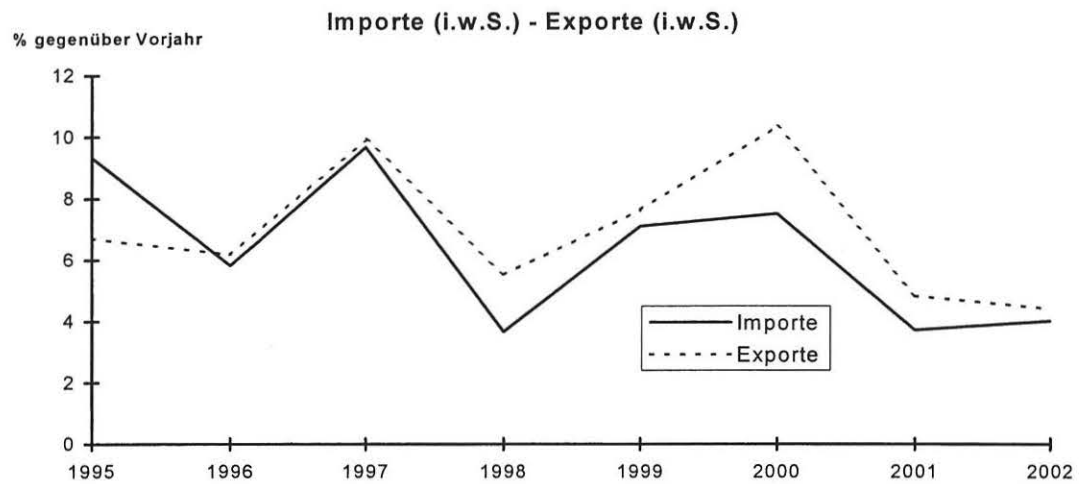
Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

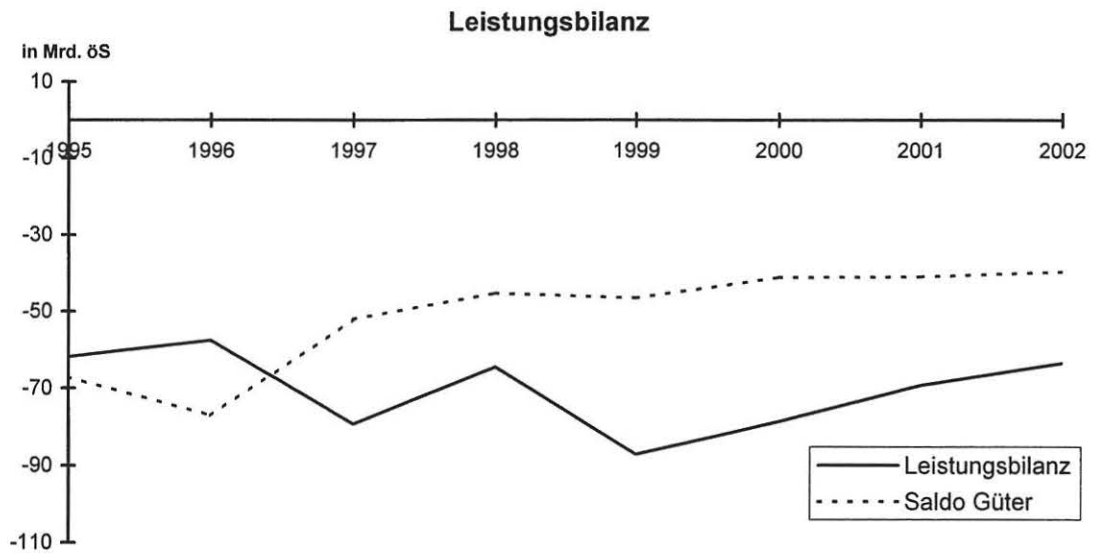
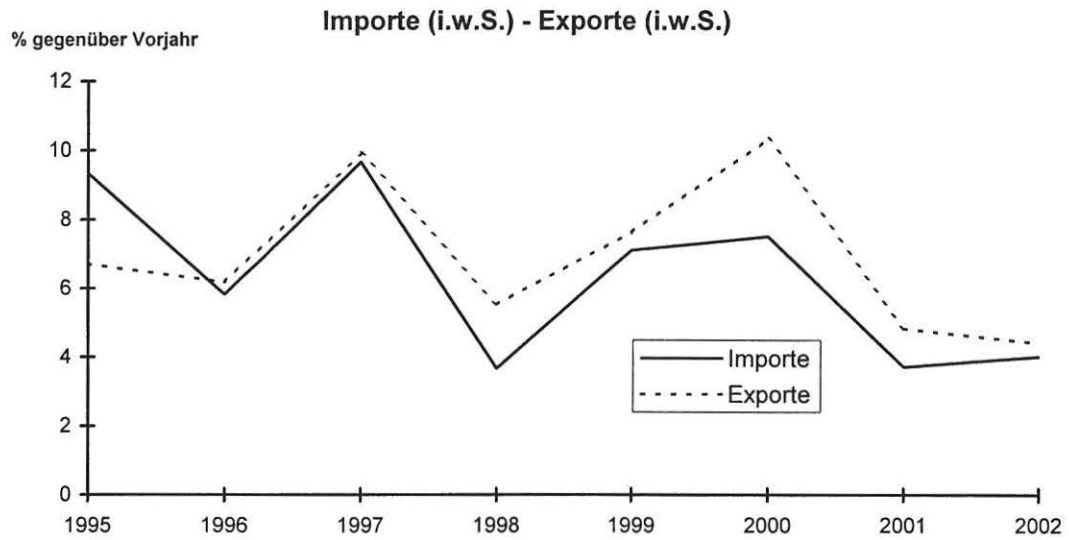
	2000	2001	2002
Bruttoinlandsprodukt, real	3.3	1.4	1.7
Privater Konsum, real	2.7	1.5	1.7
Bruttoinvestitionen insg., real	2.4	0.3	2.1
Ausrüstungsinvestitionen, real	6.0	2.5	3.5
Bauinvestitionen, real	1.3	-2.0	0.0
Inlandsnachfrage, real	2.0	0.8	1.4
Exporte i.w.S., real	10.3	4.8	4.4
Waren, real (lt. VGR)	12.5	4.5	4.4
Reiseverkehr, real (lt. VGR)	2.6	3.5	2.6
Importe i.w.S., real	7.5	3.7	4.0
Waren, real (lt. VGR)	7.5	4.0	4.2
Reiseverkehr, real (lt. VGR)	5.2	2.5	1.5
Unselbständig Aktivbeschäftigte	1.0	0.4	0.2
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	5.8	6.0	6.2
Arbeitslosenquote: EUROSTAT-Definition ^{*)}	3.7	3.8	4.0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.5	3.1	2.7
Preisindex des BIP	1.2	1.9	1.6
Verbraucherpreisindex	2.3	2.6	1.6
3-Monats-Euroanleihen-Rendite ^{*)}	4.5	4.2	4.1
10-Jahres-Euroanleihen-Rendite ^{*)}	5.4	5.0	4.9
Leistungsbilanz (Mrd. ATS) ^{*)}	-78.6	-69.2	-63.3

^{*)} absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /2



2. Die internationale Konjunktur

2.1. Internationale Konjunkturprognosen

Der Weltwirtschaft entwickelt sich im laufenden Jahr langsamer als erwartet. Das Institut hat daher die Prognose für den Welthandel um 2.7 Prozentpunkte nach unten revidiert. Demnach werden sich die realen Exporte weltweit um nur 2.5 % beschleunigen. Durch die Terroranschläge gegen die USA am 11. September ist die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft sehr ungewiss geworden. Das Institut geht jedoch davon aus, dass sich die wirtschaftliche Lage zum Jahresende wieder stabilisieren wird. Unterstützend wirkt dabei der gemeinsame Zinsschritt der wichtigsten Notenbanken. Allen voran senkten Fed und EZB ihre Leitzinsen um 50 Basispunkte. Das sinkende Zinsniveau und die abklingende Teuerung dürften die globalen Wirtschaftsbedingungen im nächsten Jahr wieder verbessern. Es wird auch angenommen, dass sich der Rohölpreis auf 25 USD pro Fass stabilisiert und der Euro im Jahresdurchschnitt 2002 nicht die Parität erreicht. Unter diesen Voraussetzungen ist im nächsten Jahr eine Zunahme des Welthandels um 7 % möglich.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Prognose für das diesjährige Wachstum der Weltwirtschaft von 3.2 auf 2.5 % reduziert. Zum Jahresende sollte bereits eine Besserung der Nachfrage eintreten. Im Jahr 2002 rechnet der IWF mit einem Aufschwung und schätzt das weltweite Konjunkturplus auf 3.6 %. Von der Wachstumsabschwächung im laufenden Jahr sind alle Teile der Welt betroffen. Laut Institutsprognose wird sich das Wirtschaftswachstum der OECD-Länder von 3.5 % im vergangenen Jahr, heuer auf 1 ½ % verlangsamen. Im nächsten Jahr ist ein Wachstum von 2 ¼ % möglich.

Die Länder Südasiens bekommen nicht nur die Konkurrenz Chinas zu spüren, auf Grund starker wirtschaftlicher Verflechtungen greift auf diese Länder auch die Konjunkturabschwächung in den USA und Japan über. Schon vor dem Terroranschlag sanken in der Region Exporte und Investitionen und auch die Finanzmärkte schwächten sich ab. Auch in Lateinamerika macht sich die Wachstumsabschwächung der US-Wirtschaft bemerkbar. Das Wirtschaftswachstum Lateinamerikas dürfte heuer nur 1.1 % betragen, da die sich die Konjunktur insbesondere in Argentinien, Brasilien und Mexiko deutlich verlangsamt.

Das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum schwächte sich im zweiten Quartal ab und lag nur noch um 1.7 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Auch am Anfang des dritten Quartals entwickelte sich die europäische Wirtschaft schwach. Im gesamten europäischen Wirtschaftsraum gab es zwar Entspannungszeichen bei Preisen, jedoch verschlechterten sich die Investitionstätigkeit und der private Konsum. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Terroranschläge gegen die USA auf Europa sind nur schwer abschätzbar. Das Institut erwartet, dass die Wirtschaft der EU im laufenden Jahr um 1 ¾ % und im nächsten Jahr um 2 % wachsen wird.

Die Talfahrt der Konjunktur in der Euro-Zone macht sich derzeit nicht nur in weiter verschlechterten Stimmungsindikatoren, sondern auch im Rückgang von Auftragseingängen und Kapazitätsauslastung bemerkbar. Auftragslage, Personalabbau und eine rückläufige Produktion bewirkten im August, einer Umfrage zufolge, einen erneuten Geschäftsrückgang im verarbeitenden Gewerbe der Euro-Zone. Dies signalisiert der Reuters-Einkaufsmanager-Index, der auf eine Kontraktion in diesem Wirtschaftsbereich

hinweist. Positiv zu werten ist hingegen die Tatsache, dass die Industrie der Umfrage zufolge im August den Abbau ihrer Lagerbestände vorantreibt, und zwar mit dem höchsten Tempo seit Beginn der Umfrage vor über vier Jahren.

Bereits vor dem Terroranschlag auf die USA hat in den EU-Ländern die Teuerung nachgelassen. So hat sich die Inflation, gemessen am Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euro-Raum, im August auf 2.7 % verringert. In Deutschland stiegen die Preise gegenüber August 2000 um 2.6 %. Damit lag die Preisentwicklung der größten Volkswirtschaft des Euro-Raums knapp unter dem Durchschnittswert. Den höchsten Preisanstieg verzeichneten mit 5.2 % die Niederlande gefolgt von Griechenland und Portugal (4 %). Die niedrigsten Raten verbuchten Frankreich mit 2 %, sowie Dänemark, Luxemburg und Belgien mit jeweils 2.5 %.

Der von den vergangenen Erhöhungen der Energie- und Importpreise ausgelöste Aufwärtsdruck bei den Preisen lässt allmählich nach. Darüber hinaus dürften sich die durch die jüngsten Preisschocks bei Nahrungsmitteln erzeugten Preissteigerungen bald abschwächen. Wenn weitere Schocks ausbleiben, dürfte die Inflation im Euro-Raum im nächsten Jahr unter die 2-Prozent Marke fallen. Dies schafft Spielraum für weitere Zinssenkungen durch die EZB. Zur Zeit liegt der Referenzzinssatz bei 3.75 %. Auf Grund der schwachen Wirtschaftsentwicklung rechnet das Institut mit weiteren Zinssenkungen in diesem Jahr.

Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der Eurozone lag im Juli unverändert gegenüber dem Vormonat bei 8.3 %. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 0.5 Prozentpunkte. Auch in der gesamten EU blieb die Arbeitslosenquote mit 7.6 % gegenüber Juni konstant, nachdem sie im Vergleichsmonat 2000 noch 8.1 % betragen hatte. Zu den Ländern mit der niedrigsten Arbeitslosenquote zählen Luxemburg (2.5 %), Irland und Österreich (jeweils 3.8 %), sowie Portugal (4.3 %). Für die Niederlande, die im Juni mit 2.3 % die niedrigste Quote aufwiesen, liegt noch kein aktueller Wert vor. Spanien hatte mit 13.0 % weiter die höchste Arbeitslosenquote der EU. Der massive Stellenabbau einiger Großunternehmen wurde hier noch nicht berücksichtigt. In der zweiten Jahreshälfte ist daher mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

2.2. Länderprognosen

Deutschland

Die Wachstumsaussichten der deutschen Wirtschaft haben sich im Jahresverlauf weiter eingetrübt. Das Wirtschaftswachstum dürfte heuer nur 1 % ausmachen. Frühestens nach der Jahreswende könnte die Konjunktur der deutschen Wirtschaft etwas belebter ausfallen. Von der erwarteten Beschleunigung des Welthandels, der nachlassenden Teuerung und Steuersenkung geht jedoch nicht genug Stimulus aus, um die Wirtschaftsbedingungen in Deutschland nachhaltig zu verbessern. Die Wirtschaftsleistung wird demnach im nächsten Jahr um 1 ½ % zunehmen.

Im zweiten Quartal des laufenden Jahres stagnierte die deutsche Wirtschaft im Vergleich zum Vorquartal. Konsum und Ausrüstungsinvestitionen wuchsen nicht ausreichend um die rückläufigen Bauinvestitionen

abzufangen. Das negative Wachstum der Inlandsnachfrage wurde jedoch vom Außenbeitrag überkompensiert. Durch die nachlassende internationale Nachfrage verlangsamte sich zwar das Exportwachstum, dieser Entwicklung standen jedoch noch langsamer wachsende Importe gegenüber.

Die Zuwachsrate des deutschen privaten Konsums hat sich im heurigen Jahr deutlich verlangsamt. Im dritten Quartal steigen die nominellen Einzelhandelsumsätze noch an, die realen Umsätze verringern sich jedoch. Bis zum Jahresende ist keine Belebung in Sicht, da Beschäftigung und reale Löhne sinken. Im Jahr 2001 werden die realen Konsumausgaben voraussichtlich mit 0.8 % weit unter dem langjährigen Durchschnitt von 1.5 % liegen. Durch die nachlassende Teuerung im nächsten Jahr wird die Konsumnachfrage wieder belebter ausfallen. Zusätzlich kürzte auch die öffentliche Hand im laufenden Jahr ihre Ausgaben. Durch die schwache Konjunktorentwicklung und Steuererleichterungen fallen die Staatseinnahmen geringer aus als im Vorjahr. Insgesamt dürfte das Defizit des öffentlichen Haushalts im laufenden Jahr erheblich höher als im Vorjahr ausfallen. Die Notenbanken halten sogar eine Defizitquote von etwas über 2 % für möglich.

Eine konjunkturelle Beschleunigung dürfte vom Unternehmensbereich kommen. Im Bauhauptgewerbe setzt sich die Erholungstendenz, die im zweiten Quartal begann, weiter fort. Die Anzahl der gesamten Baugenehmigungen liegt zwar noch immer unter dem Vorjahresniveau, die Verbesserung dieses Indikators zeigt jedoch Kontinuität. Laut Umfrage wird auch im dritten Quartal des laufenden Jahres ein Anstieg erwartet. Das Wachstum der Bauinvestitionen, das seit dem zweiten Quartal 2000 rückläufig ist, wird daher zur Jahreswende wieder ein positives Vorzeichen tragen.

Die Industrieproduktion - ohne Bau - verstärkt ihre Talfahrt im zweiten Quartal und auch am Anfang des dritten Quartals ist keine Besserung in Sicht. Der Ifo-Konjunkturtest vom September bestätigt im wesentlichen dieses Bild. Dabei wurden die künftigen Geschäftsaussichten pessimistischer eingeschätzt als im Vormonat. Das Volumen neuer Auftragseingänge aus dem In- und Ausland ging im Juli auf das Niveau vom Jänner 1999 zurück. Hier ist deutlich zu erkennen, dass die deutsche Wirtschaft Aufträge aus dem Ausland benötigt, um Wachstumsraten von über 2 % zu erzielen. Die Abschwächung des Exportwachstums seit Jahresanfang wird sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte weiter verschärfen und dürfte vor allem im nächsten Jahr auf Grund von internationaler Wirtschafts- und Wechselkursentwicklung keine Stütze der Konjunktur sein.

Als Folge der Wirtschaftsflaute wird sich der Abbau der Arbeitslosigkeit weiter hinauszögern. Die Arbeitslosenrate dürfte heuer und im nächsten Jahr durchschnittlich 7.7 % betragen. Ein positiverer Ausblick zeichnet sich jedoch bei der Preisentwicklung ab, da sich im dritten Quartal die Steigerungsraten im Vergleich zum Vorjahr deutlich verlangsamen. Die Verbraucherpreise stiegen um 2.6 % verglichen mit 3.1 % im Vorquartal. Die Produktionspreise legten um nur 2.0 % zu nach 4.6 % im zweiten Quartal. Bis zum Jahresende wird die Teuerung weiter nachlassen. Im Jahre 2001 wird die Inflationsrate daher durchschnittlich 2.7 % ausmachen, sie dürfte im nächsten Jahr weiter auf 2.3 % absinken.

Weitere westeuropäische Länder

Die **italienische** Wirtschaft entwickelt sich heuer etwas langsamer als im langjährigen Durchschnitt. Die Wachstumsrate wird auf 1 ¾ % geschätzt. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren dürfte sich das Wachstum der Inlandsnachfrage halbieren und bei 1 % liegen. Der Außenbeitrag verbessert sich, weil der langsameren Entwicklung bei den Exporten eine noch geringere Importtätigkeit gegenüber steht. Auf Grund der gedämpften konjunkturellen Entwicklung, wurden die Steuersenkungspläne der Regierung aufgeschoben. Außerdem wurde das Budgetziel, das im laufenden Jahr eine Defizitquote von 0.8 % des BIP vorsah auf 1.5 % angehoben. Im nächsten Jahr wird sich das Konjunkturbild kaum verändern.

In der ersten Jahreshälfte wuchs die italienische Wirtschaft im Vergleich zum Vorjahr noch um 2.3 %. Im dritten Quartal schwindet das Vertrauen bei Unternehmern und Konsumenten, da die versprochenen fiskalischen Erleichterungen ausbleiben und der Zuwachs bei Löhnen und Gehältern unter der Inflationsrate liegt. Die italienische Industrie ist einerseits mit der gedämpften Kauffreude der Haushalte konfrontiert, andererseits verringert sich auch die Nachfrage aus dem Ausland. Darüber hinaus wirkt sich die Unsicherheit, die von der derzeitigen internationalen politischen Lage ausgeht, dämpfend auf die Nachfrageentwicklung aus. Bis zum Jahresende wird sich daher die Wirtschaftsdynamik deutlich abschwächen, die Talsohle dürfte am Beginn des nächsten Jahres erreicht sein.

Die Arbeitslosenquote fiel zwar in der ersten Jahreshälfte unter die 10 Prozent-Marke, im dritten Quartal verschlechtert sich aber der Arbeitsmarkt und auch im nächsten Jahr dürfte die Arbeitslosigkeit geringfügig ansteigen. Wie in den anderen Ländern der EU schwächt sich die Teuerung im August und September ab. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die expansive Geldpolitik der EZB in Italien wieder eine Beschleunigung in der Preisentwicklung bewirkt.

Die Wirtschaft **Frankreichs**, die zweitgrößte Europas, weist ein stabiles Wachstum auf. Trotz der deutlichen Verlangsamung der globalen Wirtschaft wird sich das französische Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr auf 2 % beschleunigen und liegt somit über dem europäischen Durchschnitt. Treibende Kraft bleibt dabei die inländische Nachfrage. Eine deutliche Abschwächung ist jedoch in der Exportentwicklung zu beobachten. Im nächsten Jahr bleibt der Konsum auf hohem Niveau und die Investitionstätigkeit verstärkt sich. Trotz der erwarteten Zunahme des Welthandels wird das Exportwachstum weiter an Fahrt verlieren und somit verschlechtert sich auch der Außenbeitrag. Die wirtschaftliche Expansion wird daher auch im nächsten Jahr bei 2 % liegen. Trotz des in Aussicht gestellten langsamen Wirtschaftswachstums will die französische Regierung an den zugesagten Steuersenkungen festhalten.

Im zweiten Quartal wuchs die französische Wirtschaft mit 2.8 % im Vorjahresvergleich deutlich rascher als die der Nachbarländer. Die solide Konjunktorentwicklung wurde von der Nachfrage der Haushalte gestützt, die mehr als 50 % des BIP ausmacht. Basis für die Ausgabenfreudigkeit der Konsumenten ist das stetig steigende Realeinkommen. Eine strukturelle Schwäche weist jedoch die französische Industrie auf. Der IWF kritisiert, dass die Beschäftigungsquote unterdurchschnittlich ist und der Abbau der Arbeitslosigkeit zu langsam vorangeht. Was die Entwicklung der Industrie (ohne Bau) im Juli betrifft, so verzeichnet Frankreich mit einem Jahreswachstum von 1.5 % im Vergleich zu Deutschland (0.7 %), Italien (-0.6 %) und dem Vereinigten Königreich (-1.3 %) eine bedeutend stärkere Wachstumsdynamik. Bis zum Jahresende dürfte

sich das Wachstumstempo der industriellen Produktion etwas verlangsamen, es wird aber noch immer um etwa einen Prozentpunkt über dem Niveau des Vorjahres liegen. Der Beschäftigungszuwachs in der französischen Industrie dürfte im laufenden Jahr ausreichen um eine leichte Verbesserung am Arbeitsmarkt zu bewirken. Die heurige Inflationsrate wird auf 2 % geschätzt und liegt somit deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

Das **Vereinigte Königreich** weist starke wirtschaftliche Verflechtungen mit den USA auf. Sie bestehen vorwiegend aus Firmenbeteiligungen und Portfolioinvestitionen. Insofern entstand durch den Terroranschlag in den USA und seine Folgen am Kapitalmarkt für die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs ein größeres wirtschaftliches Risiko als für die anderen europäischen Länder. Von einer raschen Stabilisierung in den USA ausgehend, könnte die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs im laufenden Jahr um 2 ¼ % wachsen. Wie in den USA wird das Wirtschaftswachstum von einer starken Nachfrage der privaten Haushalte getragen. Hohe Importe verschlechtern jedoch den Außenbeitrag, da die derzeitigen Exportchancen der britischen Industrie nur moderat sind. Im nächsten Jahr dürften sich die wirtschaftlichen Bedingungen in der verarbeitenden Industrie verbessern und sich in einer belebteren Investitionstätigkeit widerspiegeln. Man kann daher von einer leichten gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbeschleunigung im nächsten Jahr ausgehen.

Im zweiten Quartal stieg das Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Vorjahresperiode um 2.1 %. Während die Zuversicht der privaten Haushalte ungebrochen ist, verzeichnete die Industrieproduktion (ohne Bau) die stärkste Abschwächung seit dem Beginn des Jahrs 1999. Die letzte Konjunkturumfrage des britischen Industrieverbands CBI gibt keine Hoffnungen auf einen baldigen Aufschwung. Nach wie vor haben die Industrieunternehmen mit einem im Vergleich zum Euro relativ hohen Wechselkurs zu kämpfen, und leiden unter der Schwäche der Weltkonjunktur. Eine Zinssenkung durch die Bank of England könnte die Industrie beleben, sie würde jedoch auch die Nachfrage der privaten Haushalte ankurbeln und das mittelfristige Inflationsziel von 2.5 % bedrohen. Trotz Entlassungen in der Industrie ist es dem Dienstleistungssektor bislang gelungen, diese Entwicklung mehr als zu kompensieren. Die Arbeitslosenquote wird heuer 5 % betragen und dürfte im nächsten Jahr weiter fallen.

Die **Schweizer** Wirtschaft verzeichnet im laufenden Jahr bei Konsum, Investitionen und Exporten eine Wachstumsverlangsamung. Von den Terroranschlägen auf die USA werden hingegen mittel- und längerfristig keine bedeutenden makroökonomischen Effekte auf die schweizerische Wirtschaft erwartet. Mit einer prognostizierten Expansionsrate für das Gesamtjahr von 1 ¾ % bewegt sich die Schweizer Wirtschaft weiterhin auf dem auf 1.5 bis 2 % geschätzten potenziellen Wachstumspfad, der weder Beschäftigung noch Preisstabilität gefährdet. Im nächsten Jahr wird sich die Investitionstätigkeit weiter verlangsamen und auch eine Beschleunigung bei den Exporten wird wechsellkursbedingt ausbleiben. Das Wirtschaftswachstum der Schweiz wird daher auf 1 % zurückgehen.

Das reale Bruttoinlandprodukt der Schweiz ist nach ersten Schätzungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) im zweiten Quartal des laufenden Jahres im Jahresabstand um 1.7 % gewachsen. Damit setzte sich die seit Mitte 2000 feststellbare Wachstumsverlangsamung in gemäßigttem Tempo fort. Im dritten Quartal signalisieren rückläufige Bauaktivitäten und fehlende Auftragseingänge, dass sich die Konjunktur weiter verlangsamt. Auch das, im August erhobene Konjunkturbarometer der

Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF), deutet auf eine anhaltende Konjunkturabschwächung hin. Laut Mitteilung der KOF war für die neuerliche Abschwächung die etwas schlechtere Stimmung im Handels- und Konsumbereich ausschlaggebend. Trotz nachlassender Teuerung und stabilem Arbeitsmarkt schätzen die Konsumenten ihre finanzielle Lage für die nächsten zwölf Monate etwas weniger günstig ein als noch im Vorquartal.

USA

Das Wirtschaftswachstum der USA für das Jahr 2000 wurde von 5.0 % auf 4.1 % nach unten revidiert. Änderungen wurden zum größten Teil bei den Investitionen vorgenommen, während der private Konsum und die Staatsausgaben nur leicht korrigiert wurden. Schon während der konjunkturellen Abschwächung in der ersten Jahreshälfte, mehrten sich Anzeichen einer Trendwende im dritten Quartal. Der Terroranschlag am 11. September erschütterte den Aktienmarkt; die Umsätze der größten Handelsketten fielen. Eine Normalisierung der Wirtschaftslage könnte bereits im vierten Quartal eintreten. Das Institut schätzt daher, dass im laufenden Jahr die Wirtschaft der USA um 1 % wachsen dürfte. Für das Jahr 2002 wird mit einer Wachstumsbeschleunigung auf 2 ¼ % gerechnet, wobei von der expansiven Fiskal- und Geldpolitik und vom Nachlassen der Teuerung Nachfrageimpulse ausgehen werden. Das Wachstum des privaten Konsums dürfte sich dabei leicht beschleunigen. Investitionstätigkeit und Exporte werden sich hingegen deutlich verbessern.

Im zweiten Quartal verzeichnete die US-Wirtschaft die geringste Wachstumsrate seit acht Jahren. Während das Wirtschaftswachstum zum Vorquartal kaum zunahm, stieg es im Vorjahresvergleich um 1.3 %. In der ersten Jahreshälfte beschleunigte es sich zum Vorjahr um durchschnittlich 1.9 %. Die Industrie erlebte im ersten Halbjahr eine Rezession. Die Nachfrageabschwächung aus dem In- und Ausland veranlasste die Unternehmen die überschüssigen Lagerbestände zu reduzieren, was sich negativ auf Kapazitätsauslastung und Produktion auswirkte. So wurde das US-Wirtschaftswachstum in der ersten Jahreshälfte vorwiegend vom Konsum der privaten Haushalte getragen. Die Kauflust der Konsumenten war auf Arbeitsmarkt- und Preisentwicklung zurückzuführen. Beispielweise war am Beginn der Rezession des Jahres 1991 die Arbeitslosenrate mit 6.5 % um 2.5 Prozentpunkte höher als am Beginn der derzeitigen Wirtschaftsabschwächung. Damals lag auch die Preissteigerung um einen Prozentpunkt über dem derzeitigen Niveau. Im laufenden Jahr stimulierten niedrigere Zinsen vor allem den Bau und den Kauf von Eigenheimen. Im Juli und August verlangsamte sich die Nachfrage im Einzelhandel etwas, eine Wachstumsbeschleunigung wurde jedoch für September erwartet, da Steuerrückzahlungen an Haushalte wirksam wurden.

Bereits seit Jänner des laufenden Jahres gab es Anzeichen, die auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage in der zweiten Jahreshälfte hindeuten. Im Hausbau gab es starke Zuwächse, einen Aufwärtstrend in der Industrie kündigten die wachsenden Auftragseingänge laut Purchasing Mangers Index an, und der Abbau der Lager fiel in der ersten Jahreshälfte des laufenden Jahres drastischer aus als während der Rezession im Jahre 1991. Ein weiteres positives Anzeichen war, dass die Produktionspreise seit Februar des laufenden Jahres eine fallende Tendenz zeigen. Auf eine Erholung der US-Wirtschaft weist auch der Conference Board Leading Indicator hin, der im August zum vierten mal in Folge anstieg. Auch der

Einkaufsmanagerindex der National Association of Purchasers markierte im August ein Jahreshoch. Der Anstieg zum Vormonat stellte den größten Indexsprung seit Juni 1996 dar und überbot die verhaltenen Markterwartungen bei weitem. So signalisierten Umfrageergebnisse in den Bereichen Produktion, Auftragseingänge, sowie Exportaufträge eine Rückkehr zur Expansion.

Auf Grund der Terroranschläge am 11. September rechnet nun das Institut damit, dass es im dritten Quartal einen Einbruch in der Wirtschaftsleistung der USA geben wird. Nach vorläufigen Schätzungen fielen die Einzelhandelsumsätze des Monats September im Vorjahresvergleich real um etwa 4 %. Somit geht auch der private Konsum im dritten Quartal auf das Vorjahresniveau zurück. Eine Stabilisierung der Wirtschaftslage könnte jedoch bereits im vierten Quartal eintreten. Eine Studie des US Conference Board, durchgeführt am 18. und 19. September, ergab, dass 47 % der Befragten eine Rezession für wahrscheinlich halten, 90 % planen jedoch ihre Ausgaben nicht zu kürzen.

Die Industrie rechnet erst ab Anfang des nächsten Jahres mit einer Zunahme der Produktion. Mit deutlicher Verzögerung wird auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen reagieren, nachdem getrübt Gewinnerwartungen und die derzeit hohen Kursverluste bei Aktien eine stark rückläufige Investitionstätigkeit bewirken. Mit der Trendumkehr in der Industrieproduktion wird sich im nächsten Jahr auch die Beschäftigungslage wieder verbessern.

Japan

Die Erwartungen bezüglich des japanischen Wirtschaftswachstums fallen für das laufende Jahr gedämpfter aus als zuletzt. Das Institut geht nun von einer Beschleunigung von nur noch $\frac{1}{4}$ % aus, das entspricht einem halben Prozentpunkt weniger als noch vor drei Monaten. Die Revision wurde bei den Erwartungen über die außenwirtschaftliche Entwicklung vorgenommen, wobei den starken Handelsverknüpfungen Japans mit den USA Rechnung getragen wurde. Im nächsten Jahr dürfte der Einbruch im Außenhandel überwunden sein, das Wirtschaftswachstum wird sich dabei wieder auf $1\frac{1}{4}$ % beschleunigen.

Die rückläufige Nachfrage aus dem Ausland bewirkt schrumpfende Investitionen in der güterverarbeitenden Industrie und im Bausektor. Eine Verbesserung der außenwirtschaftlichen Position wird auf Grund der aktuellen Ereignisse in den USA frühestens am Anfang des nächsten Jahres für möglich gehalten. Im laufenden Jahr zeigt hingegen der Konsum der privaten Haushalte keine Schwächen. Im nächsten Jahr könnten sich Ausgaben der privaten Haushalte sogar erhöhen.

Im ersten Halbjahr schrumpfte die japanische Wirtschaft um 0.3 % gegenüber dem Vorjahr. Ein positiver Wachstumsbeitrag kam vom Konsum der privaten Haushalte und von den Ausgaben der öffentlichen Hand. Die Exportentwicklung war hingegen rückläufig. Die gute Auftragslage lässt darauf schließen, dass sich der industrielle Sektor im dritten Quartal etwas beleben wird. Zusätzliche Staatsausgaben sollten im laufenden Jahr die Wirtschaftsbedingungen verbessern. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden 14 Mrd. USD vorgesehen, da die Durchführung der Strukturreformen den Arbeitsmarkt belastet. Im Juli stieg die Arbeitslosenrate bereits auf 5 %. Ein Ende der deflationären Tendenz in der Preisentwicklung ist in der nahen Zukunft nicht absehbar.

Osteuropa

In den Jahren 2001 und 2002 dürfte sich die positive Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in Russland fortsetzen. Durch die Abschwächung der Wirtschaftsdynamik in der EU und den USA sowie der höheren Vergleichsbasis hat sich das Wirtschaftswachstum in den schnell wachsenden ost- und mitteleuropäischen Ländern (Polen, Ungarn, Slowenien und Bulgarien) im zweiten Quartal und ersten Halbjahr 2001 verlangsamt. Andere Länder, wie die Tschechische Republik, Rumänien, Slowakei und Russland verzeichneten dagegen eine Beschleunigung des Wachstums wegen der dynamischen Entwicklung der Inlandsnachfrage, vor allem durch die rege Investitionstätigkeit und den privaten Verbrauch. Als Resultat des anhaltenden Wirtschaftswachstums dürften sich die Beschäftigungsaussichten verbessern. Weitere Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung werden dagegen schwieriger zu erreichen sein.

Nach der dynamischen Entwicklung im Jahr 2000 hat das Wirtschaftswachstum in **Ungarn** im ersten Halbjahr 2001 wegen schwächerer Auslandsnachfrage und einer höheren Vergleichsbasis an Schwung verloren. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich im ersten Halbjahr 2001 auf 4.2 %. Das Wachstum ist auf die Beschleunigung der Industrieproduktion zurückzuführen (+6.6 % im Jänner-Juli 2001 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres), die von steigenden Exporten (+9.7 % real) und Konsumausgaben getragen wird. Im zweiten Quartal wuchsen die Exporte gleich schnell wie die Importe, wobei sich das Handelsbilanzdefizit auf 2,15 Mrd. USD ausweitete. Die Investitionen entwickelten sich im zweiten Quartal 2001 mit einer realen Wachstumsrate von 3.6 % weniger dynamisch als im Vorquartal (5.3 %). Die Bauinvestitionen, gefördert durch das Wohnbauprogramm der Regierung, wuchsen um 5.4 %. Die Arbeitslosenquote blieb mit 5.7 % in Juli 2001 auf einem niedrigen Niveau. In Folge des Anstiegs der Lebensmittel- und Energiepreise erhöhte sich dagegen die Inflation, die im Zeitraum Jänner-August 2001 bei durchschnittlich 10.1 % lag.

Das Wachstum wird im zweiten Halbjahr 2001 hauptsächlich von der Inlandsnachfrage getragen. Inflationsbekämpfung bleibt weiterhin ein wichtiges Thema auf der Agenda der ungarischen Regierung. In Folge der strafferen Geld- und Fiskalpolitik und der schwachen Auslandsnachfrage wird eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2001 auf 3 ¾ % erwartet. Für das Jahr 2002 wird mit einer Wachstumsrate von 4 % gerechnet.

In **Polen** verringerte sich das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal auf 0.9 % und auf 1.6 % für die erste Jahreshälfte 2001. Dieser Rückgang ist auf die negative Entwicklung der Inlandsnachfrage (-1.3 % im zweiten Quartal 2001 im Jahresabstand), insbesondere des privaten Konsums zurückzuführen. Dies wurde durch steigende Arbeitslosigkeit, rückläufige Reallöhne und hohe reale Zinsen ausgelöst. Dagegen wuchs die Industrieproduktion im Zeitraum Jänner-August 2001 um 1.2 % im Jahresvergleich. Die treibende Kraft dafür waren die Exporte, mit einer Wachstumsrate von 14.7 %. Das Wachstum der Importe blieb mit 2.5 % gering. Als Folge der restriktiven Geldpolitik verringerten sich die externen Ungleichgewichte. Im Zeitraum Jänner-August ging die Bauproduktion um 11.2 % im Jahresabstand zurück. Diese Entwicklung wurde von einem Rückgang der Inflation auf 5.1 % im August 2001 (verursacht primär durch fallende Lebensmittelpreise) und einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 16 % begleitet.

Für heuer wird eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auf 2 % erwartet. Im Jahr 2002 dürfte sich das Wachstum leicht erhöhen (2½ %). Die hohe Arbeitslosenquote und die hohen Zinsen (trotz erwarteter Zinssenkungen) sowie die niedrige Unternehmensrentabilität dürften das Wachstum heuer dämpfen. Das niedrige Importwachstum als Folge der schwächeren Inlandsnachfrage wird zur weiteren Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits beitragen. Nach einer Zunahme der Inflation im Jahr 2000 wird für das Jahr 2002 mit einem Rückgang auf 5 % gerechnet. Die Arbeitslosenquote dürfte dagegen steigen.

Im ersten Halbjahr 2001 wuchs das **tschechische** BIP um 4 %, im zweiten Quartal um 3.9 %. Entstehungsseitig waren im zweiten Quartal 2001 die Industrieproduktion (+5.3 %) und die Dienstleistungen, insbesondere der Handel, Hotels und Restaurants, sowie der Transport (+4.7 %) die treibenden Kräfte des Wachstums. Die Importe wuchsen im zweiten Quartal 2001 schneller als die Exporte, wodurch sich das Handelsbilanzdefizit ausweitete. Verwendungsseitig ist das Wachstum auf die dynamische Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen (+9.3 %) und des privaten Konsums (+4.2 %) zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote betrug im zweiten Quartal 2001 8 % und ist damit im Vorjahresvergleich um 0.7 Prozentpunkte zurückgegangen. Die Inflationsrate blieb auf 4.6 % im August 2001.

Für das Jahr 2001 ist mit einer Wachstumsrate von 3½ %, getragen von der Inlandsnachfrage, zu rechnen. Hauptsächlich wegen des anhaltenden Zuflusses von ausländischen Direktinvestitionen ist weiterhin eine Beschleunigung des Wachstums der Bruttoanlageinvestitionen zu erwarten. Auf der Entstehungsseite werden Dienstleistungen und Industrieproduktion weiterhin die wichtigsten Wachstumsmotoren sein. Im Jahr 2002 dürfte sich das Wirtschaftswachstum leicht beschleunigen (3¾ %).

Das Wirtschaftswachstum in der **Slowakei** beschleunigte sich im ersten Halbjahr 2001 auf 2.9 %, im zweiten Quartal des Jahres 2001 auf 2.8 % im Jahresabstand. Entstehungsseitig wurde das Wachstum von der Industrieproduktion (6.4 % im Zeitraum Jänner-Juli 2001 im Vergleich zum Vorjahr) und der Bauproduktion (5.4 %) getragen. Im zweiten Quartal beschleunigte sich der öffentliche Konsum um 7.4 % und die Bruttoanlageinvestitionen um 12.6 %. Wegen der dynamischen Inlandsnachfrage wuchsen die Importe im zweiten Quartal des Jahres 2001 mit 15.8 % schneller als die Exporte (7.2 %). Dadurch erhöhten sich das Handels- und das Leistungsbilanzdefizit. Die Arbeitslosenquote sank im Juli 2001 auf 18 % und die Inflation belief sich im August 2001 auf 7.8 %.

Heuer dürfte sich das Wachstum infolge der dynamischen Inlandsnachfrage auf 2½ %, 2002 auf 3 % beschleunigen.

In **Slowenien** stützte sich das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2001 weiterhin auf die ausländische Nachfrage. Jedoch wuchsen die Exporte in den ersten fünf Monaten des Jahres 2001 mit 10.1 % langsamer als im Vorjahr, während die realen Importe um 1.1 % zunahmen. Die Verlangsamung des Exportwachstums spiegelte sich im niedrigeren Wachstum der Industrieproduktion wider (3.5 % im Zeitraum Jänner-Juni 2001 im Vorjahresvergleich). Der private Konsum wuchs im ersten Quartal 2001 um 0.8 %, während die Bruttoanlageinvestitionen um 3.8 % zurückgingen. Als Resultat des hohen Energiepreises stieg die Inflationsrate im Zeitraum Jänner-Juni 2001 auf 4.9 %. Dagegen fiel die Arbeitslosenquote Ende Mai 2001 auf 11.4 %.

In Folge der prognostizierten Verlangsamung der Exporte wird für heuer eine Wachstumsrate von $3\frac{1}{4}$ % erwartet. Die Inflationsrate wird vom slowenischen Forschungsinstitut IMAD auf 8.7 % prognostiziert. Im Jahr 2002 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf $3\frac{1}{2}$ % beschleunigen.

In **Rumänien** beschleunigte sich das Wachstum im ersten Halbjahr 2001 auf 4.9 %. Dies ist vor allem auf die steigende Industrieproduktion (11.2 %), Bauproduktion (9.4 %) und Dienstleistungen (2.3 %) zurückzuführen. Auf der Verwendungsseite sind für den BIP-Anstieg der private Konsum (6.7 %) und die Bruttoanlageinvestitionen (7.6 %) verantwortlich. Weil das Importwachstum (28.8 % im ersten Halbjahr des Jahres 2001) höher ausfiel als das Exportwachstum (21 %), kam es zu einer Ausweitung des Handels- und des Leistungsbilanzdefizits. Die Inflationsrate blieb auch im Jänner-August 2001 auf einem hohen Niveau (32.4 %), während die Arbeitslosenquote im Juli 2001 auf 8.4 % zurückging.

Heuer dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf $4\frac{1}{4}$ % beschleunigen, im Jahr 2002 4 % betragen. Die rumänische Industrie dürfte von der Belebung des privaten Konsums und der Anlageinvestitionen profitieren.

In **Bulgarien** betrug das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal des Jahres 2001 4.5 %. Die dynamische Entwicklung der bulgarischen Wirtschaft setzte sich im zweiten Quartal des Jahres 2001 fort. Diese Entwicklung wurde von der Industrie (+6.8 % im Zeitraum Jänner-Juli 2001) getragen, die vom sinkenden aber noch dynamischen Exportwachstum (+8.9 % im ersten Halbjahr 2001) profitiert hat. Ein hohes Importwachstum (+12.7 % in der ersten Jahreshälfte) hat zu einer Ausweitung des Handelsbilanzdefizits auf 5.1 % des BIP beigetragen. Ende August 2001 sank die Arbeitslosenquote auf Grund saisonaler Faktoren auf 16.7 %, die Inflationsrate belief sich im August 2001 auf 5.7 % im Jahresabstand.

Für 2001 und 2002 rechnen die internationalen Prognosen als Resultat der schwächeren Nachfrage der EU und der zu erwartenden Aufwertung des an den Euro gebundenen Lev mit einer Verlangsamung des Wachstums auf $3\frac{3}{4}$ %.

Mit 5 % beschleunigte sich das Wachstum der **russischen** Wirtschaft im ersten Halbjahr 2001. Das Wachstum der Industrieproduktion belief sich im Zeitraum Jänner-Juli 2001 auf 5.4 % gegenüber dem Vorjahr. Die Landwirtschaft wuchs um 6 % und die Bauwirtschaft um fast 7 %. Der Einzelhandel nahm um 10 % zu. Die Ausrüstungsinvestitionen wuchsen um 7.3 %. Der Anstieg der Exporte, mit Öl und Gas als wichtigste Exportgüter, verlangsamte sich auf 6 % im ersten Halbjahr 2001. Die Importe dagegen entwickelten sich mit 20 % Wachstumsrate sehr dynamisch. Die jährliche Inflation und die Arbeitslosenquote beliefen sich im August und Juli 2001 auf 21 % bzw. 8.7 %.

Für heuer wird auf Grund der dynamischen Entwicklung der Inlandsnachfrage eine Wachstumsrate von $4\frac{3}{4}$ %, für das Jahr 2002 von $3\frac{3}{4}$ % erwartet.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1998	1999	2000	2001	2002
Welthandel, real	-2.0	3.6	12.8	2 ½	7
BIP, real					
Bundesrepublik Deutschland	1.8	1.4	3.1	1	1 ½
Italien	1.8	1.6	2.9	1 ¾	1 ¾
Frankreich	3.5	2.3	3.1	2	2
Vereinigtes Königreich	2.6	2.3	3.1	2 ¼	2 ½
Schweiz	2.4	1.5	3.5	1 ¾	1
Polen	4.8	4.1	4.1	2	2½
Slowakei	4.4	1.9	2.2	2½	3
Tschechien	-2.3	-0.2	3.1	3½	3¾
Ungarn	4.9	4.5	5.3	3¾	4
Slowenien	3.8	5.2	4.6	3¼	3½
Bulgarien	3.5	2.4	5.4	3¾	3¾
Rumänien	-5.4	-3.2	1.6	4¼	4
Russland	-4.6	5.4	8.3	4¾	3¾
USA	4.3	4.1	4.2	1	2 ¼
Japan	-1.0	0.8	1.5	¼	1 ¼
EU	2.8	2.4	3.5	1 ¾	2
OECD – insgesamt	2.9	3.0	3.6	1 ¼	2
Österreichische Exportmärkte	11.3	7.3	13.3	4 ½	4
ATS/USD Wechselkurs*)	12.3	12.9	14.9	15.2	14.3
Rohölpreise**)**))	14.5	17.3	29.1	25.0	25.0

Quelle: IMF, OECD, Europäische Kommission, WIIW, Deutsche Bank, nationale Statistiken, eigene Berechnungen, NIESR.

*) absolute Werte

**) USD/barrel

Kriseninduzierte Prognoserisiken

Am 11. September 2001 richtete sich eine Serie von Terroranschlägen gegen politisch und wirtschaftlich sensible Einrichtungen in den Vereinigten Staaten. Eine fundierte Analyse der sich daraus möglicherweise für die US- und die internationale Konjunktur ergebenden Wirkungen bedarf zunächst einer indikativen Schadenserfassung. Dabei sind zumindest die nachfolgend angeführten Schadenskategorien als gesamtwirtschaftlich relevant zu berücksichtigen:

- Der Verlust an Humankapital wiegt auch wirtschaftlich schwer, da – wie von der modernen Wachstumstheorie aufgezeigt – selbiges eine kritische Größe für die mittelfristige Wachstumsdynamik einer Volkswirtschaft darstellt. Unter dem Begriff des „Humankapitals“ sind dabei nicht nur die Fähigkeiten und Kenntnisse der zumeist exzellent ausgebildeten Beschäftigten im World Trade Center zu subsumieren, sondern auch deren sogenanntes Netzwerk- und Reputationskapital, welches die Chance bezeichnet, auf Grund wohletablierter, auf wechselseitigem Vertrauen gegründeter Geschäftsbeziehungen Wertschöpfung für alle Beteiligten zu erzielen.
- Zweitens wirken die Kurseinbußen an den internationalen Aktienmärkten konjunkturschwächend. Für die Einschätzung von deren Wirkung ist von zentraler Bedeutung, ob der Kurseinbruch binnen weniger Wochen korrigiert wird oder ob mit einer länger anhaltenden Seitwärtsbewegung auf niedrigerem Niveau (bei zugleich extremer Volatilität) zu rechnen ist. In letzterem Fall gibt eine Modellrechnung Hinweise auf die zu erwartenden realwirtschaftlichen Folgen. Ein dreißigprozentiger Kursverlust hat für die Vereinigten Staaten in Folge der Vermögensverluste eine über die Konsumnachfrage vermittelte Wachstumseinbuße von 1.35 Prozentpunkten zur Konsequenz, auf Grund des geringeren Aktienmarktengagements deutscher Haushalte wäre der Effekt für Deutschland etwa halb so stark, in Österreich fiele der Effekt nochmals schwächer aus, er beläuft sich auf lediglich rund 0.3 Prozentpunkte.
- Eine dritte, anders als im vorstehenden Fall jedoch bislang nicht Realität gewordene, ggf. aber wesentliche Schadenskomponente ist die Wirkung der Terroranschläge auf das Konsumentenvertrauen und die Investitionsbereitschaft der Unternehmungen. Würden die Zukunftserwartungen der betreffenden Wirtschaftssubjekte deutlich negativ beeinflusst, wäre mit kurzfristig drastischen Auswirkungen auf die Konjunkturlage in den USA zu rechnen. Daher kommt den Erklärungen und Maßnahmen der US-Administration in den nächsten Tagen und Wochen sowie dem Verlauf der Anti-Terror-Operationen (insbesondere, ob weitere Terroranschläge unterbunden werden können) eine zentrale Rolle zu.
- Neben der Humankapitalakkumulation ist die verstärkte internationale Arbeitsteilung eine Hauptquelle der wirtschaftlichen Prosperität. Es ist nicht auszuschließen, dass hier ein kurzfristiger Rückschlag sowie eine Verlangsamung der Internationalisierung des Wirtschaftens

eintritt, insbesondere auf Grund höherer Transportkosten und zusätzlicher administrativer Maßnahmen, die den freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr beschränken bzw. verteuern. Advers werden sicher die bereits massiv angehobenen Versicherungsprämien sowie der zusätzliche Aufwand für Sicherheitsdienstleistungen wirken, bei einer länger dauernden Militäroperation ggf. auch ein höherer Ölpreis.

- Mittel- bis langfristig wäre ergänzend festzuhalten, dass eine zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht auszuschließende, substantielle Steigerung der Militärausgaben das Wachstumspotential der betreffenden Länder zusätzlich schwächte.
- Von im Vergleich dazu absolut untergeordneter Bedeutung für die Konjunkturlage und die Wachstumsaussichten sind die (enormen) Sachschäden. (Deren Beseitigung wirkt aus statistischen Gründen im übrigen positiv auf die Konjunktur).

Nachfolgend präsentieren wir eine grobe Abschätzung der quantitativen Dimension der genannten Prognoserisiken für die Eurozone und Österreich, die einzeln oder kumuliert auftreten könnten.

Bei länger andauernder Kursschwäche an den internationalen Aktienbörsen wäre das BIP der Eurozone in Folge von Konsumeinschränkungen (äquivalent einer Zunahme der Sparquote) in einer Größenordnung eines halben bis dreiviertel Prozentpunktes niedriger anzusetzen. Hinzu kommt ein Ausfall von Investitionsnachfrage mangels entsprechender Finanzierungsmöglichkeiten mit Eigenkapital. Während das Neuemissionsgeschäft am Aktienmarkt bereits zum Erliegen gekommen ist, dürften sich auch Kapitalerhöhungen schwerlich am Markt unterbringen lassen, da bei zahlreichen Blue chip-Unternehmungen der Marktwert bereits (in der Nähe des oder sogar) unterhalb des Buchwertes (und a fortiori unterhalb des Net Asset Value = Buchwert + stille Reserven) liegt (Tobins q also kleiner 1 ist). Jeder zusätzlich für Investitionsprojekte in der gleichen Risikoklasse und mit identischen durchschnittlichen Ertragsaussichten aufgebrauchte Euro würde von den Marktteilnehmern mithin sogleich nur noch mit einem Abschlag bewertet. Für die Ermittlung des konjunkturellen Gesamteffektes ist allerdings noch gegenzurechnen, dass eine partielle Substitution von Eigenkapital durch Fremdfinanzierung erfolgen wird. Der sich hieraus ergebende Nettowachstumseffekt ist für die Eurozone in einer Größenordnung von 0.2% zu erwarten. Der Gesamteffekt der Korrektur an den Aktienmärkten beliefe sich dementsprechend auf eine Wachstumseinbuße im Jahre 2002 in der Größenordnung eines Prozentpunktes, wobei ausdrücklich hervorzuheben ist, dass diese Berechnung unterstellt, dass es *nicht* zu Mehrrundeneffekten in Folge eines credit crunch kommt. Letzteren halten wir für sehr unwahrscheinlich, da kein Zweifel an der Entschlossenheit der führenden Notenbanken besteht, durch (ggf. auch konzertiertes) Eingreifen einem allgemeinen Liquiditätsengpass zu begegnen.

Insbesondere bei einem Wirksamwerden jener obengenannten Faktoren, die zu einer Verschlechterung der mittelfristigen Wachstumsaussichten in den USA führen müssten,

erschiene die Finanzierung des enormen Leistungsbilanzdefizits der Vereinigten Staaten zweifelhaft. Ein neues Gleichgewicht würde in diesem Fall via Wechselkursänderung erreicht, sodass mit einer kräftigen Euro-Aufwertung über die Parität hinaus auf ein jahresdurchschnittliches Niveau von 1.05 USD/EUR zu rechnen wäre. Im Gefolge einer solchen Aufwertung würde die europäische Exportindustrie deutliche Einbußen hinnehmen müssen. De facto wäre sogar zu erwarten, dass die negativen Wirkungen einer solchen Wechselkursdynamik auf die europäische Wirtschaft die positiven Wirkungen auf die US-Wirtschaft übersteigen, und zwar auf Grund des ohnehin etwas geringeren Offenheitsgrades der Vereinigten Staaten, der im Kontext dieser Überlegungen insbesondere noch um die Handelsverflechtungen der USA mit dem in US-Dollar fakturierenden NAFTA-Raum adjustiert werden müsste. Über den vorstehend skizzierten Mechanismus würde eine mittelfristige Wachstumsabschwächung in den Vereinigten Staaten mithin nach Europa exportiert.

Summa summarum reduzierte sich bei kumulierter Wirkung der Prognoserisiken das Wachstum in der Eurozone auf einen Wert von 0 bis -0.5% im Jahr 2002, wobei dieser Durchschnittswert insbesondere auf Grund einer sehr negativen Entwicklung in Deutschland nach unten gezogen würde. Selbst auf Basis eines solchen Negativszenarios wäre für Österreich noch ein minimales Wachstum zwischen einem viertel und einem halben Prozentpunkt zu erwarten.

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Im laufenden Jahr fällt der österreichische Außenhandel deutlich gedämpfter aus als im Vorjahr. Die Wachstumsrate bei den Exporten und Importen dürfte sich im laufenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr halbieren. Der Überschuss des Außenbeitrags wird heuer daher geringer ausfallen als in den vergangenen Jahren und der Wachstumsbeitrag des externen Sektors zum österreichischen BIP dürfte mit 0.6 % etwas geringer ausfallen als im Vorjahr.

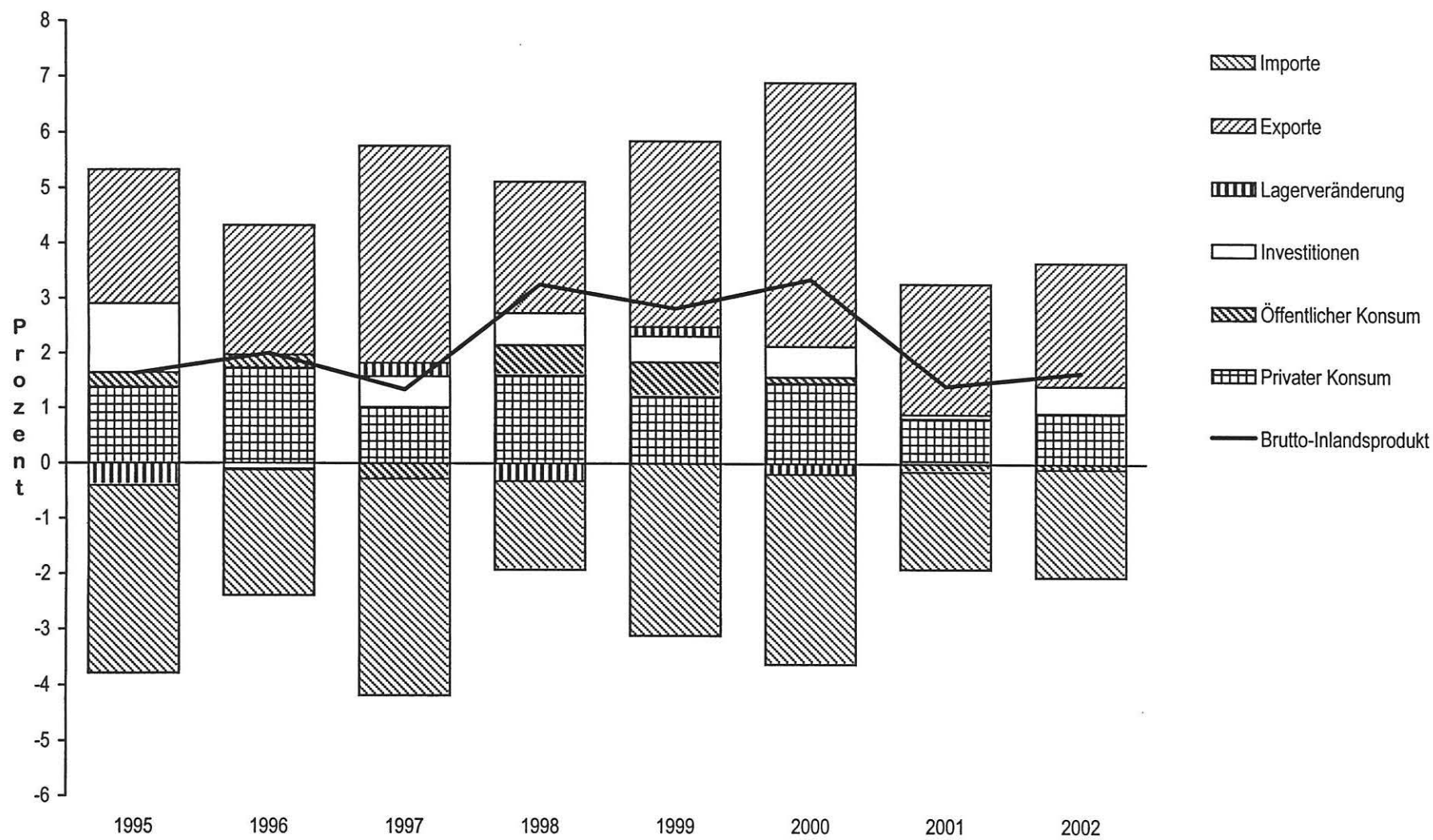
Die ausländische Nachfrage nach österreichischen Waren und Dienstleistungen geht im Einklang mit der internationalen Wirtschaftsentwicklung deutlich zurück. Besonders wirkt sich die konjunkturelle Verlangsamung in den Nachbarländern auf die österreichische Außenwirtschaft aus. Das Institut erwartet für das laufende Jahr ein reales Exportwachstum (laut VGR) von 4.8 %. Abschwächen wird sich der Handel mit Waren (4,5%), zulegen werden hingegen die Reiseverkehrsexporte (3,6 %).

Der Welthandel schwächte sich seit dem Jahresbeginn zwar deutlich ab, die europäische Wirtschaft wurde jedoch zu diesem Zeitpunkt von der internationalen Nachfrageflaute noch nicht erfasst. Im Handel mit Drittländern profitierte die Wirtschaft des Euro-Raumes noch immer vom positiven Wechselkurseffekt. Der Außenhandel innerhalb der Währungsgemeinschaft war sehr belebt, da die Länder zu Jahresbeginn noch immer eine gute konjunkturelle Entwicklung aufwiesen. Dadurch fiel der österreichische Außenhandel im ersten Halbjahr noch sehr rege aus. Laut den vorliegenden provisorischen Quartalswerten der VGR wuchsen die österreichischen Exporte im ersten Halbjahr um 7.7 %. Für die zweite Jahreshälfte wird jedoch mit einer deutlichen Abschwächung der Exportdynamik gerechnet. Die Talsohle der Konjunktur dürfte erst am Anfang des nächsten Jahres erreicht sein und erst im Verlauf des nächsten Jahres kann mit einer Belebung der Exportnachfrage gerechnet werden. Das durchschnittliche Jahreswachstum 2002 wird daher auf 4.4 % geschätzt, wobei die Güterexporte mit der selben Rate steigen.

Auf Grund des schwächeren Tempos der Internationalisierung und der gedämpften Inlandsnachfrage geht auch das Importwachstum im Prognosezeitraum deutlich zurück (3.7 % bzw. 4.0 %). Die Warenimporte werden 4.0 % bzw. 4.2 % betragen. Insgesamt gesehen geht damit von der Außenwirtschaft weiterhin ein positiver Wachstumsimpuls aus.

Seit Jahresbeginn ist eine Abschwächung des Wachstums der Außenhandelspreise zu beobachten. Auf Grund der schwachen Nachfrage wird sich dieser Trend in der zweiten Jahreshälfte weiter verstärken. Im Jahredurchschnitt werden sich die Exporte um 1.8 % verteuern. Verglichen dazu schwächen sich die Importpreise im laufenden Jahr mit einer Wachstumsrate von 2.2 % langsamer ab. Zum Vorjahr ist jedoch eine deutliche Entlastung in der Preisentwicklung eingetreten, als die Teuerung noch bei 5.1 % lag. Ausschlaggebend für die Preisentwicklung, war der Wegfall des Drucks von Seiten der Energiepreise und des Wechselkurses. Im nächsten Jahr werden sowohl Export- als auch Importpreise um etwa 1 % wachsen. Nach der deutlichen Verschlechterung im Jahre 2000 bleiben die Terms-of-Trade im gesamten Prognosezeitraum nahezu unverändert.

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Die vorliegenden provisorischen Quartalswerte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und die kurzfristigen Indikatoren lassen im 2. Quartal einen Einbruch in der Dynamik der Nachfrage der privaten Haushalte erkennen. Die in Meinungsumfragen festgestellte Absicht der Konsumenten, vor allem Ausgaben für die Neuanschaffung von PKW und für Urlaubsreisen einzusparen, scheint sich zu bestätigen. Die Institutsprognose schätzt die Entwicklung des privaten Konsums im laufenden Jahr nun vorsichtiger ein, unterstellt aber keine nachhaltige Verschlechterung des Konsumklimas.

Im einzelnen weist die Institutsprognose das **reale Wachstum des privaten Konsums** mit 1.5% für das laufende Jahr und mit 1.7% für 2002 aus. Diese Zahlen entsprechen zwar einer deutlichen Rücknahme der in der Juni-Prognose noch recht optimistischen Vorausschau, drücken aber lediglich aus, dass die Haushalte dem insgesamt als schwächer einzuschätzenden Konjunkturbild folgen. Ein zusätzlicher dämpfender Konjunkturreffekt durch die Haushaltsnachfrage ist nicht zu erwarten. In beiden Prognosejahren wächst der private Konsum, wenn auch unbedeutend, schneller als die übrigen Nachfrageaggregate. Dadurch wirkt der private Konsum zumindest statistisch als "Stütze der Konjunktur", wie dies für schwächere Konjunkturphasen typisch ist.

Obwohl eine verlässliche und aktuelle sektorale Aufgliederung der Volkseinkommen noch nicht vorliegt, kann nunmehr eine vorsichtige Fortschreibung der einkommensseitigen Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung versucht werden. Nach dieser Fortschreibung fallen die verfügbaren Haushaltseinkommen real um $\frac{1}{2}$ Prozent im laufenden Jahr und wachsen 2002 um rund $1\frac{1}{2}$ %. Vergleicht man diese Werte mit der Konsumprognose des Instituts, so ergibt sich ein Fallen der **Haushalts-Sparquote** von 8% im Vorjahr auf 6.2% heuer und auf 5.9% im nächsten Jahr. Die auf den ersten Blick schwach erscheinende Konsumdynamik bedeutet also in Wahrheit, dass die Haushalte weiter optimistisch und ausgabefreudig sind. Sie gleichen die unbefriedigende Entwicklung ihrer Realeinkommen durch Rücknahme der Sparziele aus, im Vertrauen auf ein Wiedererstarken der Konjunktur und auf die längerfristig positiven Effekte der Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Sondereffekte, welche die Haushaltsnachfrage beeinflussen könnten, gehen von der Preisentwicklung aus. Die derzeit spürbare Belebung der Preisinflation kann kurzfristig zu einer Dämpfung der Nachfrage durch zunehmende Unsicherheiten über die Preisstruktur führen. In der ökonomischen Literatur wurde dies als "Deaton-Effekt" beschrieben. Andererseits senkt die höhere Inflationsrate den Realzinssatz, was die Konsumnachfrage beleben sollte. Insgesamt ist vom Preisauftrieb also keine nachhaltige Störung der Konsumpläne der Haushalte zu erwarten, zumal dieser bald wieder abflauen wird.

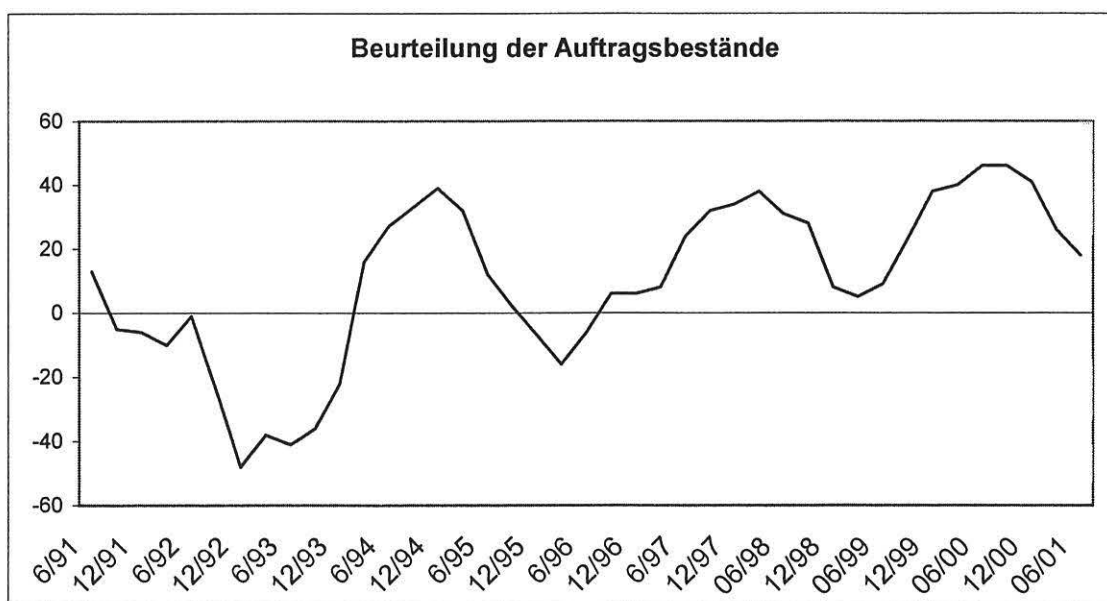
Der in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht zum privaten Konsum zählende **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wächst heuer und im nächsten Jahr real mit jeweils 2.5% und damit etwas stärker als die übrigen Nachfragekategorien.

Die Institutsprognose weist die **realen Bruttoinvestitionen insgesamt** sowie ihre beiden Hauptkomponenten aus, zum einen die **realen Ausrüstungsinvestitionen** und zum anderen die **realen Bauinvestitionen**. Die realen Bauinvestitionen setzen sich zusammen aus den Bauinvestitionen in

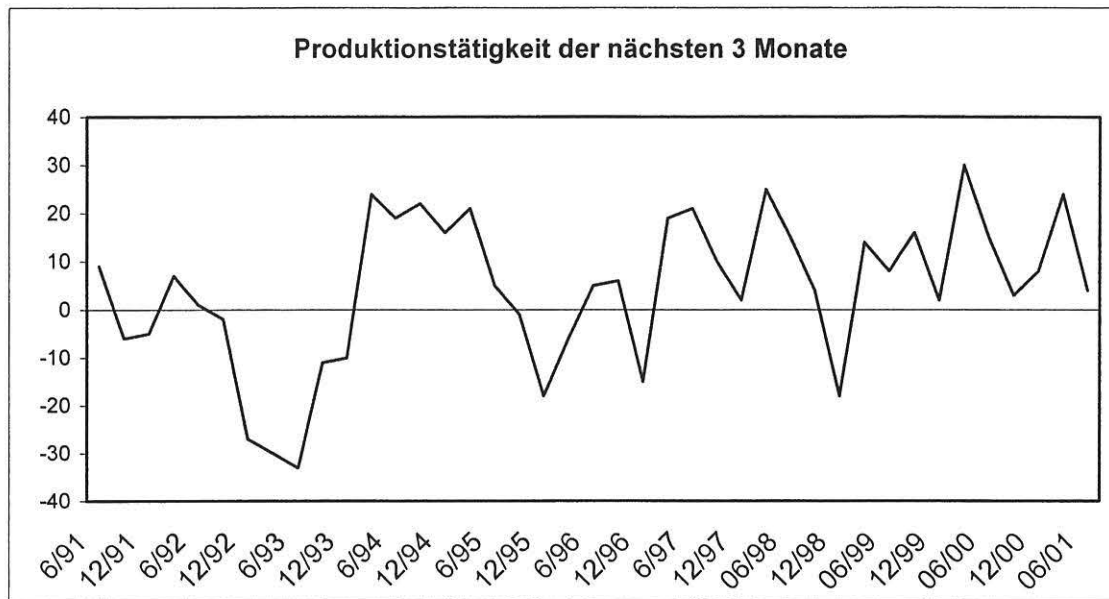
Wohnbauten und in Nichtwohnbauten. Die realen Ausrüstungsinvestitionen setzen sich zusammen aus den Investitionen in Nutztiere und -pflanzen, Fahrzeuge, Maschinen und Geräte und den Investitionen in immaterielle Anlagegüter. Vorratsveränderungen und Nettozugänge an Wertsachen sind in den Bruttoinvestitionen enthalten, werden aber nicht getrennt ausgewiesen.

Für das laufende Jahr ergibt sich ein Wachstum der **realen Ausrüstungsinvestitionen** um 2.5 %. Im Jahr 2002, in dem sich das Wirtschaftswachstum wieder etwas beschleunigen wird, wird auch die Investitionsdynamik moderat auf 3.5 % anziehen. Damit bleibt das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum deutlich hinter den Vergleichswerten der letzten Jahre zurück. Verglichen mit dem Vorjahr, halbiert es sich durch die Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik im heurigen Jahr. Im Gegensatz zu früheren Jahren war in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zu beobachten, dass die Schwankungen der Ausrüstungsinvestitionen nicht mehr über die Schwankungen des Bruttoinlandsproduktes hinausgehen. Seit 1996 wuchsen die Ausrüstungsinvestitionen jährlich um rund 5 %. Im Jahr 1997, als die Gesamtwirtschaft nur um 1.3 % wuchs, betrug das Wachstum der realen Ausrüstungsinvestitionen beispielsweise noch 5.4 %. Phasen geringeren Wirtschaftswachstums in Österreich müssen offenbar nicht zu einem Einbruch in der Investitionstätigkeit führen. Daher ist es plausibel, auch in der konjunkturellen Abschwächungsphase 2001 von einem, wenn auch reduzierten, weiteren Wachstum dieses Aggregats auszugehen.

Die Ergebnisse der letzten verfügbaren Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (Juni 2001), die in den beiden folgenden Graphiken auszugsweise wiedergegeben sind, spiegeln die aktuellen Kontraktionstendenzen wider. Zur Beurteilung der Auftragsbestände wird der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen der Auftragslage herangezogen, der eine klare Tendenz nach unten zeigt. Allerdings haben im Befragungszeitraum noch die positiven Beurteilungen überwogen. Die Beurteilung der Auslandsaufträge (hier nicht ausgewiesen) verzeichnet einen ähnlichen Rückgang.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung

Eine ebenso eindeutige Abwärtstendenz stellt sich auch in der Einschätzung der Produktionstätigkeit der nächsten 3 Monate dar. Auch hier bewegt sich der Saldo aus positiven und negativen Beurteilungen noch im positiven Bereich. Allerdings ist bei beiden Kennzahlen zu beachten, dass sich das Konjunkturbild in den Sommermonaten - also bereits vor den Anschlägen von New York und Washington - in Europa schon verschlechtert hatte, sodass eine heutige Befragung wohl zu deutlich schlechteren Werten führen müsste.

Im Jahr 2001 werden die **realen Bauinvestitionen** um 2.0 % schrumpfen. Für das Jahr 2002 wird eine Stagnation der Bautätigkeit angenommen. Damit musste gegenüber der letzten Institutsprognose nach unten revidiert werden, da zu diesem Zeitpunkt die kräftige Abschwächung der Bautätigkeit im zweiten Quartal noch nicht absehbar gewesen war. Die negative Entwicklung begründet sich vornehmlich aus dem Bereich Hochbau, und hier sowohl aus dem Wohnbau als auch aus dem Industrie- und Ingenieurbau. Im Wohnungsneubau zeichnet sich eine Fortsetzung der rückläufigen Tendenz ab, die Zahl der Bewilligungen geht weiterhin zurück. Im Tiefbau ist eine positivere Entwicklung zu erwarten, unter anderem auch getragen vom stärkeren Engagement der öffentlichen Hand. Die in Summe schwache Baunachfrage wird Druck auf die Baupreise ausüben, sodass die Preisentwicklung im Bausektor im Prognosezeitraum verhaltener ausfallen wird als im letzten Jahr. Allerdings war im Jahr 2000 im Baubereich mit 2.9 % ein gemessen an der gesamten Wirtschaft (1.2 %) überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen gewesen.

Aus Obigem ergeben sich die Wachstumsraten der realen Bruttoinvestitionen insgesamt mit 0.3 % heuer und 2.1 % im Jahr 2002. Die Investitionsquote stagniert bei einem Wert von rund 23 %.

Eine ebenso eindeutige Abwärtstendenz stellt sich auch in der Einschätzung der Produktionstätigkeit der nächsten 3 Monate dar. Auch hier bewegt sich der Saldo aus positiven und negativen Beurteilungen noch im positiven Bereich. Allerdings ist bei beiden Kennzahlen zu beachten, dass sich das Konjunkturbild in den Sommermonaten - also bereits vor den Anschlägen von New York und Washington - in Europa schon verschlechtert hatte, sodass eine heutige Befragung wohl zu deutlich schlechteren Werten führen müsste.

Im Jahr 2001 werden die **realen Bauinvestitionen** um 2.0 % schrumpfen. Für das Jahr 2002 wird eine Stagnation der Bautätigkeit angenommen. Damit musste gegenüber der letzten Institutsprognose nach unten revidiert werden, da zu diesem Zeitpunkt die kräftige Abschwächung der Bautätigkeit im zweiten Quartal noch nicht absehbar gewesen war. Die negative Entwicklung begründet sich vornehmlich aus dem Bereich Hochbau, und hier sowohl aus dem Wohnbau als auch aus dem Industrie- und Ingenieurbau. Im Wohnungsneubau zeichnet sich eine Fortsetzung der rückläufigen Tendenz ab, die Zahl der Bewilligungen geht weiterhin zurück. Im Tiefbau ist eine positivere Entwicklung zu erwarten, unter anderem auch getragen vom stärkeren Engagement der öffentlichen Hand. Die in Summe schwache Baunachfrage wird Druck auf die Baupreise ausüben, sodass die Preisentwicklung im Bausektor im Prognosezeitraum verhaltener ausfallen wird als im letzten Jahr. Allerdings war im Jahr 2000 im Baubereich mit 2.9 % ein gemessen an der gesamten Wirtschaft (1.2 %) überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen gewesen.

Aus Obigem ergeben sich die Wachstumsraten der **realen Bruttoinvestitionen** insgesamt mit 0.3 % heuer und 2.1 % im Jahr 2002. Die Investitionsquote stagniert bei einem Wert von rund 23 %.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist im Prognosezeitraum durch den in der laufenden Legislaturperiode eingeschlagenen Konsolidierungskurs und die Entwicklung der Konjunktur bestimmt. Der von der Bundesregierung beschlossene Konsolidierungskurs sollte grundsätzlich beibehalten werden. Österreich betätigt sich damit keineswegs als überambitionierter finanzpolitischer Vorreiter, sondern hat lediglich angesichts der sich aus der offensichtlich zu laxen Politik der Vorjahre ergebenden Gefahr, den Anschluss zu verlieren, eine längst überfällige Wende nachvollzogen und wird gegen Ende der laufenden Legislaturperiode zum westeuropäischen Mittelfeld aufschließen. Im Jahr 2000 verzeichnete die gesamte Euro-Zone bereits einen Budgetüberschuss von 0.3 Prozent, die Staaten der Europäischen Union in ihrer Gesamtheit sogar einen Überschuss von 1.2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; in einigen Mitgliedstaaten werden Budgetüberschüsse bis an die und über die 5-Prozent-Marke erzielt. Österreichs wies mit 1.1 Prozent nach Frankreich (1.5 Prozent) und Portugal (1.3 Prozent) die höchste Neuverschuldungsquote auf.

Das Institut geht trotz der Konjunkturertrübung davon aus, dass die geplante Absenkung der Netto-defizitquote auf 0.75 % im Jahr 2001 erreicht werden kann. Die Schätzung für das Jahr 2002 ist indessen angesichts der schwer überschaubaren konjunkturellen Lage mit großen Unsicherheiten verbunden. Aus ökonomischer Sicht wäre es durchaus vernünftig, zwar grundsätzlich strikte fiskalische Disziplin walten, die automatischen Stabilisatoren angesichts der weiteren Konjunkturabschwächung aber nun wirken zu lassen und rein konjunkturell verursachte Einnahmehausfälle beziehungsweise Mehrausgaben nicht zu kompensieren, um gleichsam um jeden Preis das ursprünglich angepeilte Nulldefizit „durchzuziehen“. Der Erfolg des Konsolidierungskurses würde dadurch nicht geschmälert; eine Bewertung der Budgetpolitik sollte anhand struktureller Budgetsalden erfolgen, die konjunkturelle Effekte ausblenden.

Für das Jahr 2002 erwartet das Institut gegenwärtig eine Nettodefizitquote von 0.2 %. Die Ausgaben-dynamik der öffentlichen Haushalte wird im Prinzip verhalten bleiben müssen; der öffentliche Konsum wird real leicht zurückgehen.

Längerfristig gibt es zu dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs keine Alternative. Den derzeit konjunkturbedingt sehr eng gesetzten Grenzen für die österreichische Fiskalpolitik sollte auch bei der

nunmehr in Gang gekommenen Diskussion um eine gegen Ende der laufenden Legislaturperiode anzusetzende Steuerreform Rechnung getragen werden. Es wäre ausgesprochen kontraproduktiv und nicht Ausdruck einer auf Nachhaltigkeit bedachten Budgetpolitik, würde die Bundesregierung den-selben Fehler wie ihre Vorgängerin begehen und der Versuchung nachgeben, vor der Nationalratswahl aus wahltaktischen Gründen eine Steuerreform zu beschließen, deren Finanzierung nicht gesichert ist. Steuerliche Entlastungen sollten nur vorgenommen werden, soweit sie auch finanzierbar sind, damit der neue fiskalpolitische Kurs auch glaubwürdig bleibt.

Dennoch sollte unter rigoroser Beachtung des eingeschlagenen Stabilitätskurses mittelfristig an der Schaffung von Spielräumen gearbeitet werden, die eine Verringerung der Abgabenbelastung ermöglichen. Die Beschleunigung des Konsolidierungskurses musste nicht zuletzt mit einem gegenüber den ursprünglichen Plänen verstärkten Zugriff auf der Einnahmenseite erkaufte werden.

Mittelfristig wird die Budgetpolitik daher um strukturelle Weichenstellungen auf der Ausgabenseite nicht herumkommen. Kern muss eine umfassende Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung sein mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effizientere Ressourcenverwendung gewährleisten und damit Einsparungspotentiale und Spielräume für eine Steuersenkung eröffnen. Die derzeit unter dem Titel „Verwaltungsreform“ unmittelbar ins Auge gefassten Maßnahmen können nur ein erster Schritt sein. Hier ist aber auch die gegenwärtig nicht wirklich befriedigende Regelung des Finanzausgleichs angesprochen. Mittelfristig sollte sich eine Reform des Finanzausgleichs an der Überlegung orientieren, die fiskalische Verantwortung der einzelnen öffentlichen Haushalte für die von ihnen jeweils erbrachten Leistungen besser klarzustellen und damit effektivere Anreize für eine sparsame Mittelverwendung zu schaffen. Schließlich sind diverse Ausgabenprogramme auch aus sozialpolitischer Hinsicht zu hinterfragen, muss die Frage nach ihrer sozialen Treffsicherheit weiterhin auf der Tagesordnung bleiben. Reformen in diesem Bereich, die dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit stärker gerecht werden, könnten in nicht unerheblichem Umfang Mittel freisetzen, die zu einer Senkung der Lohnnebenkosten herangezogen werden könnten.

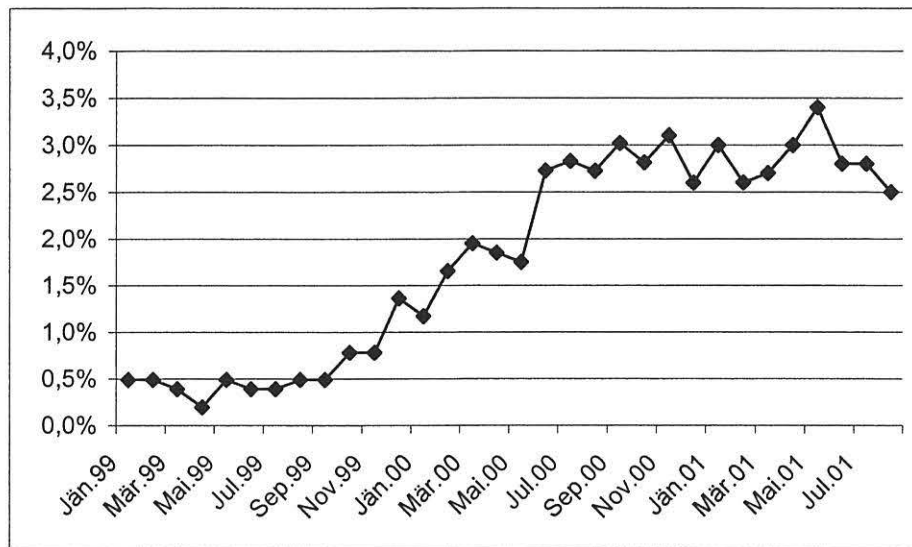
Entscheidender Weichenstellungen bedarf es im Bereich der Pensionsversicherung. Hier müssten die bereits in Aussicht genommenen tiefergehenden Strukturreformen in Angriff genommen werden, die auf eine Stärkung des Versicherungsprinzips hinauslaufen beziehungsweise darauf, die davon abweichenden „versicherungsfremden“ Leistungen im Wege einer Sonderfinanzierung zu erbringen. Das Institut plädiert in diesem Zusammenhang für die – schon im Arbeitsprogramm der Bundesregierung vorgesehene – Einführung persönlicher und beitragsdefinierter Pensionskonten im Rahmen des bestehenden Umlageverfahrens. Als Ergänzung bietet sich an, zusätzlich eine nach dem Kapitaldeckungsverfahren organisierte Säule (wo auch private Anbieter zugelassen werden könnten) aufzubauen.

Im ersten Halbjahr 2001 sind die Arbeitnehmer-Entgelte laut VGR je Aktiv-Beschäftigten um rund 3 % gewachsen. Der Anstieg der Tariflöhne hat sich im Jahresverlauf von 2.5 % auf 2.8 % beschleunigt. Die **Lohnprognose** rechnet daher weiterhin mit einem Wachstum der Arbeitnehmerentgelte je unselbständig Beschäftigtem (ohne KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdienler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) von 3.1 %. In realer Rechnung beläuft sich der Lohnanstieg auf Grund der Preissteigerungen auf 0.5 %.

Die Lohnrunde im Herbst wird von den erheblichen Unsicherheiten über den weiteren Konjunkturverlauf geprägt. Hinsichtlich der Abgeltung der Inflation ist zu berücksichtigen, dass ein wesentlicher Teil des Anstiegs der Verbraucherpreise in diesem Jahr von externen Faktoren (Energiepreise) ausgelöst wurde und daher nicht in die Löhne überwälzt werden sollte. Eine völlige Überwälzung des Preisanstiegs in die Löhne birgt die Gefahr des Entstehens einer Lohn- und Preisspirale. Zu bedenken ist weiters, dass sich der Preisanstieg im Laufe des heurigen Jahres bereits deutlich abgeschwächt hat und dass sich diese Tendenz im nächsten Jahr weiter fortsetzen sollte. Die Konjunkturaussichten werden deutlich ungünstiger als noch vor dem Sommer eingeschätzt. Dementsprechend hat sich auch der Ausblick für den Arbeitsmarkt verdüstert. Das Institut geht davon aus, dass auch die diesjährige Herbstlohnrunde die Tradition der stabilitäts- und beschäftigungsorientierten sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen fortsetzt und die hohe konjunkturelle Unsicherheit angemessen berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund wird ein nominelles Lohnwachstum von 2.7 % erwartet. Die Reallöhne werden um 1.1 % und damit etwas langsamer als die Arbeitsproduktivität steigen. Durch den Gebrauch von Öffnungsklauseln besteht die Möglichkeit, auf unterschiedliche betriebliche Entwicklungen besser Rücksicht nehmen zu können.

Nach dem unerwartet starken Anstieg der **Inflationsrate** in der ersten Jahreshälfte ist seit Juni eine deutlich fallende Tendenz festzumachen. Erreichte die Inflation mit 3.4 % im Mai noch den höchsten Wert seit 8 Jahren, beläuft sich der Preisanstieg im August nur noch auf 2.5 %. Für den Rückgang in der Inflationsrate sind der Wegfall des Basiseffekts der Erhöhung der indirekten Steuern und Gebühren und die moderate Energiepreisentwicklung hauptverantwortlich. Deutliche Preisauftriebstendenzen sind in den Bereichen Wohnen, Nahrungsmittel und Gesundheit festzustellen. Im weiteren Verlauf des heurigen Jahres sollte sich die Inflation noch weiter abschwächen, sodass das Institut mit einer Jahresinflationsrate von 2.6 % rechnet. Auf Grund der Konjunkturabschwächung sollte die Inflationsrate im nächsten Jahr unter die 2-Prozentmarke fallen und wird etwas über 1 ½ Prozent betragen. Die Einführung des Euro könnte die Inflation zu Jahresbeginn etwas dämpfen. Weiters unterstellt diese Prognose, dass die Lohnverhandlungen im stabilitätskonformen Rahmen bleiben, von den Rohstoffpreisen kein preistreibender Effekt ausgeht und der internationale Wettbewerbsdruck Preisdisziplin bei den Unternehmen sicherstellt.

Inflationsrate



Quelle: Statistik Austria

Die Situation am Arbeitsmarkt im Prognosezeitraum stellt sich deutlich ungünstiger als noch bei der Juniprognose dar. Der Arbeitsmarkt reagiert auf die konjunkturelle Eintrübung. Zwar wächst die **Beschäftigung** noch, das Tempo des Beschäftigungsaufbaus hat sich gegenüber Jahresbeginn aber verlangsamt. Im August übertrifft der Beschäftigtenstand (bereinigt um KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdienster) das Niveau des Vergleichszeitraums des Vorjahres nur noch um rund 12.000 Personen bzw. 0.4 %. Während die Frauenbeschäftigung weiterhin mit einer Rate von knapp 2 % expandiert, geht die Männerbeschäftigung zurück. In sektoraler Betrachtung hat sich das Expansionstempo im Dienstleistungssektor abgeschwächt. Die Zahl der öffentlich Bediensteten geht zurück, auch im Bereich der Nachrichtenübermittlung schrumpft die Beschäftigung. Die unternehmensnahen Dienstleistungen expandieren zwar weiterhin, allerdings mit abgeschwächter Dynamik. Die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion ist zwar in den ersten 8 Monaten noch gestiegen, im August hat sie allerdings bereits stagniert. Am Bau sind weiterhin deutliche Beschäftigungseinbußen festzumachen.

Auf Grund der konjunkturellen Lage wird sich die Tendenz zur Verlangsamung der Beschäftigungsdynamik weiter fortsetzen. Die Zahl der Aktiv-Beschäftigten wird damit im Jahresdurchschnitt 2001 um 13.000 bzw. 0.4 % über dem Vergleichsniveau des Vorjahres liegen. Für das Jahr 2002 wird gegenwärtig nur mit einem Beschäftigungsanstieg von 0.2 % gerechnet.

Arbeitsmarktentwicklung 2000/2001

	Veränderung 2001/2000	
	(Durchschnitt: Jänner bis August)	Relativ
Beschäftigte	18.252	0.6%
Männer	-8.139	-0.5%
Frauen	26.391	1.9%
Aktiv Beschäftigte	17.184	0.6%
Primärer Sektor	-1.368	-2.0%
Sachgüterproduktion	3.800	0.6%
Bau	-10.925	-4,3%
Dienstleistungssektor	25.678	1,2%
Arbeitslose	-1.816	-0.9%
Männer	-250	-0.2%
Frauen	-1.565	-1.8%

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

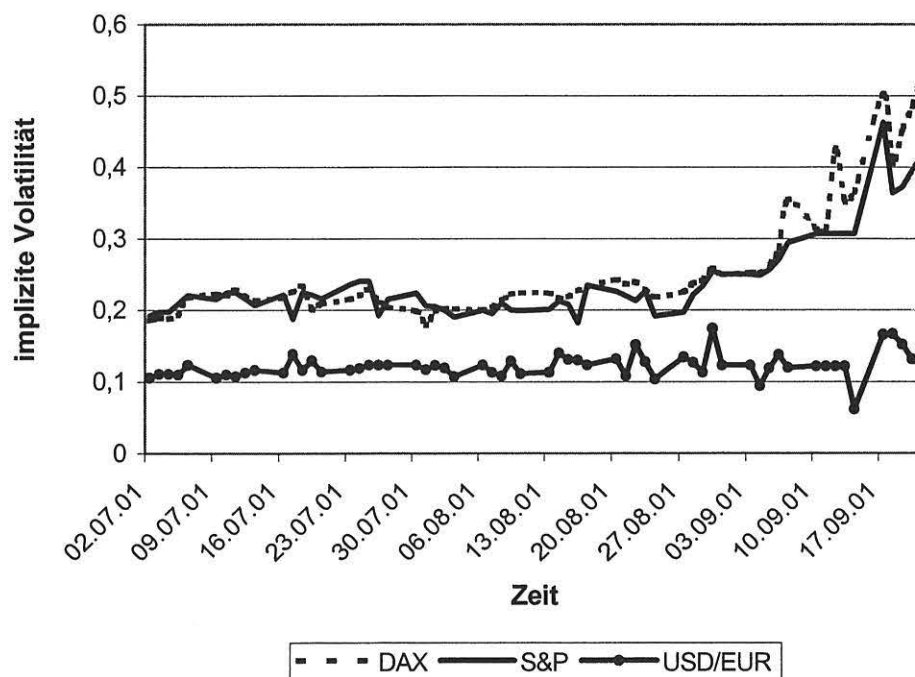
Während die **Arbeitslosenzahl** bis April gegenüber dem Vorjahr noch zurückging, waren im Mai erstmals seit Februar 1999 wieder steigende Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Diese Tendenz hat sich in den Folgemonaten fortgesetzt und im August lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 15.000 bzw. 9.8 % über dem Niveau des Vorjahres. Diese Entwicklung wird im weiteren Jahresverlauf prolongiert, sodass für das Gesamtjahr 2001 mit einem geringfügigen Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 200.000 Personen gerechnet wird. Im nächsten Jahr werden die Arbeitslosenzahlen zumindest bis zur Jahresmitte weiter steigen, sodass 207.500 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 2002 erwartet werden.

Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) wird im Jahresdurchschnitt 6.0 % betragen und damit das Niveau des Vorjahres geringfügig übertreffen. 2002 wird die Arbeitslosenquote laut Prognose weiter schwach steigen und bei 6.2 % zu liegen kommen. Die Arbeitslosenrate nach EUROSTAT-Berechnungsmethode wird 2002 4 % betragen.

Obwohl die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage primär konjunkturell bedingt ist, bestehen weiterhin Aufgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Durch ein generelles Anheben des Humankapitalniveaus der Arbeitskräfte sollte der Tendenz zum Auseinanderdriften von Arbeitskräfteangebot und –nachfrage nach Qualifikationen gegengesteuert werden. Hierbei wäre eine noch stärkere Zusammenarbeit von Akteuren der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik und der Betriebe wünschenswert.

5. Monetäre Prognose

Im abgelaufenen Quartal gerieten die internationalen Aktienmärkte angesichts einer drohenden Rezession in den USA zusehends unter Druck. Diese Abwärtsbewegung mündete vergangene Woche - ausgelöst durch die tragischen Ereignisse des 11. September - in einen „sell-off“ von historischem Ausmaß. Die Märkte sind geprägt von Unsicherheit, die einerseits von der schwierigen ökonomischen Lage, mehr noch allerdings von der Unsicherheit über politische und militärische Entscheidungen und deren Auswirkungen in den nächsten Monaten getrieben wird. Die unten stehende Abbildung zeigt die Entwicklung der impliziten Volatilitäten¹ von an der Chicago Board Options Exchange gehandelten Optionen auf Terminkontrakte auf den amerikanischen S&P 100 Index, bzw. von an der EUREX gehandelten Kontrakten auf den deutschen DAX 30 Index. Außerdem wird die Entwicklung der impliziten Volatilität des auf der Philadelphia Stock Exchange gehandelten USD/EUR Kontrakts dargestellt.



Wie aus der Abbildung zu ersehen ist, stiegen die impliziten Volatilitäten der Aktienindizes in den vergangenen Wochen drastisch an. Ob und wie lange sich der momentane Trend fortsetzen wird, hängt wahrscheinlich nicht zuletzt von der politischen Entwicklung in den kommenden Wochen ab.

Aus den annähernd konstanten impliziten Volatilitäten auf den Währungsmärkten ist ersichtlich, dass sich die aktuellen Turbulenzen auf die Aktienmärkte beschränken und bisher nicht auf Devisenmärkte übergreifen haben. Dies lässt den Schluss zu, dass Anleger bisher im wesentlichen von

¹ Als implizite Volatilität einer Option wird diejenige Standardabweichung des zugrunde liegenden Wertpapiers (in diesem Fall also des Index), welche die am Markt beobachteten Optionspreise rechtfertigt, bezeichnet. Sie kann als Indikator für die von den Marktteilnehmern erwartete Volatilität angesehen werden.

einzelwirtschaftlichen (d.h. unternehmens- bzw. gewinnerwartungsbezogenen) Überlegungen geleitet sind. Es kam nicht zu einer abrupten Reallokation von Portfolioinvestitionen zwischen den Währungsräumen, die Wachstumsaussichten der Vereinigten Staaten relativ zu jenen der Eurozone werden also bislang als nahezu unverändert betrachtet. Der Wechselkurs USD/EUR ist im abgelaufenen Quartal nur moderat auf ein Niveau von 0.91 gestiegen.

Nachdem sich die erhöhten Preissteigerungsraten des 2. Quartals 2001 im 3. Quartal stabilisiert hatten, bzw. leicht gesunken waren, senkte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Leitzinsen am 31. August 2001 um 25 Basispunkte. Auch das amerikanische Federal Reserve Board (FED) führte im abgelaufenen Quartal zunächst zwei weitere Zinssenkungsschritte um insgesamt 50 Basispunkte durch. Nach den Ereignissen des 11. September reagierten die Zentralbanken auf die nunmehr veränderten Rahmenbedingungen mit weiteren Zinssenkungsschritten. In einer konzertierten Aktion, an der sich außer der EZB und der FED auch die Zentralbanken Kanadas, der Schweiz und Schwedens beteiligten, wurden alle betreffenden Leitzinsen um weitere 50 Basispunkte gesenkt. Zuvor war bereits zum geltenden Refinanzierungssatz mehr Liquidität bereitgestellt worden, um Liquiditätsengpässe zu vermeiden. Das Institut erwartet in den nächsten Wochen einen weiteren Zinssenkungsschritt im Ausmaß von 25 Basispunkten von Seiten der EZB. Die rasche Reaktion der Zentralbanken signalisiert ihre Entschlossenheit, eine weltweite Rezession zu verhindern. Dieses sollte von den Kapitalmärkten als positives Signal gewertet werden. Allerdings ist eine Lockerung der Geldpolitik, wie sie im Moment stattfindet – insbesondere wenn es zu einer Erholung der Konjunktur kommt – mit der Gefahr einer beschleunigten Expansion der Geldmenge verbunden. Deshalb geht das Institut davon aus, dass die Leitzinsen gegen Jahresende ihren tiefsten Stand erreicht haben werden und selbige anschließend, vor allem bei Anzeichen einer Erholung der Konjunktur, wieder rasch angehoben werden.

Im abgelaufenen Quartal sanken die Zinsen aller Laufzeiten ab. Diese Senkung betraf das kurze Ende des Laufzeitspektrums stärker, was zu einem weiteren Anstieg der Steilheit der Zinskurve führte. In den letzten Wochen verzeichneten die Renditen langfristiger Staatsanleihen in der Eurozone sogar einen leichten Aufwärtstrend. Diese Entwicklung ist einerseits auf mit der jüngsten Zinssenkungsrunde einhergehende Erwartungen steigenden Geldmengenwachstums, andererseits auf die jüngsten Beschlüsse der Europäischen Kommission, die Maastricht Kriterien bezüglich des Defizits aufzuweichen, zurückzuführen. In absehbarer Zeit sollte sich der Zinstrend umkehren – Zinsschritte der EZB werden im Jahre 2002 zu einer Erhöhung der Zinssätze am kurzen Ende führen.

Im fundamentalen IHS/RZB Wechselkursmodell erweisen sich weiterhin die Wachstumsdynamik in den Vereinigten Staaten und in der Eurozone und in geringerem Maße die Geldmengenexpansion als hauptsächliche Determinanten des Euro-Dollar Kurses. Die Prognose für den Jahresdurchschnitt 2001 lautet weiterhin auf 0.91 USD/EUR. Da der Wechselkurs in der ersten Hälfte des Jahres auf deutlich niedrigerem Niveau lag, impliziert diese Prognose, dass sich die Aufwertung des EURO gegenüber dem USD bis zum Jahresende fortsetzen wird. Für das darauffolgende Jahr 2002 wird mit einem durchschnittlichen Wechselkurs von 0.96 USD/EUR gerechnet.

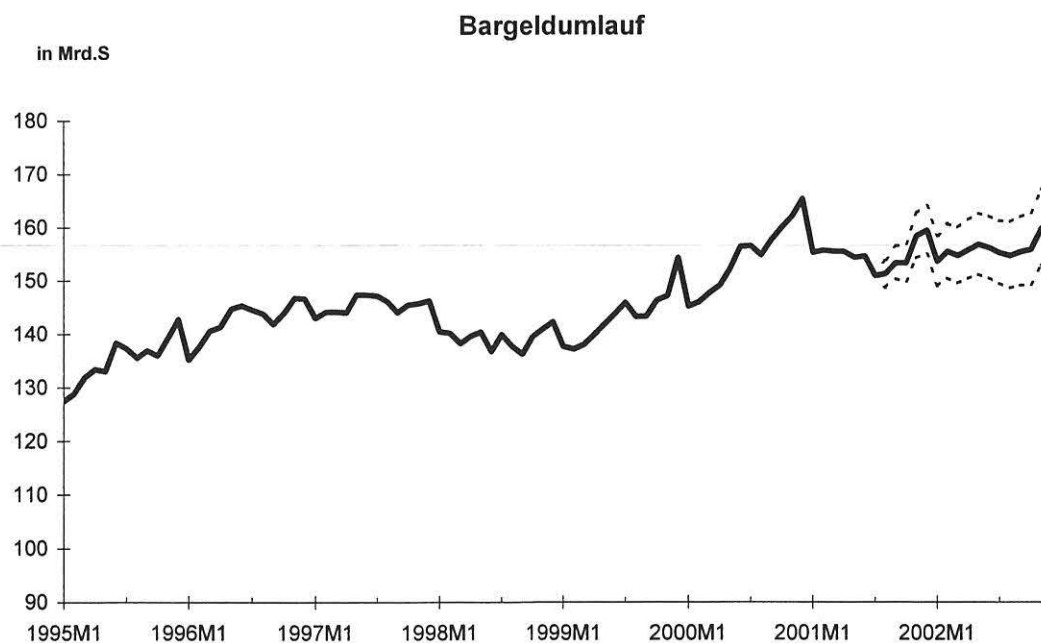
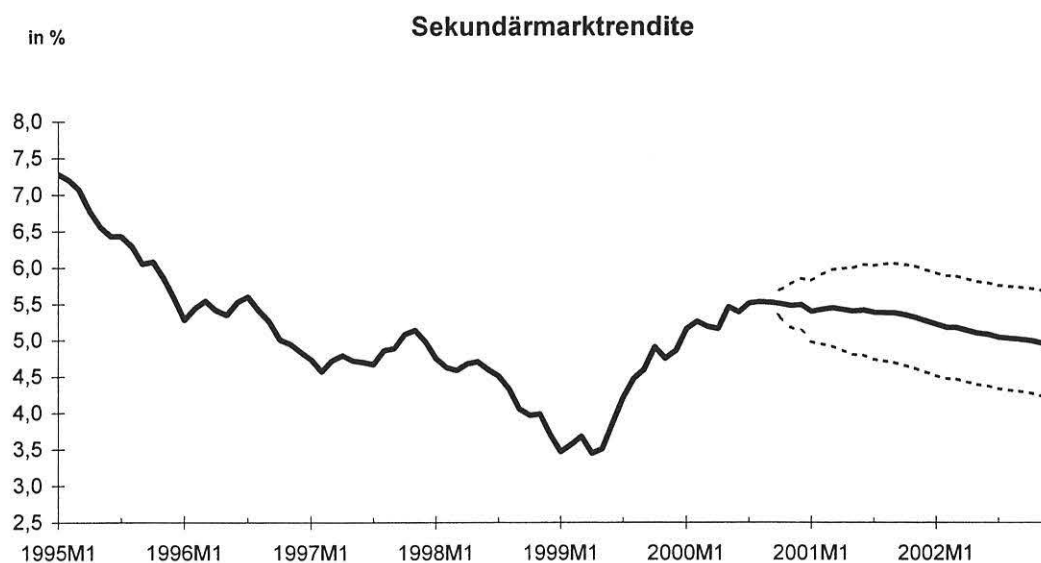
Die **Bargeldmenge** wird nach einer deutlichen Expansion im Jahr 2000 (7.8 %) im laufenden Jahr annähernd stagnieren (0.2 %). Auch für das darauffolgende Jahr 2002 wird ein nur geringfügiges

Wachstum in der Höhe von 0.9 % erwartet. Die Expansion der **Sichteinlagen** wird sich im Jahr 2001 auf leicht abgeschwächtem Niveau bei 9 % fortsetzen. Im Jahre 2002 wird es zu einer weiteren leichten Abschwächung auf 8.3 % kommen. Die seit dem Jahre 1999 zu beobachtende deutliche Expansion der **Geldmenge** (M1) sollte im laufenden Jahr auf 6.8 % abnehmen und im darauffolgenden Jahr mit 6.5 % annähernd gleich bleiben. Nachdem das Volumen der **Termineinlagen** im Jahr 2000 mit einer Rate von 11.3 % stark gewachsen ist, wird für das Jahr 2001 nur mehr mit einer Steigerungsrate von 10 % gerechnet. Für das Jahr 2002 wird ein deutlicher Rückgang der Wachstumsrate auf 1.5 % erwartet.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Nachfrage nach höherrentierlichen Sparformen ist das Volumen der **Spareinlagen** im Jahre 2000 sowohl nominell als auch real geschrumpft. Für das laufende Jahr 2001 wird mit einem geringen Wachstum in der Höhe von 0.7 % gerechnet. Im Jahre 2002 wird es dann zu einer nominellen Steigerung um 2.9 % kommen.

Bedingt durch die deutlich schwächere Konjunkturentwicklung ist ein Rückgang der Steigerungsrate bei **Direktkrediten an inländische Nichtbanken** zu erwarten. Während das Kreditvolumen im Jahre 2000 noch um 6.9 % gewachsen ist, wird für 2001 eine Steigerung von nur noch 4.4 % prognostiziert. Dieser Rückgang der Expansion des Kreditvolumens sollte sich im Jahr 2002 mit 1.3 % weiter fortsetzen.

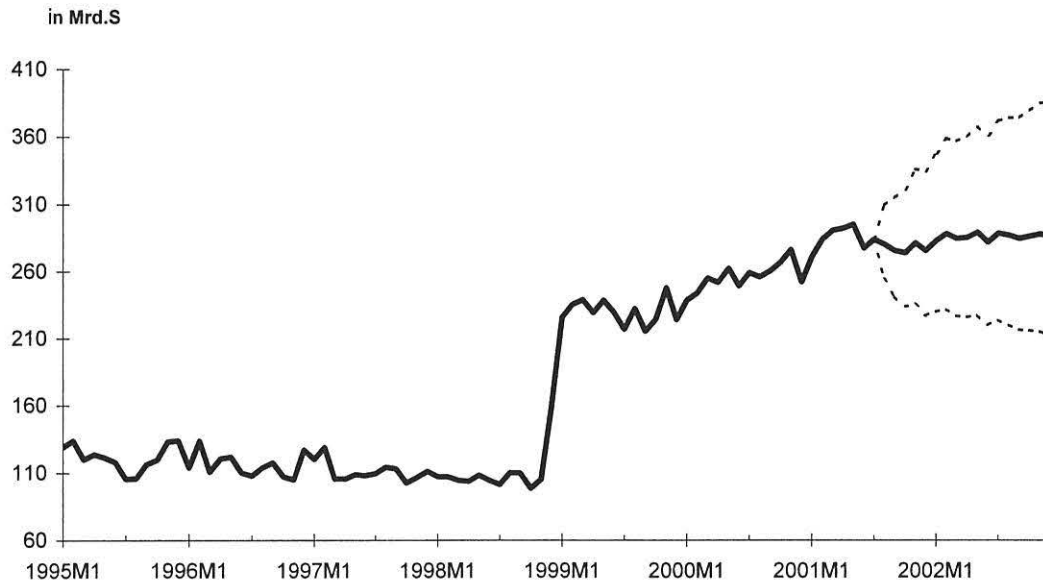
ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE /1



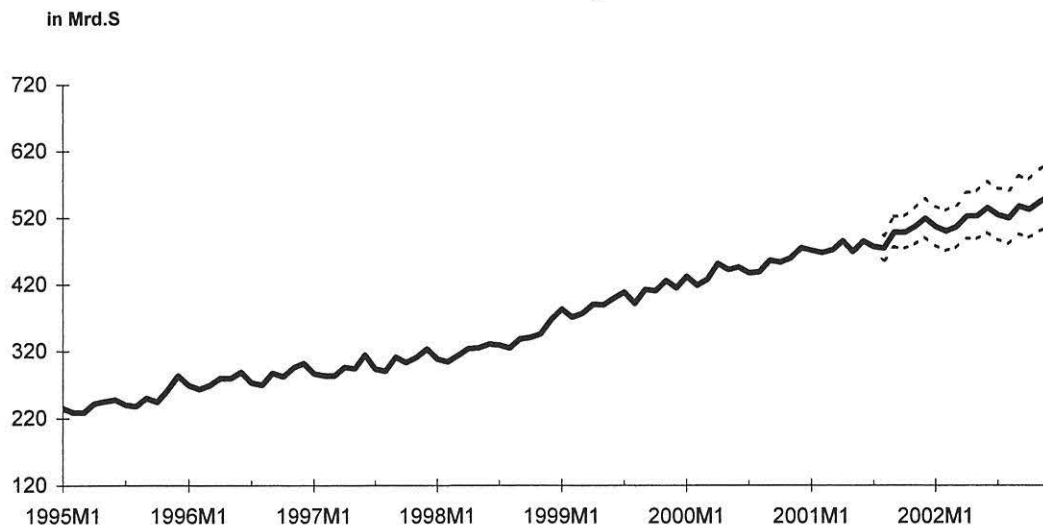
Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE /2

Termineinlagen



Sichteinlagen



Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL	2370,726 1,6%	2418,176 2,0%	2450,449 1,3%	2530,151 3,3%	2601,557 2,8%	2688,553 3,3%	2726,386 1,4%	2771,392 1,7%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2370,726 4,2%	2449,959 3,3%	2513,476 2,6%	2614,661 4,0%	2712,034 3,7%	2835,238 4,5%	2930,152 3,3%	3024,958 3,2%
PGDP	DEFLATOR DES BIP	100,000 2,5%	101,314 1,3%	102,572 1,2%	103,340 0,7%	104,247 0,9%	105,456 1,2%	107,474 1,9%	109,149 1,6%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX	128,367 2,2%	130,750 1,9%	132,511 1,3%	133,732 0,9%	134,484 0,6%	137,624 2,3%	141,202 2,6%	143,461 1,6%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHAEFTIGTEN	431,573 4,1%	438,333 1,6%	443,138 1,1%	456,098 2,9%	467,195 2,4%	478,841 2,5%	493,685 3,1%	507,014 2,7%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV- BESCHAEFTIGTE IN 1000	2972,259 0,0%	2955,750 -0,6%	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3077,329 0,4%	3083,484 0,2%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,569 0,027	7,032 0,464	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	5,989 0,151	6,167 0,178
BPC	LEISTUNGSBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-61,782 -24,388	-57,515 4,267	-79,230 -21,715	-64,462 14,768	-87,095 -22,633	-78,559 8,536	-69,161 9,398	-63,331 5,829

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBEITRAEGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Var1	PRIVATER KONSUM	1,375	1,730	1,017	1,596	1,212	1,457	0,818	0,922
Var2	EIGENKONSUM NON-PROFIT	0,070	0,063	-0,245	0,058	0,086	0,069	0,046	0,046
Var3	OEFFENTLICHER KONSUM	0,264	0,241	-0,280	0,559	0,631	0,115	-0,144	-0,094
Var4	INVESTITIONEN	1,265	-0,103	0,561	0,587	0,474	0,562	0,077	0,492
Var5	AUSRUESTUNGEN BAUTEN	0,218	0,467	0,507	0,507	0,454	0,610	0,259	0,367
Var6		0,079	0,040	-0,284	0,123	0,285	0,172	-0,257	0,000
Var7	STATISTISCHE DIFFERENZ	-0,406	-0,017	0,247	-0,320	0,174	-0,193	0,000	0,000
Var8	EXPORTE I.W.S.	2,434	2,353	3,939	2,378	3,360	4,765	2,375	2,241
Var9	WAREN DIENSTLEISTUNGEN	2,676	1,114	4,096	2,364	2,378	3,948	1,553	1,565
Var10		-0,528	0,524	0,300	0,746	0,141	0,889	0,703	0,554
Var11	IMPORTE I.W.S.	-3,379	-2,266	-3,905	-1,604	-3,116	-3,431	-1,765	-1,956
Var12	WAREN DIENSTLEISTUNGEN	-1,582	-1,199	-2,723	-2,282	-2,263	-2,464	-1,362	-1,467
Var13		-0,626	-0,644	-0,149	-0,090	0,115	-0,524	-0,229	-0,267
GDP	BRUTTO-INLANDSPRODUKT	1,623	2,002	1,335	3,253	2,822	3,344	1,407	1,651

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Var1	INVESTITIONSQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	24,311 0,870	23,733 -0,578	23,974 0,241	23,787 -0,187	23,596 -0,191	23,376 -0,219	23,128 -0,249	23,236 0,108
UREU	ARBEITSLOSENRATE EU DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	3,9	4,4 0,5	4,4 0,0	4,5 0,1	4,0 -0,5	3,7 -0,3	3,8 0,1	4,0 0,2
Var4	REALZINSSATZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	4,637 0,329	5,006 0,369	4,439 -0,567	3,911 -0,527	3,823 -0,088	4,220 0,397	3,066 -1,153	3,341 0,274
Var5	REALLOEHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	431,573 2,2%	429,934 -0,4%	428,152 -0,4%	438,631 2,4%	445,922 1,7%	448,701 0,6%	450,888 0,5%	455,769 1,1%
PRLEA	ARBEITSPRODUKTIVITAET JE AKTIV BESCH.	79,762 1,6%	81,813 2,6%	82,548 0,9%	84,386 2,2%	85,703 1,6%	87,733 2,4%	88,596 1,0%	89,879 1,4%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR IN PROZENT DES BIP ABSOLUTE DIFFERENZEN	5,1 0,2	3,8 -1,3	1,7 -2,1	2,3 0,6	2,1 -0,2	1,1 -1,0	0,7 -0,4	0,2 -0,5

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. S. ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
C\$	PRIVATER KONSUM	1282,881 4,5%	1349,755 5,2%	1395,677 3,4%	1442,831 3,4%	1485,892 3,0%	1553,945 4,6%	1618,422 4,1%	1672,270 3,3%
CNP\$	EIGENKONSUM NON-PROFIT	48,434 7,2%	50,811 4,9%	45,248 -10,9%	47,329 4,6%	49,652 4,9%	52,371 5,5%	55,130 5,3%	57,525 4,3%
CP\$	OEFFENTLICHER KONSUM	484,610 3,9%	497,198 2,6%	494,515 -0,5%	513,364 3,8%	538,216 4,8%	550,579 2,3%	556,286 1,0%	561,807 1,0%
IF\$	BRUTTO INVESTITIONEN	576,340 7,2%	580,653 0,7%	607,758 4,7%	631,711 3,9%	651,311 3,1%	677,728 4,1%	688,740 1,6%	711,728 3,3%
IFE\$	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	215,739 2,9%	225,795 4,7%	238,595 5,7%	252,584 5,9%	264,592 4,8%	280,231 5,9%	288,098 2,8%	299,375 3,9%
IFC\$	BAUINVESTITIONEN	336,496 3,3%	345,402 2,6%	351,225 1,7%	362,514 3,2%	377,418 4,1%	393,321 4,2%	393,934 0,2%	401,025 1,8%
DIF\$	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-2,554 -10,793	-1,096 1,458	9,117 10,213	-4,955 -14,071	0,253 5,207	15,669 15,416	17,236 1,567	18,959 1,724
VD\$	INLANDSNACHFRAGE	2389,712 4,6%	2477,322 3,7%	2552,315 3,0%	2630,280 3,1%	2725,324 3,6%	2850,292 4,6%	2935,813 3,0%	3022,290 2,9%
X\$	EXPORTE I.W.S.	903,743 8,8%	969,939 7,3%	1074,255 10,8%	1137,711 5,9%	1222,765 7,5%	1380,997 12,9%	1474,409 6,8%	1558,656 5,7%
M\$	IMPORTE I.W.S.	922,729 9,9%	997,302 8,1%	1113,094 11,6%	1153,330 3,6%	1236,055 7,2%	1396,051 12,9%	1480,070 6,0%	1555,988 5,1%
GDP\$	B I P ZU MARKTPREISEN	2370,726 4,2%	2449,959 3,3%	2513,476 2,6%	2614,661 4,0%	2712,034 3,7%	2835,238 4,5%	2930,152 3,3%	3024,958 3,2%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD.S ZU PREISEN VON 1995)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
C	PRIVATER KONSUM	1282,881 2,6%	1323,892 3,2%	1348,479 1,9%	1387,577 2,9%	1418,237 2,2%	1456,135 2,7%	1478,123 1,5%	1503,251 1,7%
CNP	EIGENKONSUM NON-PROFIT	48,434 3,5%	49,938 3,1%	44,004 -11,9%	45,414 3,2%	47,598 4,8%	49,400 3,8%	50,635 2,5%	51,901 2,5%
CP	OEFFENTLICHER KONSUM	484,610 1,3%	490,315 1,2%	483,556 -1,4%	497,243 2,8%	513,211 3,2%	516,202 0,6%	512,331 -0,8%	509,769 -0,5%
IF	BRUTTO INVESTITIONEN	576,340 5,4%	573,908 -0,4%	587,469 2,4%	601,852 2,4%	613,856 2,0%	628,490 2,4%	630,555 0,3%	643,959 2,1%
IFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	215,739 2,4%	226,812 5,1%	239,073 5,4%	251,508 5,2%	262,992 4,6%	278,860 6,0%	285,831 2,5%	295,835 3,5%
IFC	BAUINVESTITIONEN	336,496 0,5%	337,433 0,3%	330,568 -2,0%	333,592 0,9%	340,807 2,2%	345,280 1,3%	338,374 -2,0%	338,374 0,0%
DIF	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-2,554 -9,476	-2,958 -0,404	3,025 5,982	-4,828 -7,853	-0,428 4,400	-5,455 -5,027	-5,455 0,000	-5,455 0,000
VD	INLANDSNACHFRAGE	2389,712 2,6%	2435,095 1,9%	2466,533 1,3%	2527,258 2,5%	2592,474 2,6%	2644,772 2,0%	2666,189 0,8%	2703,425 1,4%
X	EXPORTE I.W.S.	903,743 6,7%	959,533 6,2%	1054,788 9,9%	1113,065 5,5%	1198,086 7,6%	1322,051 10,3%	1385,912 4,8%	1447,021 4,4%
M	IMPORTE I.W.S.	922,729 9,3%	976,452 5,8%	1070,871 9,7%	1110,172 3,7%	1189,004 7,1%	1278,270 7,5%	1325,714 3,7%	1379,054 4,0%
GDP	B I P ZU MARKTPREISEN	2370,726 1,6%	2418,176 2,0%	2450,449 1,3%	2530,151 3,3%	2601,557 2,8%	2688,553 3,3%	2726,386 1,4%	2771,392 1,7%

TAB. 4 : PREISINDIZES 1995 = 100

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
PC	PRIVATER KONSUM	100,000 1,9%	101,954 2,0%	103,500 1,5%	103,982 0,5%	104,770 0,8%	106,717 1,9%	109,492 2,6%	111,244 1,6%
PCP	OEFFENTLICHER KONSUM	100,000 2,6%	101,404 1,4%	102,266 0,9%	103,242 1,0%	104,872 1,6%	106,660 1,7%	108,579 1,8%	110,208 1,5%
PIF	BRUTTO INVESTITIONEN	100,000 1,7%	101,175 1,2%	103,454 2,3%	104,961 1,5%	106,102 1,1%	107,834 1,6%	109,227 1,3%	110,524 1,2%
PIFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	100,000 0,4%	99,552 -0,4%	99,800 0,2%	100,428 0,6%	100,608 0,2%	100,492 -0,1%	100,793 0,3%	101,196 0,4%
PIFC	BAUINVESTITIONEN	100,000 2,7%	102,362 2,4%	106,249 3,8%	108,670 2,3%	110,742 1,9%	113,913 2,9%	116,420 2,2%	118,515 1,8%
PVD	INLANDSNACHFRAGE	100,000 2,0%	101,734 1,7%	103,478 1,7%	104,076 0,6%	105,124 1,0%	107,771 2,5%	110,113 2,2%	111,795 1,5%
PX	EXPORTE I.W.S.	100,000 1,9%	101,084 1,1%	101,846 0,8%	102,214 0,4%	102,060 -0,2%	104,459 2,4%	106,386 1,8%	107,715 1,2%
PM	IMPORTE I.W.S.	100,000 0,5%	102,135 2,1%	103,943 1,8%	103,888 -0,1%	103,957 0,1%	109,214 5,1%	111,643 2,2%	112,830 1,1%
PGDP	B I P ZU MARKTPREISEN	100,000 2,5%	101,314 1,3%	102,572 1,2%	103,340 0,7%	104,247 0,9%	105,456 1,2%	107,474 1,9%	109,149 1,6%

TAB. 5 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
XG\$	WARENEXPORTE	581,420 13,2%	613,910 5,6%	716,062 16,6%	776,264 8,4%	832,560 7,3%	958,359 15,1%	1019,512 6,4%	1075,014 5,4%
XSO\$	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	113,233 1,6%	129,737 14,6%	144,062 11,0%	161,023 11,8%	164,684 2,3%	189,980 15,4%	208,256 9,6%	224,725 7,9%
XST\$	REISEVERKEHR	135,994 -2,8%	135,335 -0,5%	134,085 -0,9%	138,404 3,2%	142,174 2,7%	149,226 5,0%	158,310 6,1%	165,675 4,7%
XADJ\$	EXPORTE ADJUSTMENT	73,096 11,2%	90,957 24,4%	80,046 -12,0%	62,020 -22,5%	83,347 34,4%	83,432 0,1%	88,331 5,9%	93,242 5,6%
X\$	EXPORTE I.W.S.	903,743 8,8%	969,939 7,3%	1074,255 10,8%	1137,711 5,9%	1222,765 7,5%	1380,997 12,9%	1474,409 6,8%	1558,656 5,7%
MG\$	WARENIMPORTE	643,977 6,6%	686,533 6,6%	763,723 11,2%	817,528 7,0%	875,364 7,1%	993,906 13,5%	1056,403 6,3%	1109,578 5,0%
MSO\$	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,502 6,5%	117,745 12,7%	122,953 4,4%	134,788 9,6%	133,762 -0,8%	147,903 10,6%	155,391 5,1%	164,838 6,1%
MST\$	REISEVERKEHR	109,510 9,1%	116,702 6,6%	123,244 5,6%	117,734 -4,5%	117,929 0,2%	127,072 7,8%	133,375 5,0%	138,083 3,5%
MADJ\$	IMPORTE ADJUSTMENT	64,740 73,8%	76,322 17,9%	103,174 35,2%	83,280 -19,3%	109,000 30,9%	127,170 16,7%	134,902 6,1%	143,488 6,4%
M\$	IMPORTE I.W.S.	922,729 9,9%	997,302 8,1%	1113,094 11,6%	1153,330 3,6%	1236,055 7,2%	1396,051 12,9%	1480,070 6,0%	1555,988 5,1%

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU PREISEN 1995)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
XG	WARENEXPORTE	581,420 12,0%	607,832 4,5%	706,873 16,3%	764,792 8,2%	824,970 7,9%	927,680 12,5%	969,426 4,5%	1012,081 4,4%
XSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	113,233 -4,3%	128,963 13,9%	139,595 8,2%	154,979 11,0%	156,099 0,7%	175,762 12,6%	189,823 8,0%	201,212 6,0%
XST	REISEVERKEHR	135,994 -5,0%	132,681 -2,4%	129,301 -2,5%	132,191 2,2%	134,634 1,8%	138,096 2,6%	142,929 3,5%	146,645 2,6%
XADJ	EXPORTE ADJUSTMENT	73,096 10,1%	90,056 23,2%	79,019 -12,3%	61,103 -22,7%	82,383 34,8%	80,513 -2,3%	83,734 4,0%	87,083 4,0%
X	EXPORTE I.W.S.	903,743 6,7%	959,533 6,2%	1054,788 9,9%	1113,065 5,5%	1198,086 7,6%	1322,051 10,3%	1385,912 4,8%	1447,021 4,4%
MG	WARENIMPORTE	643,977 6,1%	672,412 4,4%	738,253 9,8%	794,179 7,6%	851,439 7,2%	915,535 7,5%	952,156 4,0%	992,147 4,2%
MSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,502 5,9%	115,098 10,1%	118,452 2,9%	128,737 8,7%	128,002 -0,6%	136,195 6,4%	139,599 2,5%	145,183 4,0%
MST	REISEVERKEHR	109,510 8,7%	114,190 4,3%	114,433 0,2%	106,354 -7,1%	104,178 -2,0%	109,605 5,2%	112,345 2,5%	114,031 1,5%
MADJ	IMPORTE ADJUSTMENT	64,740 73,0%	74,752 15,5%	99,733 33,4%	80,901 -18,9%	105,385 30,3%	116,936 11,0%	121,613 4,0%	127,694 5,0%
M	IMPORTE I.W.S.	922,729 9,3%	976,452 5,8%	1070,871 9,7%	1110,172 3,7%	1189,004 7,1%	1278,270 7,5%	1325,714 3,7%	1379,054 4,0%

TAB. 7 : EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (1995 = 100)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
PXG	WARENEXPORTE	100,000 1,0%	101,000 1,0%	101,300 0,3%	101,500 0,2%	100,920 -0,6%	103,307 2,4%	105,167 1,8%	106,218 1,0%
PXSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,000 6,2%	100,600 0,6%	103,200 2,6%	103,900 0,7%	105,500 1,5%	108,089 2,5%	109,711 1,5%	111,685 1,8%
PXST	REISEVERKEHR	100,000 2,4%	102,000 2,0%	103,700 1,7%	104,700 1,0%	105,600 0,9%	108,060 2,3%	110,761 2,5%	112,976 2,0%
PX	EXPORTE I.W.S.	100,000 1,9%	101,084 1,1%	101,846 0,8%	102,214 0,4%	102,060 -0,2%	104,459 2,4%	106,386 1,8%	107,715 1,2%
PMG	WARENIMPORTE	100,000 0,5%	102,100 2,1%	103,450 1,3%	102,940 -0,5%	102,810 -0,1%	108,560 5,6%	110,948 2,2%	111,836 0,8%
PMSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,000 0,5%	102,300 2,3%	103,800 1,5%	104,700 0,9%	104,500 -0,2%	108,597 3,9%	111,312 2,5%	113,538 2,0%
PMST	REISEVERKEHR	100,000 0,4%	102,200 2,2%	107,700 5,4%	110,700 2,8%	113,200 2,3%	115,936 2,4%	118,719 2,4%	121,093 2,0%
PM	IMPORTE I.W.S.	100,000 0,5%	102,135 2,1%	103,943 1,8%	103,888 -0,1%	103,957 0,1%	109,214 5,1%	111,643 2,2%	112,830 1,1%
Var1	PX/PM*100 TERMS OF TRADE, GESAMT	100,000 1,4%	98,971 -1,0%	97,982 -1,0%	98,389 0,4%	98,175 -0,2%	95,646 -2,6%	95,291 -0,4%	95,466 0,2%
Var2	PXG/PMG*100 TERMS OF TRADE, GUETER	100,000 0,5%	98,923 -1,1%	97,922 -1,0%	98,601 0,7%	98,162 -0,4%	95,161 -3,1%	94,789 -0,4%	94,977 0,2%

TAB. 8 : LEISTUNGSBILANZ LT. OeNB (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
BPG	SALDO GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN	-67,064 23,159	-77,035 -9,971	-51,979 25,056	-45,258 6,721	-46,464 -1,206	-41,062 5,402	-40,891 0,171	-39,564 1,327
BPST	SALDO REISEVERKEHR ABSOLUTE DIFFERENZEN	26,483 -13,052	18,631 -7,852	10,842 -7,789	20,670 9,828	23,812 3,142	21,184 -2,628	24,935 3,751	27,592 2,656
BPSO	SALDO SONST. DIENSTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	20,009 -24,501	29,541 9,532	1,191 -28,350	8,523 7,332	-1,138 -9,661	-6,781 -5,643	-0,705 6,076	3,641 4,346
BPOP	SALDO EINKOMMEN ABSOLUTE DIFFERENZEN	-23,952 -5,065	-9,835 14,117	-18,567 -8,732	-24,484 -5,917	-37,128 -12,644	-33,490 3,638	-32,500 0,990	-33,000 -0,500
BPTR	SALDO TRANSFERS ABSOLUTE DIFFERENZEN	-17,258 -4,929	-18,817 -1,559	-20,717 -1,900	-23,913 -3,196	-26,177 -2,264	-18,410 7,767	-20,000 -1,590	-22,000 -2,000
BPC	LEISTUNGSBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-61,782 -24,388	-57,515 4,267	-79,230 -21,715	-64,462 14,768	-87,095 -22,633	-78,559 8,536	-69,161 9,398	-63,331 5,829

TAB. 9 : AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG OESTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Var1	M\$/GDP\$*100	38,922	40,707	44,285	44,110	45,577	49,239	50,512	51,438
	IMPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,026	1,785	3,578	-0,175	1,467	3,663	1,272	0,927
Var2	MG\$/GDP\$*100	27,164	28,022	30,385	31,267	32,277	35,055	36,053	36,681
	IMPORTQUOTE, GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,626	0,859	2,363	0,882	1,010	2,778	0,997	0,628
Var3	X\$/GDP\$*100	38,121	39,590	42,740	43,513	45,087	48,708	50,319	51,527
	EXPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,614	1,469	3,150	0,773	1,574	3,622	1,610	1,208
Var4	XG\$/GDP\$*100	24,525	25,058	28,489	29,689	30,699	33,802	34,794	35,538
	EXPORTQUOTE, GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,951	0,533	3,431	1,200	1,010	3,103	0,992	0,744
Var5	BPC/GDP\$*100	-2,606	-2,348	-3,152	-2,465	-3,211	-2,771	-2,360	-2,094
	LEISTUNGSBILANZQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,963	0,258	-0,805	0,687	-0,746	0,441	0,410	0,267

TAB. 10 : ARBEITSMARKT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
POPWAT	ERWERBSFAEHIGE BEVOELKERUNG IN 1000	5221,600 0,2%	5237,000 0,3%	5254,500 0,3%	5266,200 0,2%	5275,300 0,2%	5279,100 0,1%	5284,200 0,1%	5292,500 0,2%
TLFPR	ERWERBSQUOTE	70,002 -0,5%	69,623 -0,5%	69,613 0,0%	69,962 0,5%	70,148 0,3%	70,104 -0,1%	70,454 0,5%	70,666 0,3%
TLF	ERWERBSPERSONEN	3655,202 -0,3%	3646,161 -0,2%	3657,817 0,3%	3684,359 0,7%	3700,541 0,4%	3700,852 0,0%	3722,949 0,6%	3739,983 0,5%
Var1	INLAENDISCHE ERWERBSPERSONEN	3330,008 -0,6%	3318,204 -0,4%	3331,510 0,4%	3357,314 0,8%	3366,933 0,3%	3355,244 -0,3%	3363,517 0,2%	3373,363 0,3%
DLFFOR	AUSLAENDISCHES ARBEITS- KRAEFTEANGEBOT	325,194 2,8%	327,957 0,8%	326,307 -0,5%	327,045 0,2%	333,608 2,0%	345,608 3,6%	359,432 4,0%	366,620 2,0%
SEG	SELBSTAENDIG ERWERBSTAETIGE	371,300 -2,6%	368,400 -0,8%	368,900 0,1%	369,900 0,3%	370,900 0,3%	372,800 0,5%	374,552 0,5%	376,425 0,5%
DLF	ARBEITSKRAEFTEANGEBOT	3283,902 -0,1%	3277,761 -0,2%	3288,917 0,3%	3314,459 0,8%	3329,641 0,5%	3328,052 0,0%	3348,397 0,6%	3363,558 0,5%
LEA	UNSELBSTAENDIG	2972,259 0,0%	2955,750 -0,6%	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3077,329 0,4%	3083,484 0,2%
LENACT	AKTIV-BESCHAEFTIGTE KUG-BEZIEHER UND PRAESENZDIENER	95,927 -3,1%	91,504 -4,6%	87,063 -4,9%	78,359 -10,0%	72,363 -7,7%	69,280 -4,2%	70,527 1,8%	72,643 3,0%
UN	ARBEITSLOSE	215,716 0,4%	230,507 6,9%	233,348 1,2%	237,793 1,9%	221,743 -6,7%	194,314 -12,4%	200,541 3,2%	207,432 3,4%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,569 0,027	7,032 0,464	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	5,989 0,151	6,167 0,178

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2370,726 4,2%	2449,959 3,3%	2513,476 2,6%	2614,661 4,0%	2712,034 3,7%	2835,238 4,5%	2930,152 3,3%	3024,958 3,2%
YWGG\$	ARBEITNEHMER-ENTGELT LT. VGR	1282,747 4,1%	1295,604 1,0%	1315,458 1,5%	1367,521 4,0%	1418,185 3,7%	1467,387 3,5%	1519,230 3,5%	1563,370 2,9%
BUSE	BRUTTOBETRIEBSUEBER- SCHUSS/SELBST.EINK	799,269 5,6%	856,187 7,1%	871,254 1,8%	918,315 5,4%	945,337 2,9%	1010,997 6,9%	1039,793 2,8%	1077,470 3,6%
PASUB	PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	288,709 0,3%	298,168 3,3%	326,764 9,6%	328,824 0,6%	348,512 6,0%	356,854 2,4%	371,128 4,0%	384,118 3,5%
YF\$	PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-30,459 68,9%	-15,046 -50,6%	-15,909 5,7%	-19,985 25,6%	-43,682 118,6%	-2,555 -94,2%	-2,606 2,0%	-2,658 2,0%
DEP\$	ABSCHREIBUNGEN LT. VGR	333,099 4,3%	346,661 4,1%	359,226 3,6%	373,703 4,0%	388,316 3,9%	405,394 4,4%	423,637 4,5%	442,700 4,5%
Y\$	NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	2007,168 3,5%	2088,252 4,0%	2138,341 2,4%	2220,973 3,9%	2280,036 2,7%	2427,290 6,5%	2503,910 3,2%	2579,600 3,0%
YT\$	LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-7,121 -32,3%	-11,466 61,0%	-10,235 -10,7%	-16,588 62,1%	-13,990 -15,7%	-8,942 -36,1%	-7,000 0,0%	-7,000 0,0%
NE\$	VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	2000,047 3,7%	2076,786 3,8%	2128,106 2,5%	2204,385 3,6%	2266,046 2,8%	2418,347 6,7%	2496,910 3,2%	2572,600 3,0%

TAB. 12 : MONETAERER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
BGK	BARGELD OHNE GOLD- UND SILBERMÜNZEN	135,077 4,6%	142,709 5,6%	145,390 1,9%	139,338 -4,2%	143,226 2,8%	154,415 7,8%	154,774 0,2%	156,117 0,9%
SI	SICHTEINLAGEN	245,472 9,2%	279,972 14,1%	299,391 6,9%	329,513 10,1%	397,813 20,7%	444,679 11,8%	485,049 9,1%	525,160 8,3%
M1	GELDMENGE M1	380,549 7,5%	422,681 11,1%	444,781 5,2%	468,851 5,4%	541,039 15,4%	599,094 10,7%	639,823 6,8%	681,277 6,5%
TE	TERMINEINLAGEN INKL. AUFGENOMMENE GELDER	121,700 9,1%	115,753 -4,9%	111,137 -4,0%	109,917 -1,1%	229,681 109,0%	255,724 11,3%	281,408 10,0%	285,656 1,5%
SP	SPAREINLAGEN	1513,810 0,6%	1550,190 2,4%	1588,122 2,4%	1616,398 1,8%	1655,351 2,4%	1651,203 -0,3%	1662,101 0,7%	1710,195 2,9%
D	EINLAGEVOLUMEN	1880,982 2,2%	1945,915 3,5%	1998,650 2,7%	2055,828 2,9%	2282,845 11,0%	2351,606 3,0%	2428,559 3,3%	2521,010 3,8%
KV	KREDITVOLUMEN	2353,374 5,7%	2497,248 6,1%	2603,403 4,3%	2682,426 3,0%	2798,316 4,3%	2991,823 6,9%	3123,841 4,4%	3164,770 1,3%
REU3M	EUROANLEIHEN-RENDITE 3M *	4,471 -15,4%	3,211 -28,2%	3,291 2,5%	3,493 6,2%	2,876 -17,7%	4,530 57,5%	4,151 -8,4%	4,083 -1,6%
REU10J	EUROANLEIHEN-RENDITE 10J *	6,974 -0,8%	6,336 -9,1%	5,679 -10,4%	4,660 -18,0%	4,700 0,9%	5,381 14,5%	4,983 -7,4%	4,901 -1,7%

* IHS/RZB-Zinsstrukturmodell.

TAB. 13 : WECHSELKURSE

	1998	1999	2000	2001	2002
USD/EUR	1,114	1,067	0,924	0,908	0,960
USD/ATS	0,081	0,078	0,067	0,066	0,069
		-4,3%	-13,4%	-1,8%	5,8%
GBP/EUR	0,672	0,659	0,609	0,623	0,618
GBP/ATS	0,049	0,048	0,044	0,045	0,045
		-2,1%	-7,5%	2,3%	-0,7%
YEN/EUR	145,539	121,386	99,585	107,756	102,868
YEN/ATS	10,577	8,821	7,237	7,826	7,148
		-16,6%	-18,0%	8,2%	-4,5%
SFR/EUR	1,613	1,601	1,558	1,515	1,508
SFR/ATS	0,117	0,116	0,113	0,110	0,110
		-0,8%	-2,6%	-2,8%	-0,4%

IHS/RZB-Wechselkursmodell.

Autoren: Bernhard Felderer, Daniela Grozea-Helmenstein, Christian Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Reinhard Koman, Stephan Kossmeier, Elizaveta Krylova, Robert Kunst, Monika Riedel, Ulrich Schuh, Edith Skriner, Andrea Weber

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2001-2002

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 20

Redaktion: Beatrix Pawelczak

© 2001 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 5970635 ♦ <http://www.ihs.ac.at>

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2001-2003

Jahresmodell LIMA/99
Dezember 2001

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer
Daniela Grozea-Helmenstein
Christian Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Reinhard Koman
Stephan Kossmeier
Elizaveta Krylova
Robert Kunst
Monika Riedel
Ulrich Schuh
Edith Skriner
Andrea Weber

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Zusammenfassung	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2. Die internationale Konjunktur	7
2.1. Internationale Konjunkturprognosen	7
2.2. Länderprognosen	8
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	18
3. Die österreichische Außenwirtschaft	19
Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	21
4. Perspektiven der Inlandskonjunktur	22
Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	23
Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten 3 Monate	24
Abbildung: Inflationsrate	28
Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2000/2001	29
5. Monetäre Prognose	31
Abbildungen: Ergebnisse der monetären Prognose	33/34
Tabellenanhang	35

1. Einleitung und Zusammenfassung

Konjunktur belebt sich wieder

In den letzten Monaten stellte sich die Weltkonjunktur sehr ungünstig dar. In den USA sank das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal gegenüber dem Vorquartal. Die deutsche Wirtschaft schrumpft in der zweiten Jahreshälfte 2001. Der Terroranschlag vom 11. September traf die Weltwirtschaft in einer labilen Situation. Seit der Septemberprognose finden sich insbesondere in den USA auch positive Signale. Die Finanzmärkte haben die dramatischen Einbrüche nach dem 11. September wieder wettgemacht. Die Auftragseingänge in den USA entwickelten sich im November sehr günstig. Erste Schätzungen deuten eine Belebung des US-Konsums im vierten Quartal an. Der starke Rückgang der Ölpreise in den letzten Monaten stützt die Weltkonjunktur. Vor diesem Hintergrund sieht das Institut keinen Grund seine Prognose zu revidieren.

In Österreich setzte sich die abflauende Wirtschaftsdynamik im dritten Quartal fort. In den ersten drei Quartalen 2001 ist die österreichische Wirtschaft nur mehr um 1.5 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen. In den nächsten beiden Quartalen ist auch noch nicht mit einer spürbaren Belebung der Wirtschaft zu rechnen. Für das heurige Jahr erwartet das Institut daher ein Wirtschaftswachstum von 1.2 %. In den Jahren 2002 und 2003 wird sich das reale BIP-Wachstum auf 1.6 % bzw. 2.3 % beschleunigen.

Ein prägendes Ereignis im Prognosezeitraum stellt die Einführung des Euro-Bargelds am 1. Jänner 2002 dar. Die vorliegende Prognose wird bereits in Euro erstellt. Das politische Projekt des Euro sollte durch fallende Transaktionskosten, höhere Preistransparenz und den Wegfall des Wechselkursrisikos in der Eurozone die Wirtschaftsdynamik unterstützen.

Der Prognose liegt folgende Einschätzung der außenwirtschaftlichen Lage zugrunde. Auf Grund der relativ stabil gebliebenen Konsumausgaben der amerikanischen Haushalte, der deutlichen Zinssenkungen und der Steuersenkung wird die amerikanische Wirtschaft auf einen soliden Wachstumskurs zurückkehren und mit 2 ½ % und 3 % in den nächsten beiden Jahren wachsen. Für die EU wird ein Wachstum von 1 ¾ % bzw. 2 % erwartet. Gestützt von der guten amerikanischen Entwicklung wird sich auch in Deutschland die Konjunktur beleben; das Wirtschaftswachstum wird 1 ¼ % bzw. 1 ½ % betragen.

Der Terroranschlag vom 11. September hat die Prognoseunsicherheit deutlich erhöht. Eine Verzögerung des Aufschwungs in den USA, sowie eine Fortsetzung der rezessiven Tendenzen in Deutschland bilden die außenwirtschaftlichen Risiken dieser Prognose. In Einklang mit einer solchen Entwicklung würde die österreichische Investitions- und Exporttätigkeit gedämpft. Ein weiteres Risiko birgt die Entwicklung der heimischen Baukonjunktur, die laut Prognose den Tiefpunkt im Jahr 2001 erreicht.

Der reale private Konsum in Österreich entwickelt sich 2001 mit 1.5 % nur wenig dynamisch. Ursachen dafür sind die schwache Einkommensdynamik und die höheren Verbraucherpreise. Für nächstes Jahr ist ein Konsumwachstum von 1.7 % zu erwarten. Im Jahr 2003 sollte der Konsum wieder um 2 % steigen. Insgesamt gesehen stützt der private Konsum die Wirtschaftsentwicklung. Die schwache reale

Einkommensentwicklung im Jahr 2001 wird durch eine Rücknahme der Sparquote um einen Prozentpunkt kompensiert. Im Jahr 2002 stagniert die Sparquote und erreicht 2003 wieder das Niveau von 2001.

Die Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung brachte für das Jahr 2000 wesentliche Änderungen bei den Bruttoinvestitionen. Während die Ausrüstungsinvestitionen um 11 % gestiegen sind, ist bei den Bauinvestitionen nur mehr ein Wachstum von 0.3 % festzumachen. Die gesamten Bruttoinvestitionen sind damit im Vorjahr um 3.6 % gewachsen. Im Jahr 2001 werden die Investitionen um 0.3 % schrumpfen und damit erstmals seit 1996 wieder rückläufig sein. Die schlechte Stimmung drückt auf die Ausrüstungsinvestitionen. Für 2001 erwartet das Institut eine deutliche Verlangsamung des Wachstumstempos bei diesem Aggregat auf 1.1 %. Nächstes Jahr ist eine nur schwache Belebung auf 2.5 % zu erwarten. Gegen Ende des Prognosezeitraums ist mit einem Anspringen der Investitionsdynamik zu rechnen (5.5 %). Der Bausektor befindet sich weiterhin in einer Krise. Die Bauinvestitionen werden 2001 um 2.3 % schrumpfen, nächstes Jahr ist mit einem weiteren Rückgang um 1.2 % zu rechnen; erst 2003 könnten die Bauinvestitionen wieder leicht wachsen.

Im Jahr 2000 ist die Inlandsnachfrage noch um 2.5 % gewachsen. Auf Grund der nachlassenden Konsumdynamik und der äußerst mäßigen Baukonjunktur wird die Inlandsnachfrage 2001 nur um 0.6 % zunehmen. Für die Jahre 2002 und 2003 wird ein Wachstum von 1.2 % bzw. 1.8 % erwartet.

Die drastische Abschwächung der internationalen Konjunktur drückt auf die heimische Exportwirtschaft. Nach 12.2 % im Vorjahr beträgt die Wachstumsrate der Exporte laut VGR heuer nur 2.9 %. Trotz der leichten Besserung der internationalen Konjunkturlage im nächsten Jahr wird sich der Welthandel nur mäßig beleben. In den nächsten beiden Jahren steigen die österreichischen Exporte laut VGR um 4.4 % bzw. 6.0 %. Die Warenexporte steigen im Prognosezeitraum um 4.2 %, 4.9 % und 6.5 %. Äußerst positiv entwickelt sich gegenwärtig der Reiseverkehr mit 4.8 %. Auch in den kommenden Jahren wird sich diese Tendenz mit 2 % bzw. 3 % fortsetzen. Auf Grund des schwächeren Tempos der Internationalisierung und der gedämpften Inlandsnachfrage geht auch das Importwachstum im Prognosezeitraum deutlich zurück (1.8 %, 3.7 % und 5.1 %). Die Warenimporte werden um 3.2 %, 4.2 % und 6.2 % zunehmen. Insgesamt gesehen geht damit von der Außenwirtschaft weiterhin ein positiver Wachstumsimpuls aus.

Das Leistungsbilanzdefizit betrug im Jahr 2000 5.7 Mrd. €. Auf Grund der durch die schwache Binnennachfrage ausgelösten geringen Importdynamik, des Wegfalls der Effekte des Energiepreisanstiegs und der Entwicklung bei der Reiseverkehrsbilanz rechnet das Institut mit einer kontinuierlichen Verbesserung des Leistungsbilanzsaldos auf 5.2 Mrd. € (2001), 4.5 Mrd. € (2002) bzw. 4.1 Mrd. € (2003).

Bei den Verbraucherpreisen ist in der zweiten Jahreshälfte eine sinkende Tendenz festzustellen. Nach 3.4 % im Mai (dem höchsten Wert seit 8 Jahren) beläuft sich die Inflationsrate im Oktober nur mehr auf 2.6 %. Während die auf Grund der BSE-Krise stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise weiterhin preistreibend wirken, dämpfen die Energiepreise die Preisentwicklung. Die Kerninflation ist aber weiterhin sehr hoch. In den nächsten Monaten dürfte sich die Inflationsdynamik weiter abschwächen. Im Jahresdurchschnitt 2001 wird die Inflationsrate laut Institutsprognose 2.7 % betragen. Auf Grund der Energiepreisentwicklung und der schwachen Konjunktur erwartet das Institut für 2002 einen Rückgang der Inflation auf 1 ¼ %.

Die Arbeitsmarktlage stellt sich gegenwärtig sehr ungünstig dar. Die Zahl der Arbeitslosen ist sprunghaft angestiegen und die Beschäftigung stagniert. Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots hat neben der Konjunkturlage zur deutlichen Erhöhung der Arbeitslosenrate in den letzten Monaten beigetragen. Nach einem Anstieg der Beschäftigtenzahl von 0.4 % im Jahr 2001 ist nächstes Jahr nur noch mit 0.2 % zu rechnen; erst 2003 wird die Beschäftigtendynamik wieder etwas anspringen (0.5 %). Im Jahresdurchschnitt 2001 wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um rund 8.000 Personen ansteigen. Auch im kommenden Jahr wird ein weiterer Zuwachs um etwa 10.500 Personen erwartet. Im Jahr 2003 könnte die Arbeitslosenzahl wieder zurückgehen. Ausgehend von 6 % im Jahr 2001 wird die Arbeitslosenquote in nationaler Definition auf 6.3 % klettern und könnte 2003 wieder auf 6 % fallen. Laut EUROSTAT-Berechnungsmethode beträgt die Arbeitslosenquote im Prognosezeitraum 3.9 %, 4.2 % und 4.0 %.

Die fiskalpolitische Entwicklung im Prognosezeitraum wird durch den erfolgreichen Budgetkonsolidierungskurs gekennzeichnet. Insbesondere auf Grund der deutlich höher als erwartet ausgefallenen Steuereinnahmen kann das Nulldefizit bereits 2001 erreicht werden. Für die Jahre 2002 und 2003 erwartet das Institut gegenwärtig ebenfalls ein Nulldefizit. Längerfristig gesehen ist weiterhin strikteste fiskalische Disziplin notwendig, um die Finanzierbarkeit des Staatshaushalts in Österreich zu sichern. Zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes sollten allerdings mittelfristig wirksame Maßnahmen zur Reduktion der hohen Steuerquote in Österreich gesetzt werden. Die im Konsolidierungsprogramm angeführte Lohnnebenkostensenkung ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung.

Wichtige Prognoseergebnisse

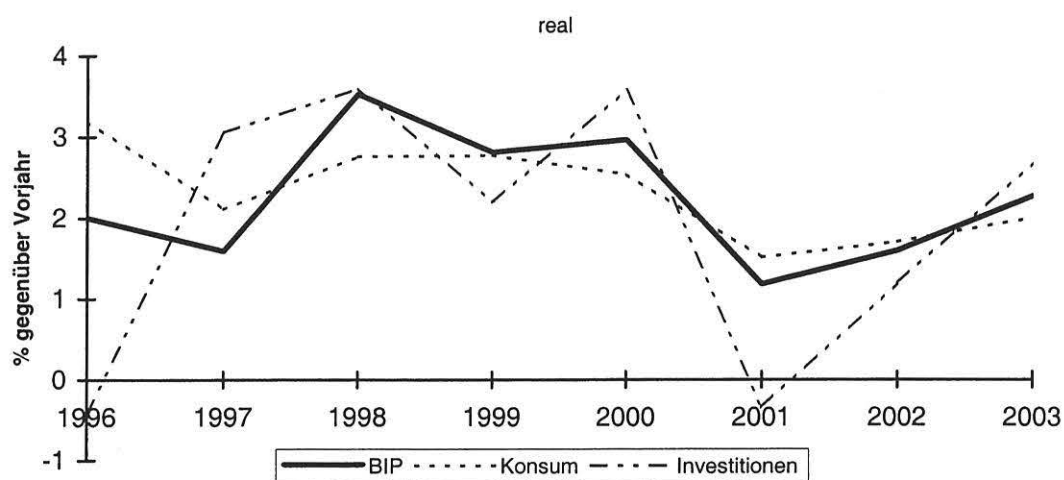
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2001	2002	2003
Bruttoinlandsprodukt, real	1.2	1.6	2.3
Privater Konsum, real	1.5	1.7	2.0
Bruttoinvestitionen insg., real	-0.3	1.2	2.7
Ausrüstungsinvestitionen, real	1.1	2.5	5.5
Bauinvestitionen, real	-2.3	-1.2	1.0
Inlandsnachfrage, real	0.6	1.2	1.8
Exporte i.w.S., real	2.9	4.4	6.0
Waren, real (lt. VGR)	4.2	4.9	6.5
Reiseverkehr, real (lt. VGR)	4.8	2.0	3.0
Importe i.w.S., real	1.8	3.7	5.1
Waren, real (lt. VGR)	3.2	4.2	6.2
Reiseverkehr, real (lt. VGR)	3.3	0.5	1.0
Unselbständig Aktivbeschäftigte	0.4	0.2	0.5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	6.0	6.3	6.0
Arbeitslosenrate: EUROSTAT-Definition ^{*)}	3.9	4.2	4.0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	3.1	2.9	2.1
Preisindex des BIP	2.0	1.6	1.3
Verbraucherpreisindex	2.7	1.8	1.6
3-Monats-Euroanleihen-Rendite ^{*)}	3.9	3.0	3.9
10-Jahres-Euroanleihen-Rendite ^{*)}	5.0	5.2	5.5
Leistungsbilanz (Mrd. €) ^{*)}	-5.2	-4.5	-4.1

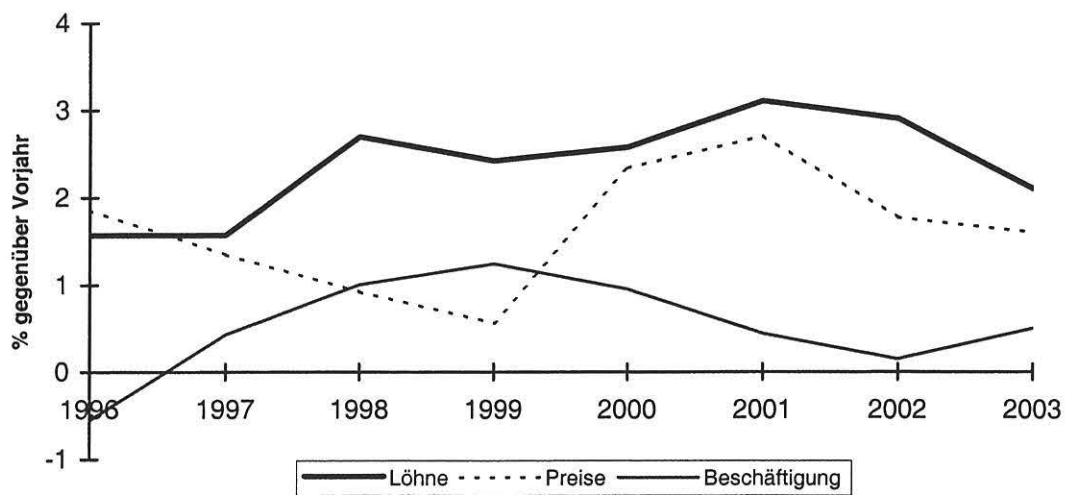
^{*)} absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /1

BIP - Konsum - Investitionen

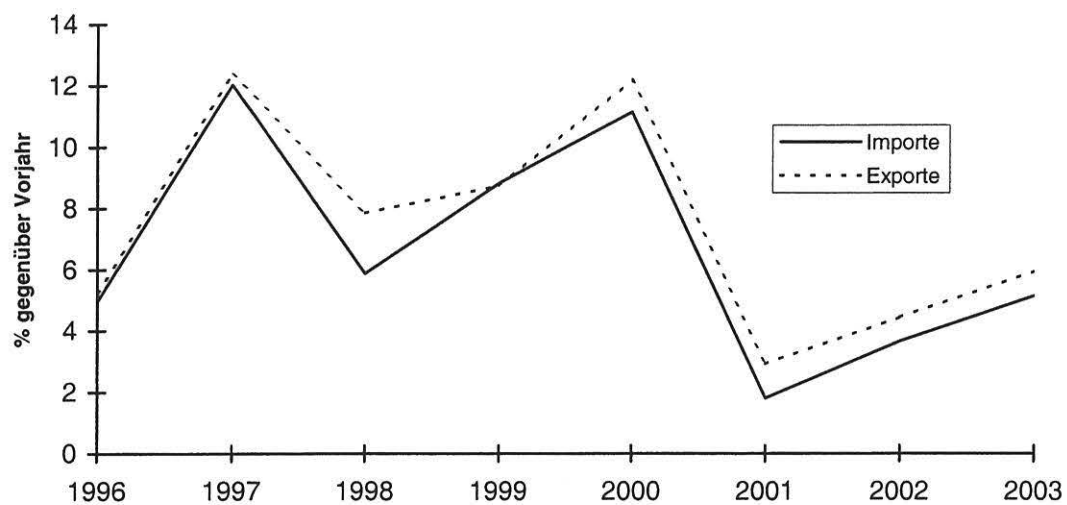


Löhne - Preise - Beschäftigung

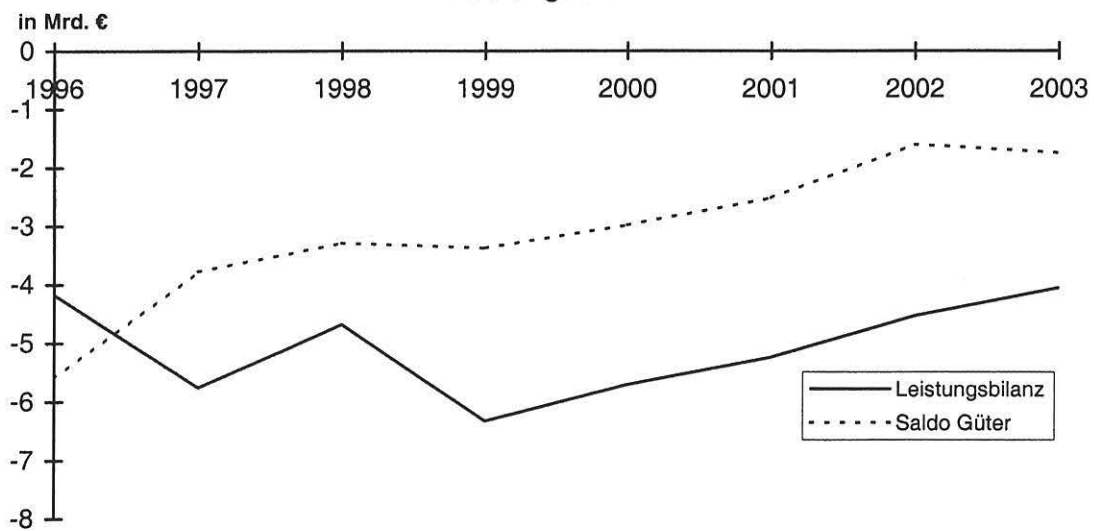


WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /2

Importe (i.w.S.) - Exporte (i.w.S.)



Leistungsbilanz



2. Die internationale Konjunktur

2.1. Internationale Konjunkturprognosen

Im laufenden Jahr stagniert der Welthandel. Im nächsten Jahr wird sich zwar die weltweite Nachfrage wieder erholen, der Welthandel dürfte dabei nur um 3 ½ % zulegen. Dem liegt zu Grunde, dass der USD gegenüber den wichtigsten Währungen nicht wesentlich an Wert verliert und der Rohölpreis etwa 22 USD pro Fass ausmacht. Der Rohölpreis, der derzeit auf 17 USD pro Fass gefallen ist, wird voraussichtlich wieder steigen, da die OPEC angesichts der weltweit nachlassenden Nachfrage die Förderquoten für das nächste Jahr bereits zurückgeschraubt hat.

Mit Ausnahme von China und Indien gibt es im laufenden Jahr in allen Regionen der Welt gleichzeitig eine Wachstumsabschwächung. Laut IMF wächst die Weltwirtschaft um 2,4 %. Im nächsten Jahr dürften die positiven Impulse von der weltweit zu beobachtenden expansiven Geldpolitik zum Tragen kommen und eine Verbesserung der Wirtschaftslage herbeiführen. Jene Länder, die schon früh erkannten, dass die Inflationsgefahr schwindet und in Folge dessen ihre Leitzinsen senkten (USA, Vereinigtes Königreich), werden bald wieder einen Aufschwung erleben. Im Euro-Raum aber wird sich die konjunkturelle Belebung verzögern. Das Wirtschaftswachstum der OECD-Länder wird sich von 1 ½ % im laufenden Jahr auf etwa 2 ¼ % im nächsten Jahr beschleunigen.

Die allgemeine Eintrübung der konjunkturellen Aussichten in den Industrieländern hat zwangsläufig auch die Wirtschaftsperspektiven der Entwicklungs- und Schwellenländer beeinträchtigt. Die industrialisierten Länder Asiens, die mit den USA und Japan starke Handelsverflechtungen aufweisen, sind mit drastisch verschlechterten Wachstumsaussichten für das kommende Jahr konfrontiert. Alle Länder verzeichnen einen starken Einbruch bei den Exporten (Elektronische Geräte und Halbleiter). Im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaft von Singapur mit minus 3 % am stärksten von der Abschwächung betroffen sein, gefolgt von Taiwan mit minus 1 ½ %. Beide Länder befinden sich seit dem dritten Quartal in einer schweren Rezession. Die Wirtschaft Hongkongs hingegen dürfte im laufenden Jahr um nur ¼ % schrumpfen. Fallende Auftragseingänge aus Übersee lassen darauf schließen, dass die konjunkturelle Abschwächung in diesen Ländern bis ins nächste Jahr andauern wird. Auf den Philippinen, in Malaysia und Korea ist die Inlandsnachfrage noch stark genug ausgeprägt, um den Einbruch bei den Exporten aufzufangen. Die Wirtschaft Asiens ohne China wird heuer um 1 ½ % wachsen.

Mit der wirtschaftlichen Abkühlung in Nordamerika schwächte sich auch die Konjunktur der lateinamerikanischen Wirtschaft ab. Nach dem 11. September wurde die Abkühlung noch deutlicher und breitete sich auf alle Länder des Kontinents aus. Der Rückgang der Weltmarktpreise für Rohöl, Kupfer, Zink, Stahl und Lebensmittel brachte einen Verfall der Landeswährungen mit sich und als Konsequenz fiel die Investitionsbereitschaft. Vom Rückgang im Tourismus sind vor allem Mexiko und die karibischen Länder betroffen. Das Wirtschaftswachstum Lateinamerikas wird laut Latin American Development Bank für das laufende Jahr auf 1 ¼ % geschätzt.

Das Wirtschaftswachstum der EU wird im laufenden Jahr bei 1 ½ % liegen. Von der Wachstumsabschwächung sind alle Länder betroffen. In Deutschland wird jedoch die Abschwächung am

stärksten ausfallen. Das beste Wachstumsergebnis wird hingegen das Vereinigte Königreich erzielen. In den meisten Ländern waren sinkende Exportraten in Drittländer in der zweiten Jahreshälfte für die konjunkturelle Verlangsamung verantwortlich. Auch im nächsten Jahr wird mit 1 ¾ % keine deutliche Verbesserung im Wirtschaftswachstum der Ländergruppe eintreten.

Während die Wirtschaftsleistung der EU in der ersten Hälfte des laufenden Jahres noch um durchschnittlich 2.2 % gegenüber dem Vorjahr wuchs, schwächte sich das Jahreswachstum im dritten Quartal auf 1.4 % ab. Am Anfang des vierten Quartals setzte sich die konjunkturelle Verlangsamung im gesamten EU-Raum fort. Negativ wirkte vor allem der schockartige Vertrauensverlust von Industrie und Konsumenten, der in den Oktoberumfragen der Europäischen Union erstmals in vollem Umfang sichtbar wurde. Von den Terroranschlägen in den USA war vor allem der europäische Dienstleistungssektor stark betroffen, darunter vor allem die Sektoren Finanzdienstleistungen, Tourismus und Transport. Ein positives Zeichen kommt hingegen von der europäischen Autoindustrie. Der Absatz von Kraftfahrzeugen stieg im November um 4 % gegenüber dem Vorjahr. Die rückläufige Entwicklung in der Industrieproduktion schwächte sich im November ab. Nachdem etwa ein Viertel der Exporte der EU in die USA gehen, und dieser Markt im vierten Quartal wieder wächst, wird es auch bald zu einer Belebung im europäischen Außenhandel kommen.

Die konjunkturelle Verschlechterung wird auch auf die Arbeitsmärkte durchschlagen. Im Oktober lag die Arbeitslosenrate bei 7.7 %. Spanien verzeichnete mit 12.9 % die höchste Arbeitslosenrate. Auf Grund von fallenden Rohölpreisen und der geringen internationalen Nachfrage sank die Jahresteuierung im Oktober auf 2.5 %. Dem derzeitigen Trend folgend dürfte die Inflationsrate im nächsten Jahr unter die 2-Prozent-Marke fallen. Die EZB senkte daher im November den Referenzzinssatz um 50 Basispunkte auf 3.25 %.

2.2. Länderprognosen

Deutschland

Die Aktualisierung der VGR-Daten bis 1997 zurück, vorgenommen vom Statistischen Bundesamt, führte zu Änderungen im Verlauf des BIP und dessen Teilaggregaten. Insbesondere die Werte für die Investitionstätigkeit wurden zurückgenommen. Beim privaten Verbrauch muss jetzt davon ausgegangen werden, dass er nach einer schwachen Entwicklung im zweiten Semester des vergangenen Jahres im ersten Halbjahr des laufenden Jahres deutlich zulegte.

Durch diese Revision und unter Berücksichtigung der verfügbaren Information über das vierte Quartal wird die deutsche Wirtschaft heuer um nur ½ % wachsen. Im dritten und vierten Quartal ist die Wirtschaftsleistung Deutschlands im Vergleich zum Vorquartal rückläufig, was definitionsgemäß einer Rezession entspricht. Im laufenden Jahr wird die schrumpfende Inlandsnachfrage vom wachsenden Überschuss im Außenbeitrag noch überkompensiert. Am Anfang des nächsten Jahrs dürfte ein bescheidener Wirtschaftsaufschwung einsetzen, da die privaten Haushalte von der nachlassenden Teuerung profitieren. Im nächsten Jahr wird sich daher die Nachfrage wieder beleben und sich das deutsche Wirtschaftswachstum auf 1 ¼ % beschleunigen. Der größte Wachstumsimpuls wird von der Inlandsnachfrage kommen, während sich die Exporttätigkeit deutlich verlangsamt.

Im dritten Quartal 2001 wuchs das deutsche BIP um 0.4 % gegenüber dem Vorjahr und schrumpfte um 0.1 % gegenüber dem Vorquartal. Neben dem rückläufigen Wachstum im Bausektor nahmen nun auch die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresvergleich zum ersten Mal seit 1995 ab. Das Wachstum der Exporte entsprach hingegen noch dem langjährigen Durchschnitt. Im vierten Quartal verschlechtert sich die Wirtschaftslage weiter. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe, die seit April des laufenden Jahres unter dem Niveau des Vorjahres liegen und einen zunehmend negativen Trend aufweisen, fielen im Oktober um 9.5 % gegenüber dem Vorjahr. Die Auslandsnachfrage verringerte sich dabei stärker als die Inlandsnachfrage. Auch im deutschen Bauhauptgewerbe zeichnet sich weiterhin keine Verbesserung der Wirtschaftslage ab, da auch in diesem Sektor die Auftragseingänge weiterhin rückläufig bleiben. Günstig einzuschätzen ist lediglich die noch einigermaßen stabile Konsumnachfrage und die günstige monetäre Situation mit niedrigen Zinsen und rückläufiger Inflationsrate.

Laut Umfragen sinkt auch das Konsumentenvertrauen, was sich auf Unsicherheiten am Arbeitsmarkt zurückführen lässt. Die Arbeitslosenrate (laut Deutscher Bundesbank) lag im November bei 9.5 % verglichen mit 9.3 % im Jänner des laufenden Jahres. Die Arbeitslosenrate dürfte sich um einen halben Prozentpunkt erhöhen, wenn die angekündigten Entlassungen wirksam werden. Auf Grund der schwachen Nachfrage aus dem In- und Ausland und der internationalen Preisentwicklung lässt die Teuerung in Deutschland deutlich nach. Im November betrug die Inflationsrate nur noch 1.7 %, verglichen mit dem Höchststand von 3.5 % im Mai. Im nächsten Jahr werden sich die Preissteigerungen weiter verlangsamen und nur noch um 1.4 % betragen.

Weitere westeuropäische Länder

Das **italienische** Wirtschaftswachstum beträgt im laufenden Jahr $1 \frac{3}{4}$ %, wobei die Inlandsnachfrage deutlich geringer ausfällt als in den vergangenen Jahren. In der zweiten Jahreshälfte verlangsamte sich das Wachstum der Konsumausgaben und die Investitionsausgaben waren im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Trotz der gedämpften internationalen Konjunkturlage verzeichnete die italienische Wirtschaft im laufenden Jahr einen positiven Wachstumsimpuls vom Außenhandel. Dem Exportwachstum, das sich im Jahresverlauf auch in Italien zunehmend abschwächte, standen noch schwächere Importraten gegenüber. Im nächsten Jahr wird sich das Wachstumsmuster der Inlandsnachfrage kaum ändern, daher werden auch die Importe weiterhin gedämpft bleiben. Die Exportentwicklung zeigt ab Jahresbeginn wieder einen ansteigenden Trend, die Wachstumsrate wird jedoch noch unter dem Niveau des laufenden Jahres liegen. Das Wachstum der italienischen Wirtschaft wird im nächsten Jahr daher mit einer Rate von $1 \frac{1}{2}$ % etwas gedämpfter als im laufenden Jahr ausfallen.

Im dritten Quartal 2001 wuchs die italienische Wirtschaft um 0.2 % gegenüber dem Vorquartal und um 1.9 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Im vierten Quartal des laufenden Jahres ist das Wirtschaftswachstum voraussichtlich negativ. Das reale Einkommen der privaten Haushalte nimmt zwar auf Grund von sinkenden Preisen zu, jedoch steigt die Sparneigung der Konsumenten. Das Konsumentenvertrauen nahm im November deutlich ab, da Großunternehmen seit dem dritten Quartal ihre Beschäftigtenzahlen senken. Darüber hinaus sind Italiens Konsumenten auch von der weltpolitischen Lage verunsichert, da sie befürchten, dass sich dadurch ein konjunktureller Aufschwung verzögern könnte. Gleichzeitig sank das Vertrauen der Unternehmer auf ein Fünf-Jahres-Tief. Die italienische Industrie sah

sich bereits im dritten Quartal mit sinkenden Produktionszahlen und fallenden Auftragseingängen konfrontiert. Ein besonders starker Geschäftseinbruch wurde im September verzeichnet.

Vor diesem Hintergrund wird die Arbeitslosenrate am Ende des laufenden Jahres wieder mehr als 10 % ausmachen und auch im nächsten Jahr ist nicht mit einer Verbesserung der Bedingungen am Arbeitsmarkt zu rechnen. Eine positive Entwicklung ist bei der Teuerung zu beobachten. Seit dem Beginn des dritten Quartals verlangsamt sich die Preissteigerung. Im November gab es mit 2.2 % die niedrigste Inflationsrate seit 22 Monaten und die Produktionspreise fielen im Oktober gegenüber dem Vorjahr um 0.7 %. Der nachlassende Preisauftrieb ist auf die geringere Nachfrage und auf sinkende Transportkosten zurückzuführen.

Die Wirtschaft **Frankreichs** wird heuer voraussichtlich um 2 % wachsen. Dies ist deutlich weniger als in den vergangenen Jahren, in denen Wachstumsraten von über 3 % erzielt wurden. Im Gegensatz zu Deutschland wird die französische Wirtschaft jedoch nicht in eine Rezession abrutschen. Von der konjunkturellen Verlangsamung im laufenden Jahr ist vor allem die französische Außenwirtschaft betroffen. Rückläufige Exportraten reflektieren die derzeitige internationale Wirtschaftsentwicklung, während die Inlandsnachfrage im laufenden Jahr um knapp 3 % zulegen kann. Der Konjunkturereinbruch in der Exportwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte greift am Beginn des nächsten Jahres auch auf die Inlandsnachfrage über. Im Jahresverlauf bleibt die Investitionsbereitschaft der französischen Unternehmen gedämpft, die Nachfrage aus dem Ausland wird hingegen wieder zunehmen. Das Institut erwartet daher, dass die französische Wirtschaft im Jahr 2002 wiederum um 2 % wachsen wird.

Die Wirtschaft Frankreichs wuchs im dritten Quartal des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahresquartal um 2.1 % und um 0.6 % gegenüber dem Vorquartal. Nachdem zwischen Frankreich und den USA enge Handelsbeziehungen bestehen, ergab sich in der französischen Exportwirtschaft nach dem 11. September eine rückläufige Entwicklung. Im vierten Quartal haben sich die Auswirkungen der Terroranschläge in den USA noch weiter auf die französische Exportwirtschaft ausgeweitet. Frankreichs Inlandsnachfrage erwies sich jedoch noch immer als ausreichend robust und konnte die Ausfälle im Außenhandel auffangen.

In den ersten neun Monaten haben neben der Kauflust der privaten Haushalte auch Steuererleichterungen und Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich den Konsum der Haushalte angeregt. Gleichzeitig hat seit Mai der Preisauftrieb bei Verbrauchsgütern nachgelassen. Im vierten Quartal wird die wichtigste Konjunkturstütze der französischen Wirtschaft vorübergehend brüchig. Das Konsumentenvertrauen ist auf den tiefsten Stand innerhalb von drei Jahren gefallen. Die wachsende Unsicherheit über die zukünftige Einkommensentwicklung bildet den Hauptgrund dafür.

Auf Grund von fehlenden Aufträgen aus dem Ausland verlangsamt sich die Wachstumsrate der Industrieproduktion und somit sinkt auch die Beschäftigung. Nach dem Terroranschlag auf die USA haben viele internationale Unternehmen angekündigt, Arbeitskräfte in Frankreich abzubauen. Als Folge stieg im Oktober die Anzahl der Arbeitssuchenden deutlich an. Der kontinuierliche Abbau der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren setzt sich im laufenden Jahr daher nicht mehr fort, und auch im nächsten Jahr ist kein weiterer Abbau der Arbeitslosigkeit in Sicht.

Die Wirtschaft des **Vereinigten Königreichs** schwächt sich im laufenden Jahr nur leicht ab. Wichtigste Stütze bleibt der Konsum der privaten Haushalte, während in der Industrie eine gedämpfte Entwicklung vorherrscht. Die Anlageinvestitionen wachsen nur langsam und auf Grund der schwachen Exportaussichten verschlechtert sich der Außenbeitrag. Das Wirtschaftswachstum des Vereinigten Königreichs wird im laufenden Jahr mit 2.0 % im langjährigen Durchschnitt liegen. Auch im nächsten Jahr werden die Ausgaben der privaten Haushalte auf hohem Niveau bleiben. Jedoch wird auch die verbesserte internationale Wirtschaftslage das lahmende Exportwachstum etwas beschleunigen. Im nächsten Jahr wird sich daher das Wirtschaftswachstum des Vereinigten Königreichs auf 2 ½ % beschleunigen.

Im Gegensatz zu den Ländern im Euro-Raum schwächte sich die konjunkturelle Entwicklung des Vereinigten Königreichs im dritten Quartal nur marginal ab. Das BIP wuchs im Vorjahresvergleich um 2.1 % und um 0.5 % gegenüber dem Vorquartal. Auch für das vierte Quartal wird ein positives Wirtschaftswachstum erwartet. Der größte Wachstumsbeitrag kommt wieder vom Konsum der privaten Haushalte.

Im Oktober war ein leichter Vertrauensseinbruch bei den Konsumenten feststellbar. Die Arbeitslosenrate stieg zum ersten Mal seit einem Jahr wieder an, und die Einzelhandelsumsätze schrumpften gegenüber dem Vormonat. Bereits im November kehrte sich jedoch das Bild wieder. Die Verbraucher schätzten ihre finanzielle Lage wieder als sehr gefestigt ein und dies spiegelte sich in einer starken Nachfrage im Einzelhandel und am Immobilienmarkt wider. Der Handel erwartet, dass das Weihnachtsgeschäft deutlich über dem Niveau des Vorjahres liegen wird. Die güterverarbeitende Industrie dürfte sich hingegen bis zum Jahresende schwach entwickeln. Steigende Auftragseingänge lassen jedoch auf einen Aufschwung am Anfang des nächsten Jahres schließen. Auf Grund der rückläufigen Investitionstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte erwägt die Regierung einen Ausgabenplan zu schaffen, der Unternehmer ermuntern sollte, in neue Technologien zu investieren.

Die Arbeitslosenrate stagnierte im Jahresverlauf auf 5 %. Auf Grund der guten Wirtschaftsaussichten wird der Abbau der Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr weiter vorangehen. Die Inflation sank im November auf ein Rekordtief (1.7 %). Im nächsten Jahr wird die Inflation noch etwas weiter nachlassen und etwa 1.5 % betragen.

Das Wirtschaftswachstum der **Schweiz** fällt im laufenden Jahr geringer aus als zuletzt erwartet. Die Revision konzentriert sich vor allem auf den Außenbeitrag. Während sich der Konsum der privaten Haushalte im Jahresverlauf kaum abschwächt, verlangsamt sich seit Jahresbeginn das Exportwachstum. Hervorgerufen wurde diese Entwicklung durch eine wechsellkursinduzierte Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft. Dieser Trend verstärkte sich unmittelbar nach dem Terroranschlag auf die USA, als die Nachfrage nach Schweizer Franken kräftig zunahm. Das Wirtschaftswachstum der Schweiz beträgt im laufenden Jahr daher nur 1 ¼ %. Durch die Konjunkturschwäche der wichtigsten Handelspartner in Europa wird die Außenwirtschaft der Schweiz auch im nächsten Jahr sehr gedämpft bleiben. Mit zeitlicher Verzögerung greift die Exportschwäche auch auf den Konsum der privaten Haushalte über. Im nächsten Jahr dürfte die Wirtschaft der Schweiz daher um nur ½ % zulegen.

Während das Wirtschaftswachstum der Schweiz in der ersten Hälfte des laufenden Jahres im Vorjahresvergleich noch über 2 % lag, schwächte es sich im dritten Quartal auf 0,8 % ab. Gegenüber dem Vorquartal stagnierte das BIP-Wachstum. Hervorgerufen wurde die gesamtwirtschaftliche Wachstumsabschwächung durch einen Einbruch bei den Exporten. Im vierten Quartal verlangsamte sich die Wirtschaftsleistung weiter. Neben der rückläufigen Exportwirtschaft sinkt nun auch die Konsumentenstimmung. Einen ähnlich starken Rückgang hatte die Konsumentenstimmung letztmals mit dem Beginn des Golfkrieges im Oktober 1990 erlitten.

Auf Grund der sich abkühlenden Konjunktur, die durch die Ereignisse am 11. September einen zusätzlichen Dämpfer erhielt, stieg die Arbeitslosigkeit in der Schweiz im Oktober zum ersten Mal seit 1997 wieder an. Einen Arbeitskräfteabbau gab es vor allem im Transportsektor. Die Bauwirtschaft leidet unter mangelnden Aufträgen durch die öffentliche Hand und die güterverarbeitenden Industrien bekommen den weltweiten Konjunkturabschwung und den starken Franken zu spüren. Eine Zunahme der Beschäftigung wird jedoch wieder für Anfang des nächsten Jahres erwartet. Die Teuerung, die im November mit 0,5 % im Vergleich zum Vorjahr auf den niedersten Stand seit März 1999 zurückging, wird im nächsten Jahr wieder leicht anziehen.

USA

Die Wirtschaft der USA befindet sich – gemäß der NBER-Definition – seit März in einer Rezession. Davon betroffen ist primär die güterverarbeitende Industrie. Auch die privaten Haushalte gaben im laufenden Jahr deutlich weniger aus als im Vorjahr, trotzdem verhinderten sie das Abgleiten der US-Wirtschaft in eine Rezession. Im Jahr 2001 wird die Wirtschaftsleistung der USA um nur 1 ¼ % zunehmen. Da Steuersenkungen und expansive Geldpolitik – die Fed kürzte seit Jahresanfang in elf Schritten den Leitzinssatz von 6,5 % auf 1,8 % –, stimulierend auf die Nachfrage wirken, rechnet das Institut mit einem positiven Wirtschaftswachstum im vierten Quartal. Im nächsten Jahr wird der größte Wachstumsimpuls von den Ausrüstungsinvestitionen und den Exporten kommen. In der zweiten Jahreshälfte des nächsten Jahres dürfte das Wirtschaftswachstum der USA im Vergleich zum Vorjahr wieder über 3 % liegen und sich dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre annähern.

Das BIP der USA fiel im dritten Quartal zum Vorquartal um 0,3 % (1,1 % auf Jahresbasis). Im Vergleich zum Vorjahr war jedoch das Wachstum mit 0,6 % positiv. Stark rückläufig entwickelten sich dabei Exporte und Anlageinvestitionen, während die Bauinvestitionen deutlich zulegten. Die privaten Konsumausgaben blieben nach wie vor der Wachstumsmotor der US-Wirtschaft. Das Nachfragevolumen der privaten Haushalte macht 70 % der Wirtschaftsleistung der USA aus, während auf den Unternehmenssektor ein Anteil von 20 % entfällt. Der Außenbeitrag verbesserte sich im dritten Quartal, weil sich die geringe Inlandsnachfrage im Importwachstum widerspiegelt.

Unmittelbar nach dem Terroranschlag am 11. September verzeichneten die großen Handelsketten einen Verkaufsrückgang. In den folgenden zwei Monaten wuchsen die realen Umsätze im Einzelhandel wieder sehr stark. Die Verkäufe von Kraftfahrzeugen erzielten dabei Rekordwerte. Erklärt wird dieses Konsumverhalten durch die bei Null liegenden Finanzierungskosten. Auch der Wohnungsmarkt belebte sich, da die Hypothekarzinsen im November auf das niedrigste Niveau seit 30 Jahren fielen. Neben

billigeren Krediten wirken sich Preisentwicklung und Steuersenkungen positiv auf die Ausgabenfreude der privaten Haushalte aus.

Bereits im August zeichnete sich in der güterverarbeitenden Industrie eine konjunkturelle Belebung ab, jedoch verschlechterte sich nach den Terroranschlägen das Investitionsklima wieder. Im November mehrten sich Anzeichen, die auf einen Aufschwung der Industrie hinweisen. Der Dienstleistungssektor verzeichnete ein positives Wachstum, in der güterverarbeitenden Industrie schritt der Lagerabbau sehr zügig voran, das rückläufige Wachstum in der Güterproduktion verlangsamte sich, und die Auftragseingänge nahmen wieder zu. Positiv wirken sich auch die fallenden Rohstoffpreise auf die Stimmung der Industrie aus. Am Kapitalmarkt wurden die Kursverluste, die nach dem 11. September eintraten, wieder wettgemacht. Demnach dürfte die Rezession in der Industrie zu Beginn des nächsten Jahres beendet sein.

Den Terroranschlägen folgte eine Kündigungswelle, von der der Transportsektor am stärksten betroffen war. Die Arbeitslosenrate stieg daher im November auf 5.7 %, verglichen mit 4.0 % zu Jahresbeginn. Die Arbeitslosigkeit dürfte jedoch im nächsten Jahr nicht mehr weiter zunehmen. Es gibt noch immer zahlreiche Kündigungen, jedoch stellen seit Anfang Dezember die Unternehmen wieder neues Personal ein. Auf eine Verbesserung des Arbeitsmarktes im nächsten Jahr deuten auch die wöchentlich ausgewiesenen Neuanträge auf Arbeitslosenversicherung hin, die im Dezember auf den niedrigsten Stand seit 1992 fielen.

Die Teuerung lässt im November auf Grund von sinkenden Energie- und Lebensmittelpreisen zwar weiter nach, die Kerninflation steigt hingegen deutlich an. Preisdruck entstand bei Hotelübernachtungen, in der medizinischen Versorgung und bei Autos. Trotz stark sinkender Produktionspreise ist im nächsten Jahr mit keinem weiteren Nachlassen der Teuerung zu rechnen, da die Endnachfrage wieder steigt und weil der Rohölpreiseffekt wegfällt. Die Verbraucherpreise werden daher im laufenden Jahr um 2.8 % zulegen und sich im nächsten Jahr nur leicht abschwächen.

Japan

Die Wirtschaft Japans befindet sich im laufenden Jahr in einer Rezession. Während sich das Wachstum der Inlandsnachfrage positiv entwickelt, kommt ein negativer Wachstumsbeitrag vom Außenhandel. Ausschlaggebend dafür ist die Abschwächung der Wirtschaft aus Übersee, die im zweiten Quartal des laufenden Jahres einsetzte. Die Exporte fielen unter das Niveau des Vorjahres, weil vor allem die Nachfrage aus den USA, dem wichtigsten Handelspartner Japans, zurückging. Auf Grund der starken internationalen Handelsverflechtungen weitete sich die Abkühlung auch auf den asiatischen Raum aus, wodurch sich wiederum die Exportchancen Japans verminderten. Zu Jahresbeginn dämpfte der starke Yen die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Da sich die Importnachfrage im geringeren Ausmaß abschwächte als die Exporte, fiel der Außenbeitrag im laufenden Jahr geringer aus als in den vergangenen Jahren. Die Wirtschaftsleistung Japans sinkt daher im Kalenderjahr 2001 um ½ %. Nachdem sich im nächsten Jahr das Wachstum des globalen Handels wieder beschleunigen wird, dürfte sich auch die stark exportorientierte japanische Wirtschaft wieder erholen. Die Wirtschaftsleistung Japans wird demnach im nächsten Jahr um 1 % zulegen.

Im dritten Quartal fiel das japanische BIP im Vergleich zum Vorquartal zum zweiten Mal in Folge. Zum Vorquartal rückläufig entwickelten sich die Haushaltsausgaben, die Bauinvestitionen und die Exporte. Im vierten Quartal profitiert die japanische Exportwirtschaft von der Nachfragebelebung in den USA. Im Oktober legten bereits die Exporte von Kraftfahrzeugen wieder zu und die stark rückläufige Entwicklung bei den gesamten Exporten schwächte sich ab. Trotz wachsender Arbeitslosigkeit erweist sich der Konsum der privaten Haushalte als robust, und die Ausgaben für Anlageinvestitionen zeigen eine steigende Tendenz. Nur die Probleme der Bauwirtschaft bleiben weithin bestehen.

Mittel und Osteuropa

In den Jahren 2002 und 2003 dürfte sich die positive Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in Russland fortsetzen. Durch die Abschwächung der Wirtschaftsdynamik in der EU und den USA hat sich das Wirtschaftswachstum in den schnell wachsenden ost- und mitteleuropäischen Ländern (Polen, Ungarn, Slowenien, Russland und Bulgarien) im dritten Quartal und im Zeitraum Jänner bis September 2001 verlangsamt. Andere Länder, wie die Tschechische Republik, Rumänien, und die Slowakei, verzeichneten dagegen eine Beschleunigung des Wachstums wegen der dynamischen Entwicklung der Inlandsnachfrage, vor allem bedingt durch die rege Investitionstätigkeit und den privaten Verbrauch. Diese Entwicklungen dürften sich im ersten Halbjahr 2002 fortsetzen. Wegen der fallenden Ölpreise wird mit weiteren Fortschritten bei der Inflationsbekämpfung zu rechnen sein.

Nach der dynamischen Entwicklung im ersten Quartal des Jahres 2001 hat das Wirtschaftswachstum in **Ungarn** in den darauf folgenden zwei Quartalen wegen schwächerer Auslands- und Inlandsnachfrage an Schwung verloren. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich im Zeitraum Jänner bis September 2001 in Folge der schwächeren Investitionstätigkeit auf 4,0 %. Das Wachstum ist auf die Industrieproduktion zurückzuführen (5,5 % im Jänner bis Oktober 2001 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres), die von den Exporten (10 % real) und dem privaten Konsum (5,6 % im Zeitraum Jänner bis September) getragen wird. Die Importe wuchsen dagegen um nur 6 %, was zur Verringerung des Handelsbilanzdefizits beigetragen hat. Die Investitionen entwickelten sich im dritten Quartal 2001 mit einer realen Wachstumsrate von -0,2 % rückläufig. Die Bauproduktion dagegen, gefördert durch das Wohnbauprogramm der Regierung, wuchs in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 um 11,3 %. Die Arbeitslosenquote blieb mit 5,5 % im Oktober 2001 auf einem niedrigen Niveau. Die jährliche Inflation lag im Zeitraum Jänner bis November 2001 bei durchschnittlich 9,4 %.

Für das Jahr 2001 wird mit einer Wachstumsrate von 3 ¼ % gerechnet. Das Wachstum wird im Jahr 2002 hauptsächlich von der Inlandsnachfrage getragen. In Folge der strafferen Geldpolitik und der schwachen Auslandsnachfrage wird eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2002 auf 3 ¼ % erwartet.

In **Polen** ist die Inlandsnachfrage rückläufig. Dies wurde durch steigende Arbeitslosigkeit, fallende Reallöhne und hohe reale Zinsen ausgelöst. Dagegen wuchs die Industrieproduktion im Zeitraum Jänner bis Oktober 2001 um 0,4 % im Jahresvergleich. Die treibende Kraft dafür waren die Exporte mit einer Wachstumsrate von 15,2 % im Zeitraum Jänner bis September 2001. Das Wachstum der Importe blieb mit 2,9 % gering. Als Folge der restriktiven Geldpolitik verringerten sich die externen Ungleichgewichte und das Leistungsbilanzdefizit schrumpfte im Jänner bis Oktober 2001 auf 4,2 % des BIP. Im Zeitraum Jänner bis

Oktober ging die Bauproduktion um 10.4 % im Jahresabstand zurück. Diese Entwicklung wurde von einem Rückgang der jährlichen Inflation auf 3.8 % im November 2001 (verursacht primär durch fallende Ölpreise) und einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 16.4 % begleitet.

Für heuer erwartet die polnische Regierung eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auf 1.2 %; im Jahr 2002 dürfte die Wachstumsrate 1 % betragen. Eine wirtschaftliche Belebung wird vom polnischen Finanzminister erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 erwartet. Die Arbeitslosenquote dürfte sich heuer auf 17.2 %, im nächsten Jahr auf 18.5 % erhöhen. Für Ende 2001 wird eine Inflationsrate von 4.5 %, für Ende 2002 von 4.7 % erwartet. Zusammen mit der Belebung der Auslandsnachfrage in der zweiten Jahreshälfte dürfte der private Konsum im Jahr 2002 wegen der starken Erhöhung der Sozialausgaben und des leichten Wachstums der Einkommen das Wachstum antreiben.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 wuchs das **tschechische** BIP um 3.6 %, im dritten Quartal um 3.2 %. Entstehungsseitig waren im dritten Quartal 2001 die Industrieproduktion (4.1 % im Jahresabstand) und die Dienstleistungen, insbesondere der Handel, Hotels und Restaurants (4 %), sowie die Finanzdienstleistungen (9.7 %) die treibenden Kräfte des Wachstums. Die Importe wuchsen im dritten Quartal 2001 mit 10.7 % schneller als die Exporte (9.0 %), wodurch sich das Handelsbilanzdefizit ausweitete. Verwendungsseitig ist das Wachstum auf die dynamische Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen (7.5 %) und des privaten Konsums (3.4 %) zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote betrug im November 2001 8.5% und ist damit so hoch wie im Vorjahr. Die jährliche Inflationsrate belief sich auf 4.2 % im November 2001.

Für das Jahr 2001 ist mit einer Wachstumsrate von 3½ %, getragen von der Inlandsnachfrage, zu rechnen. Hauptsächlich wegen des anhaltenden Zuflusses von ausländischen Direktinvestitionen ist weiterhin eine Beschleunigung des Wachstums der Bruttoanlageinvestitionen zu erwarten. Auf der Entstehungsseite werden Dienstleistungen und Industrieproduktion weiterhin die wichtigsten Wachstumsmotoren sein. Im Jahr 2002 dürfte sich das Wirtschaftswachstum leicht beschleunigen (3¾ %).

Das Wirtschaftswachstum in der **Slowakei** beschleunigte sich im dritten Quartal des Jahres 2001 auf 3.5 % (im Zeitraum Jänner bis September auf 3.1 % im Jahresabstand). Diese Entwicklung ist auf das schnelle Wachstum des öffentlichen Konsums (9.2 %) und der Bruttoanlageinvestitionen (16.5 %) zurückzuführen. Wegen der dynamischen Inlandsnachfrage wuchsen die Importe im zweiten Quartal des Jahres 2001 mit 14.2 % schneller als die Exporte (7.1 %). Dadurch erhöhten sich das Handels- und das Leistungsbilanzdefizit. Entstehungsseitig wurde das Wachstum von der Industrieproduktion (5.6 % im Zeitraum Jänner bis Oktober 2001) und der Bauproduktion (2.4 %) getragen. Die Arbeitslosenquote stieg im dritten Quartal 2001 auf 19 % und die jährliche Inflation belief sich im November 2001 auf 7.4 %.

Heuer dürfte sich das Wachstum infolge der dynamischen Inlandsnachfrage auf 2¾ %, 2002 auf 3¼ % beschleunigen.

In **Slowenien** stützte sich das Wirtschaftswachstum im Zeitraum Jänner bis September 2001 weiterhin auf die ausländische Nachfrage. Jedoch wuchsen die Exporte langsamer als im Vorjahr. Sie stiegen um 8.7 % real, während die realen Importe um 2.4 % zunahmen. Die Verlangsamung des Exportwachstums spiegelte

sich im niedrigeren Wachstum der Industrieproduktion wider (3.5 % im Zeitraum Jänner bis Oktober 2001 im Vorjahresvergleich). Der private Konsum wuchs im zweiten Quartal 2001 um 2.8 %, während die Bruttoanlageinvestitionen um 4.0 % zurückgingen. Als Resultat der rückläufigen Entwicklung der Energiepreise betrug die Inflationsrate im Zeitraum Jänner bis November 2001 6.5 %. Die Arbeitslosenquote belief sich Ende September 2001 auf 6.8 %.

In Folge der schwachen Inlandsnachfrage wird für heuer eine Wachstumsrate von $3\frac{1}{4}$ % erwartet. Im Jahr 2002 dürfte das Wirtschaftswachstum wegen der schwächeren Auslandsnachfrage nur 3 % betragen.

In **Rumänien** beschleunigte sich das Wachstum im Zeitraum Jänner bis September 2001 auf 5.1 %. Dies ist vor allem auf die steigende Produktion in der Landwirtschaft (21.2 %), Industrieproduktion (8.2 %) und Bauproduktion (5.1 %) zurückzuführen. Die Dienstleistungen nahmen um nur 1.1 % zu. Auf der Verwendungsseite sind für die gute Wirtschaftsdynamik der private Konsum (6.8 %) und die Bruttoanlageinvestitionen (6.0 %) verantwortlich. Weil das Importwachstum (22.8 % im Zeitraum Jänner bis September 2001) höher ausfiel als das Exportwachstum (16.4 %), kam es zu einer Ausweitung des Handels- und des Leistungsbilanzdefizits. Die Inflationsrate blieb auch im Jänner-Oktober 2001 auf einem hohen Niveau (24.2 %), während die Arbeitslosenquote im Oktober 2001 auf 7.7 % zurückging.

Heuer dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf $4\frac{3}{4}$ % beschleunigen, im Jahr 2002 $4\frac{1}{2}$ % betragen. Die rumänische Industrie dürfte von der Belebung des privaten Konsums und der Anlageinvestitionen profitieren.

In **Bulgarien** hat das Wirtschaftswachstum im dritten und vierten Quartal, nach einem Anstieg um 4,8 % im ersten Halbjahr, wegen der schwächeren Auslandsnachfrage nachgelassen. Die positive Entwicklung wurde von der Industrie (2.7 % im Zeitraum Jänner bis September 2001) getragen, die vom sinkenden aber noch dynamischen Exportwachstum (7.9 % im Zeitraum Jänner bis September 2001) profitiert hat. Ein hohes Importwachstum (13.7 % im Zeitraum Jänner bis September) hat zu einer Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits auf 3.7 % des BIP beigetragen. Der Einzelhandel hat im Zeitraum Jänner bis Oktober um nur 0.6 % zugenommen, was auf fallenden privaten Konsum hindeutet. Die Arbeitslosenquote stagnierte mit 16.7 % im Oktober 2001 auf einem hohen Niveau. Die Inflationsrate belief sich im Zeitraum Jänner-November 2001 auf 7.6 % im Jahresabstand.

Für 2002 rechnen die internationalen Prognosen als Resultat der schwächeren Nachfrage der EU und der zu erwartenden Aufwertung des an den Euro gebundenen Lev mit einer Verlangsamung des Wachstums auf $3\frac{3}{4}$ %.

Mit 5.5 % blieb das Wachstum der russischen Wirtschaft im Zeitraum Jänner-September 2001 weiter auf einem hohen Niveau. Das Wachstum der Industrieproduktion belief sich auf 5.2 % gegenüber dem Vorjahr. Die Landwirtschaft wuchs um 10 % und die Bauwirtschaft um 8 % in den ersten drei Quartalen des Jahres 2001. Der Einzelhandel nahm um 11 % zu. Die Ausrüstungsinvestitionen wuchsen um 8.2 %. Der Anstieg der Exporte, mit Öl und Gas als wichtigsten Exportgütern, verlangsamte sich im Zeitraum Jänner-September 2001 wegen der fallenden Ölpreise auf 3 %. Die Importe dagegen entwickelten sich mit 20 %

Wachstumsrate sehr dynamisch. Die durchschnittliche jährliche Inflation belief sich im November 2001 auf 18.8 %. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 2001 8.7 %.

Für heuer wird auf Grund der dynamischen Entwicklung der Inlandsnachfrage eine Wachstumsrate von 5 ½ %, für das Jahr 2002 von 4 ¼ % von der russischen Regierung erwartet. Der Budgetüberschuss des Jahres 2001 dürfte am Ende des Jahres 2 % betragen.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1999	2000	2001	2002	2003
Welthandel, real	3.8	12.4	0	3 ½	7 ½
BIP, real					
Bundesrepublik Deutschland	1.8	3.0	½	1 ¼	1 ½
Italien	1.6	2.9	1 ¾	1 ½	3
Frankreich	3.0	3.4	2	2	2
Vereinigtes Königreich	1.6	2.9	2	2 ½	3
Schweiz	1.6	3.0	1 ½	¾	1 ½
Polen	4.1	4.1	1 ¼	1	2 ¾
Slowakei	1.9	2.2	2 ¾	3 ¼	4.0
Tschechien	-0.2	2.9	3 ½	3 ¾	4 ¼
Ungarn	4.5	5.3	3 ¾	3 ¼	4 ½
Slowenien	5.2	4.6	3 ¼	3	4.0
Bulgarien	2.4	5.4	4.0	3 ¾	4 ¼
Rumänien	-3.2	1.6	4 ¾	4 ½	5.0
Russland	5.4	8.3	5 ½	4 ¼	5.0
USA	4.1	4.1	1 ¼	2 ½	3
Japan	0.8	1.5	- ½	1	1 ½
EU	2.6	3.4	1 ½	1 ¾	2
OECD – insgesamt	2.9	3.5	1 ¼	2 ¼	2 ½
Österreichische Exportmärkte	7.3	13.3	4 ½	4 ½	6 ¼
USD/EUR Wechselkurs*)	1.07	0.92	0.90	0.96	0.97 ^{*)}
Rohölpreise ^{*)} **)	17.3	29.1	25	22	23

Quelle: IMF. Eigene Berechnungen.

*) absolute Werte

**) USD/barrel

*) technische Annahme

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Im Zuge der internationalen Konjunkturabschwächung hat sich auch die Dynamik der österreichischen Außenwirtschaft stark verlangsamt. Zurückzuführen ist dies auf die wirtschaftliche Schwäche der wichtigsten Handelspartner. Darüber hinaus legten die Terroranschläge gegen die USA vom 11. September kurzfristig die globalen Handelsströme lahm. Im Jahr 2002 wird die Wirtschaftsleistung der USA wieder zunehmen, was eine Beschleunigung der weltweiten Nachfrage zur Folge haben wird. Die Exportchancen der WWU in Drittländer werden jedoch in Zukunft geringer ausfallen als in den vergangenen Jahren, da der wechsellkursbedingte Wettbewerbsvorteil der WWU nicht mehr zum Tragen kommt. Im nächsten Jahr wird sich die Nachfrage nach österreichischen Waren aus dem Ausland leicht verbessern.

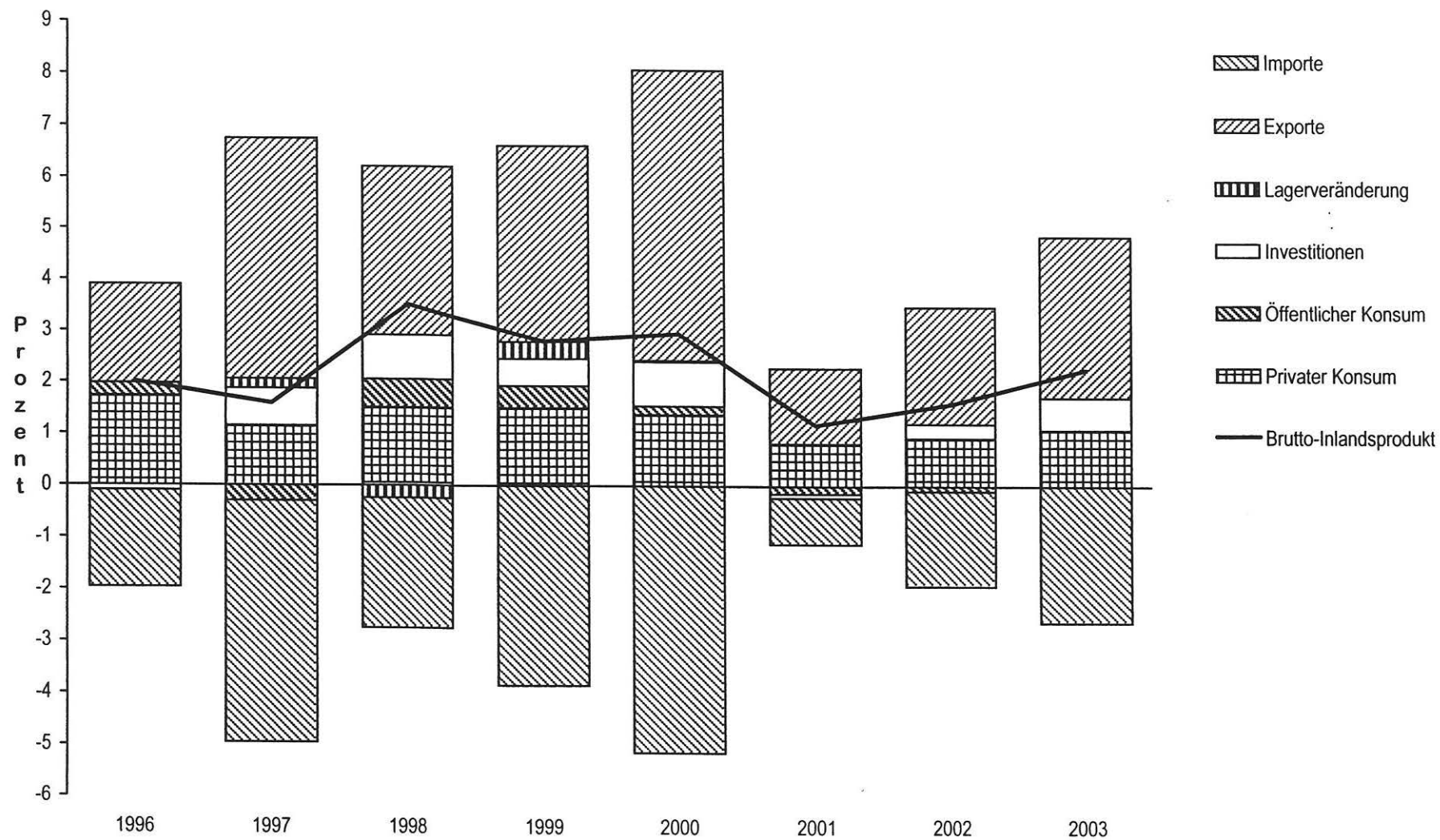
Im laufenden Jahr steigen die realen österreichischen Warenexporte um 4.2 %. In der ersten Jahreshälfte profitierte die inländische Exportwirtschaft trotz weltweiter Konjunkturabschwächung von der Euro-Schwäche. Nachdem dann der stimulierende Effekt durch den Wechselkurs wegfiel, griff die internationale Nachfrageschwäche auch auf die österreichische Exportwirtschaft über. Am Jahresende scheint der konjunkturelle Tiefstand erreicht zu sein und daher kündigt sich ein Aufschwung bereits am Anfang des nächsten Jahres an. Für das Jahr 2002 rechnet das Institut mit einem Exportzuwachs von 4.9 %. Im Jahr 2003 wird sich das Wachstum der Warenexporte auf 6.5 % beschleunigen.

Dem internationalen Trend folgend schwächt sich auch in Österreich die Inlandsnachfrage ab. Die realen Importe nach Österreich wachsen im laufenden Jahr um 3.2 % und damit schwächer als die Exporte. Neben der Abschwächung im Konsum der privaten Haushalte gab es Nachfrageeinbrüche in der verarbeitenden Industrie, da Aufträge aus dem Ausland fehlen. Folglich ist auch bei den Importen seit dem Jahresbeginn eine graduelle Verringerung des Wachstums zu beobachten. Eine Trendwende dürfte jedoch bereits Anfang des nächsten Jahres eintreten. Im nächsten Jahr wird sich die Inlandsnachfrage wieder beleben, daher werden auch die Importe mit 4.2 % stärker als im laufenden Jahr wachsen. Aufgrund der guten Inlandsnachfrage und dem anziehenden Welthandel wird sich das Wachstum der realen Warenimporte auf 6.2 % belaufen.

Auf Grund der Ereignisse in den USA gerät die österreichische Tourismusbranche im laufenden Jahr in eine Ausnahmesituation. Der österreichische Reiseverkehr verzeichnet dadurch einen deutlichen Zuwachs bei Urlaubern in Österreich. Auf Grund der Konjunkturflaute in den USA und Japan sinken zwar seit Jahresbeginn die Umsätze von Gästen aus Übersee, die Hauptmärkte für die österreichische Tourismusindustrie sind jedoch die Nachbarländer, allen voran Deutschland, die Schweiz und Italien. Im laufenden Jahr beträgt das Wachstum der realen Reiseverkehrsexporte 4.8 %, wobei in der zweiten Jahreshälfte das Ergebnis weiterhin gut ausfällt. Neben dem abklingenden Sondereffekt der Flugangst dürfte die verbesserte Konjunkturentwicklung in Deutschland die Nachfrage nach Österreichurlauben im nächsten Jahr beleben. Die realen Reiseverkehrsexporte dürften im nächsten Jahr um 2 % wachsen und sich im Jahr 2003 um 3 % beschleunigen. Die realen Reiseverkehrsimporte stiegen im laufenden Jahr noch um 3.3 %. Im nächsten Jahr dürfte die Verunsicherung der Konsumenten zum Tragen kommen; das Importwachstum wird voraussichtlich nur 0.5 % betragen.

Das Leistungsbilanzdefizit betrug im Jahr 2000 5.7 Mrd. €. Auf Grund der durch die schwache Binnennachfrage ausgelösten geringen Importdynamik, des Wegfalls der Effekte des Energiepreisanstiegs und der Entwicklung bei der Reiseverkehrsbilanz rechnet das Institut mit einer kontinuierlichen Verbesserung des Leistungsbilanzsaldos auf 5.2 Mrd. € (2001), 4.5 Mrd. € (2002) bzw. 4.1 Mrd. € (2003).

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Die schwache Dynamik in der Nachfrage der privaten Haushalte hat sich laut den vorliegenden Informationen im dritten Quartal fortgesetzt. In den ersten drei Quartalen sind gemäß der Konjunkturerhebung von Statistik Austria die Umsätze im Einzelhandel real um 0.4 % zurückgegangen. Dieser Rückgang wird primär vom Bereich der Nahrungsmittel mit einem Einbruch um 6 % verursacht. Schwach entwickelte sich auch der Kraftfahrzeughandel mit einem Umsatzrückgang von 2.3 %. Die Neuzulassungen der PKW sind in den ersten 10 Monaten gegenüber dem Vorjahr um 4.7 % gefallen. Auch die Nachfrage der Österreicher nach Auslandsreisen ist in den letzten beiden Quartalen nur mehr schwach gestiegen.

Laut den vorläufigen Werten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ist die **Wachstumsrate des realen privaten Konsums** nach 2.9 % im ersten Quartal 2001 auf ¾ % im zweiten und dritten Quartal abgefallen. Das Institut geht davon aus, dass das Weihnachtsgeschäft sehr gut ausfällt, wozu auch die Euro-Bargeldeinführung zu Jahreswechsel beitragen könnte. Vor diesem Hintergrund weist die Institutsprognose das reale Wachstum des privaten Konsums weiterhin mit 1.5 % im laufenden Jahr und 1.7 % für 2002 aus. Für das Jahr 2003 wird mit einem Konsumwachstum von 2.0 % gerechnet. Damit bleibt die Konsumnachfrage – wie üblich in Zeiten einer schwachen Einkommensentwicklung – eine Stütze der Konjunktur.

Leider liegt eine aktuelle sektorale Aufgliederung der Volkseinkommen nur für einen sehr kurzen Zeitraum vor, sodass weiterhin nur eine vorsichtige Fortschreibung der einkommensseitigen Kategorien der VGR versucht werden kann. Auf Grund der Preisentwicklung und der Budgetkonsolidierung sind die verfügbaren Haushaltseinkommen im Jahr 2001 real stagniert, nach einer kräftigen Belebung im Vorjahr. Durch eine Absenkung der Sparquote um einen Prozentpunkt konnten die Konsumenten ihre reale Konsumnachfrage um 1.5 % ausdehnen. Für 2002 unterstellt die Prognose, dass die leicht anziehende Einkommensdynamik dazu führt, dass die Konsumenten ihre Nachfrage im Einklang mit der Erhöhung der Realeinkommen ausweiten. Erst 2003 wird wieder ein größerer Teil des zusätzlichen Einkommens gespart, sodass die Haushaltssparquote wieder auf das Niveau von 2001 steigt.

Der in der VGR nicht zum privaten Konsum zählende Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter wächst heuer mit 1 % und in den beiden folgenden Jahren mit 2 %.

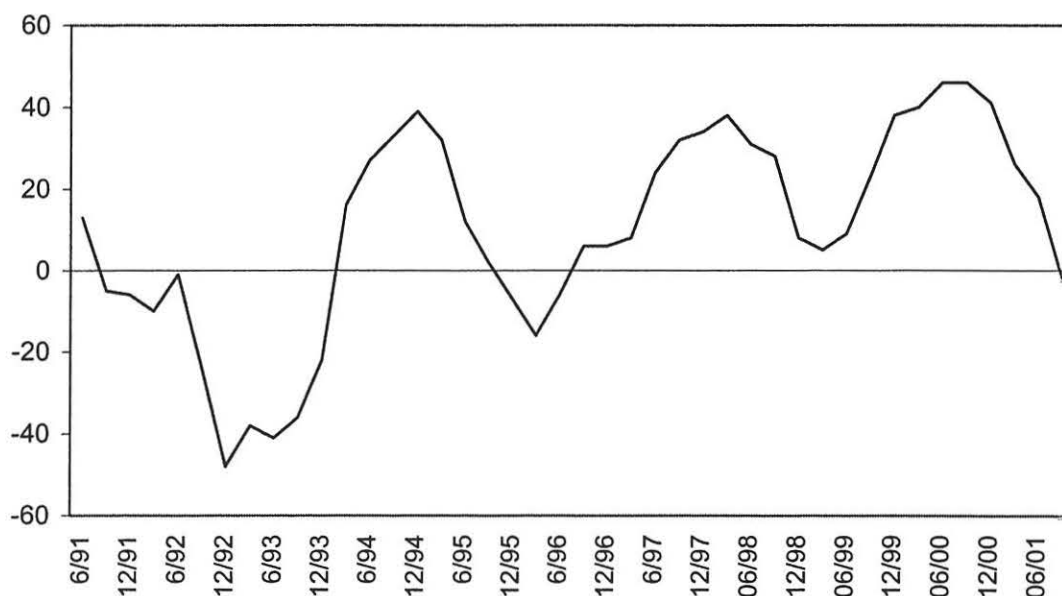
Die Institutsprognose weist die **realen Bruttoinvestitionen insgesamt** sowie ihre beiden Hauptkomponenten aus, zum einen die **realen Ausrüstungsinvestitionen** und zum anderen die **realen Bauinvestitionen**¹.

¹ Die realen Bauinvestitionen setzen sich zusammen aus den Bauinvestitionen in Wohnbauten und in Nichtwohnbauten. Die realen Ausrüstungsinvestitionen setzen sich zusammen aus den Investitionen in Nutztiere und -pflanzungen, Fahrzeuge, Maschinen und Geräte und den Investitionen in immaterielle Anlagegüter. Vorratsveränderungen und Nettozugänge an Wertsachen sind als dritte Komponente in den Bruttoinvestitionen enthalten, werden aber nicht getrennt ausgewiesen.

Nach den nunmehr vorliegenden realisierten Zahlen betrug das Wachstum der **realen Ausrüstungsinvestitionen** im Jahr 2000 11.1 %, und damit beinahe das Dreifache des Wachstums des Jahres 1999. Investitionen in Maschinen und Geräte trugen zu diesem überdurchschnittlichen Wachstum stärker bei als Investitionen in Fahrzeuge. Mit dem Abflachen der Konjunktur im laufenden Jahr bricht das Wachstum der realen Ausrüstungsinvestitionen regelrecht ein und beträgt nur noch 1.1 %. Im Jahr 2002, in dessen Verlauf sich das Wirtschaftswachstum erholen wird, wird auch die Investitionsdynamik moderat auf 2.5 % anziehen, und sich im Jahr 2003 auf 5.5 % beschleunigen. Die derzeit ausgesprochen zurückhaltende Investitionstätigkeit entspricht der deutlich verlangsamten Dynamik der österreichischen Außenwirtschaft. Die wirtschaftliche Expansion der letzten Jahre war in Österreich – wie in vielen anderen Staaten – von lebhafter Exporttätigkeit getragen, die den Anlass für einen verstärkten Aufbau von Produktionskapazitäten bildete. Angesichts der aktuellen Verlangsamung des österreichischen Exportwachstums, die ja auch im nächsten Jahr noch vorhalten wird, dürften sich exportorientierte Unternehmen vorläufig größere Zurückhaltung bei Investitionsprojekten auferlegen.

Die Ergebnisse der letzten verfügbaren Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (September 2001), die in den beiden folgenden Graphiken auszugsweise wiedergegeben sind, spiegeln die aktuellen Kontraktionstendenzen wider. Zur Beurteilung der Auftragsbestände wird der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen der Auftragslage herangezogen, der erstmals seit 1996 wieder ein negatives Vorzeichen aufweist. Die Beurteilung der Auslandsaufträge (hier nicht ausgewiesen) wurde von den Unternehmen ebenfalls kräftig zurückgenommen, weist aber noch einen knapp positiven Saldo auf.

Beurteilung der Auftragsbestände



Quelle: Industriellenvereinigung

Produktionstätigkeit der nächsten 3 Monate



Quelle: Industriellenvereinigung

Eine ebenso eindeutige Abwärtstendenz stellt sich auch in der Einschätzung der Produktionstätigkeit der nächsten 3 Monate dar. Auch hier überwiegen inzwischen die negativen Beurteilungen. Die Befragung stammt vom Ende des dritten Quartals, sodass die Einschätzungen bereits durch die Anschläge von New York und Washington und die folgenden Kriegshandlungen geprägt sind.

Nach den neuerlich revidierten Werten der österreichischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stellt sich die Entwicklung der Baubranche in den letzten Jahren noch schwächer dar als nach den zuvor vorliegenden Zahlen. So waren nicht nur 1997, sondern auch 1999 Rückgänge der **realen Bauinvestitionen** zu verzeichnen, und auch im Jahr 2000 war ihre Wachstumsrate mit 0,3 % nur noch knapp positiv.

Für das Jahr 2001 zeichnet sich ein Schrumpfen der realen Bauinvestitionen um 2,3 % ab. Für die Jahre 2002 und 2003 wird nur eine langsame Erholung der Bautätigkeit erwartet, sodass erst wieder im Jahr 2003 mit einer positiven Wachstumsrate der realen Bauinvestitionen zu rechnen ist. Die negative Entwicklung in den letzten Jahren begründet sich vornehmlich aus dem Bereich Hochbau, und hier sowohl aus dem Wohnbau als auch aus dem Industrie- und Ingenieurbau. Im Wohnbau wird das Jahr 2001 bereits das fünfte Jahr in Folge mit einer negativen Wachstumsrate sein. Da die Zahl der Bewilligungen im Wohnungsneubau weiterhin zurückgeht, zeichnet sich auch noch keine Abkehr von dieser rückläufigen Tendenz ab. Im Tiefbau ist zwar eine positivere Entwicklung zu erwarten, unter anderem auch getragen vom stärkeren Engagement der öffentlichen Hand. Die von der Bundesregierung zur Stützung der Konjunktur angekündigten zusätzlichen Investitionen werden zwar ein noch stärkeres Absacken der Baukonjunktur abfedern, werden aber nicht ausreichen, um die Baukonjunktur schon im Jahr 2002 wieder in den Bereich positiver Wachstumsraten zu befördern. Aus dem Zusammenwirken von besserer gesamtwirtschaftlicher Konjunkturlage und Fördermaßnahmen ist für das Jahr 2003 hingegen wieder von

einem bescheidenen Wachstum der Bauinvestitionen auszugehen. Dass kurzfristig angelegte Investitionspakete eine nachhaltige Verbesserung für den Bausektor bewirken werden, ist jedoch zu bezweifeln.

Die schwache Baukonjunktur steht im Einklang mit der internationalen Situation der Branche. Auch auf EU-Ebene sinkt die Produktion des Baugewerbes derzeit, und zwar stärker im Hoch- als im Tiefbau. Stärkere Rückgänge als in Österreich liegen für den Bereich Hochbau lediglich in Deutschland vor. Auch die Baugenehmigungen in der EU weisen nur sehr vereinzelt positive Wachstumsraten auf, was auf eine weiterhin sehr schwache Baukonjunktur deutet.

Aus Obigem ergeben sich die Wachstumsraten der realen Bruttoinvestitionen insgesamt mit -0.3 % heuer, 1.2 % im Jahr 2002 und 2.7 % im Jahr 2003. Die Investitionsquote stagniert bei einem Wert von nicht ganz 24 %.

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist im Prognosezeitraum nach wie vor durch den in der laufenden Legislaturperiode eingeschlagenen verschärften Konsolidierungskurs und die Entwicklung der Konjunktur bestimmt. Der Budgetvollzug des Bundes für das Jahr 2001 verläuft deutlich günstiger als erwartet. Es kann demnach mittlerweile davon ausgegangen werden, dass das administrative Defizit rund 1.45 Milliarden € betragen wird, nachdem im Bundesvoranschlag noch ein Defizit von 2.38 Milliarden € budgetiert worden war. Auch in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dürfte das öffentliche Defizit des Bundes bei 1.45 Milliarden € liegen. Zusammen mit den Überschüssen der Länder sollte bereits 2001 ein ausgeglichener Haushalt, das "Nulldefizit", erreicht werden.

Diese Verbesserung ist zu einem großen Teil auf die Entwicklung der Bundesabgaben zurückzuführen, die netto, also nach Abzug der an die Länder und Gemeinden gehenden Ertragsanteile, um 0,94 Milliarden € über dem Voranschlag liegen dürften. Die Einnahmen aus Umsatzsteuer und Lohnsteuer entwickeln sich durch die schwächere Wirtschaftsentwicklung zwar ungünstiger als veranschlagt; große positive Abweichungen hingegen gibt es beim Aufkommen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. Diese Mehreinnahmen können nicht aus der laufenden Wirtschaftsentwicklung erklärt werden; vielmehr schlagen hier die Maßnahmen des Konsolidierungspakets 2001 wesentlich stärker durch als ursprünglich erwartet. Vor allem die neu eingeführte Verzinsung von Steuerrückständen führte zu Vorauszahlungen, die um 0.94 Milliarden € über den Erwartungen lagen.

Der von der Bundesregierung beschlossene Konsolidierungskurs sollte grundsätzlich beibehalten werden. Österreich betätigt sich damit keineswegs als überambitionierter finanzpolitischer Vorreiter, sondern hat lediglich angesichts der sich aus der offensichtlich zu laxen Politik der Vorjahre ergebenden Gefahr, den Anschluss zu verlieren, eine längst überfällige Wende nachvollzogen und wird gegen Ende der laufenden Legislaturperiode zum westeuropäischen Mittelfeld aufschließen. Im Jahr 2000 verzeichnete die gesamte Euro-Zone bereits einen Budgetüberschuss von 0.3 %, die Staaten der Europäischen Union in ihrer Gesamtheit sogar einen Überschuss von 1.2 % des Bruttoinlandsprodukts; in einigen Mitgliedstaaten werden Budgetüberschüsse bis an die und über die 5-Prozent-Marke erzielt. Österreichs wies mit 1.1 % nach Frankreich (1.5 %) und Portugal (1.3 %) die höchste Neuverschuldungsquote auf.

Das Institut geht trotz der Konjunkturerintrübung davon aus, dass das „Nulldefizit“ auch, wie geplant, in den Jahren 2002 und 2003 zu halten sein wird, wenngleich angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage eine Prognose nach wie vor mit großen Unsicherheiten verbunden ist. Die gesamtstaatliche Schuldenquote ist mittlerweile ebenfalls auf einem klaren Abwärtstrend und sollte 2002 unter den Maastricht-Referenzwert von 60 % des BIP sinken. Der öffentliche Konsum wird auch im nächsten Jahr real leicht zurückgehen und im Jahr 2003 praktisch stagnieren. Aus ökonomischer Sicht wäre es auch durchaus vernünftig, zwar grundsätzlich strikte fiskalische Disziplin walten, die automatischen Stabilisatoren angesichts der Konjunkturabschwächung aber wirken zu lassen und rein konjunkturell verursachte Einnahmenausfälle beziehungsweise Mehrausgaben nicht zu kompensieren, um gleichsam um jeden Preis das ursprünglich angepeilte Nulldefizit „durchzuziehen“. Längerfristig gibt es zu dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs ohnehin keine Alternative. Den derzeit konjunkturbedingt sehr eng gesetzten Grenzen für die österreichische Fiskalpolitik sollte auch bei der nunmehr in Gang gekommenen Diskussion um eine gegen Ende der laufenden Legislaturperiode anzusetzende Steuerreform Rechnung getragen werden. Steuerliche Entlastungen sollten nur vorgenommen werden, soweit sie auch finanzierbar sind, damit der neue fiskalpolitische Kurs auch glaubwürdig bleibt.

Dennoch sollte unter rigoroser Beachtung des eingeschlagenen Stabilitätskurses mittelfristig an der Schaffung von Spielräumen gearbeitet werden, die eine Verringerung der Abgabenbelastung ermöglichen. Die Beschleunigung des Konsolidierungskurses musste nicht zuletzt mit einem gegenüber den ursprünglichen Plänen verstärkten Zugriff auf der Einnahmenseite erkaufte werden.

Mittelfristig wird die Budgetpolitik daher um strukturelle Weichenstellungen auf der Ausgabenseite nicht herumkommen. Kern muss eine umfassende Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung sein mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effizientere Ressourcenverwendung gewährleisten und damit Einsparungspotentiale und Spielräume für eine Steuersenkung eröffnen. Die derzeit unter dem Titel „Verwaltungsreform“ unmittelbar ins Auge gefassten Maßnahmen können nur ein erster Schritt sein. Mittelfristig sollte sich eine Reform des Finanzausgleichs an der Überlegung orientieren, die fiskalische Verantwortung der einzelnen öffentlichen Haushalte für die von ihnen jeweils erbrachten Leistungen besser klarzustellen und damit effektivere Anreize für eine sparsame Mittelverwendung zu schaffen.

Entscheidender Weichenstellungen bedarf es im Bereich der Pensionsversicherung. Hier müssten die bereits in Aussicht genommenen tiefergehenden Strukturreformen in Angriff genommen werden, die auf eine Stärkung des Versicherungsprinzips hinauslaufen beziehungsweise darauf, die davon abweichenden, „versicherungsfremden“ Leistungen im Wege einer Sonderfinanzierung zu erbringen. Das Institut plädiert in diesem Zusammenhang für die – schon im Arbeitsprogramm der Bundesregierung vorgesehene – Einführung persönlicher und beitragsdefinierter Pensionskonten im Rahmen des bestehenden Umlageverfahrens. Als Ergänzung bietet sich an, zusätzlich eine nach dem Kapitaldeckungsverfahren organisierte Säule (wo auch private Anbieter zugelassen werden könnten) aufzubauen.

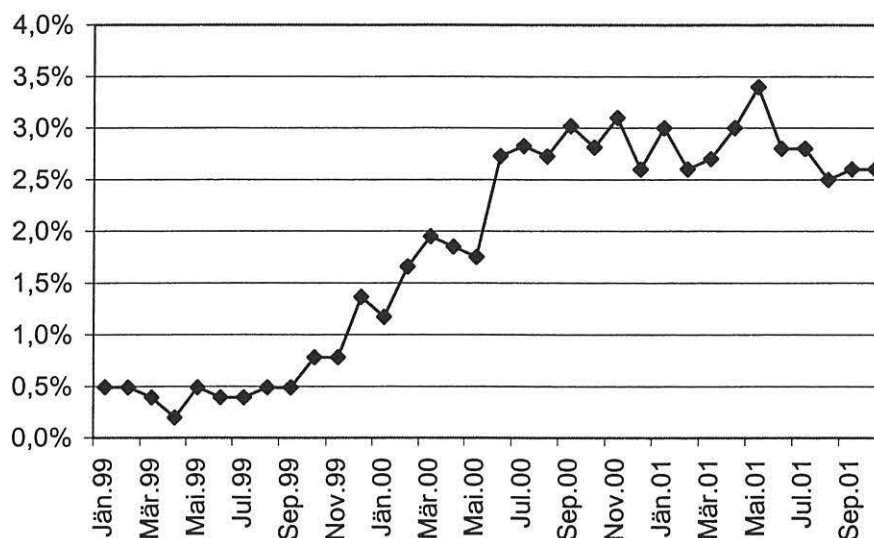
In den ersten drei Quartalen 2001 sind die Arbeitnehmer-Entgelte laut VGR je Aktiv-Beschäftigten um rund 3 ¼ % gewachsen. Der Anstieg der Tariflöhne hat sich im Jahresverlauf von 2.5 % auf 2.8 % beschleunigt. Die **Lohnprognose** rechnet daher weiterhin mit einem Wachstum der Arbeitnehmerentgelte je

unselbständig Beschäftigtem (ohne KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdienster mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) von 3.1 %. In realer Rechnung beläuft sich der Lohnanstieg auf Grund der Preissteigerungen auf 0.5 %.

Die Lohnrunde im Herbst war von den erheblichen Unsicherheiten über den weiteren Konjunkturverlauf geprägt. Am 22. Oktober einigten sich die Sozialpartner in der Metallindustrie auf eine Erhöhung der Ist-Löhne um 2.9 %. Betrachtet man die gesamte Herbstlohnrunde, schwanken die Abschlüsse im Bereich von 3.2 % (Papierindustrie) bis 2.3 % (Steine/Keramik). Der Handel hat mit 2.5 % abgeschlossen. Die Lohnabschlüsse haben die Inflation des Vorjahres abgegolten, sind aber deutlich höher als der für 2002 zu erwartende Preisanstieg. Die Lohnabschlüsse bewegen sich im stabilitätskonformen Bereich. Kritisch ist aber zu bemerken, dass in der Metallindustrie keine Optionsklauseln mehr vereinbart wurden. Vor diesem Hintergrund wird ein nominelles Lohnwachstum von 2.9 % für 2002 erwartet. Die Reallöhne wachsen um 1.2 % und damit in etwa mit dem selben Tempo wie die Arbeitsproduktivität (1.4 %). Auf Grund der nachlassenden Preisdynamik wird sich das Lohnwachstum 2003 auf 2.1 % verlangsamen. In dieser Prognose ist aber auch eine Senkung der Lohnnebenkosten im Ausmaß von 0.5 Mrd. € inkludiert. Die Brutto Lohn- und Gehaltssumme (Arbeitnehmerentgelte exklusive Arbeitgeberbeiträge) steigt folglich um 2.5 %.

In der zweiten Jahreshälfte 2001 ist eine fallende Tendenz der **Inflationsrate** festzumachen. Gegenwärtig beläuft sich der Preisanstieg auf rund 2 ½ %. Während von den Energiepreisen dämpfende Effekte ausgehen, sind Preisauftriebstendenzen in den Bereichen Wohnen, Bildung und Gesundheit festzustellen. Der stärkste preistreibende Effekt geht aber weiterhin von den Nahrungsmitteln aus. Die Kerninflation (ohne Nahrungsmittel und Energie) belief sich im Oktober aber bereits auf 3 %. Die Inflation ist in den letzten Monaten schwächer gesunken als erwartet, daher rechnet das Institut für heuer mit einer Inflationsrate von 2.7 %. Auf Grund der Konjunkturabschwächung sollte die Inflationsrate im nächsten Jahr unter die 2-Prozent-Marke fallen und wird 1 ¾ % betragen. Die Einführung des Euro-Bargeldes könnte die Inflation zu Jahresbeginn etwas dämpfen. Weiters unterstellt diese Prognose, dass von den Rohstoffpreisen ein leicht preisdämpfender Effekt ausgeht und der internationale Wettbewerbsdruck Preisdisziplin bei den Unternehmen sicherstellt. Auch im Jahr 2003 wird die Inflation über der 1.5 Prozent-Marke zu liegen kommen.

Inflationsrate



Quelle: Statistik Austria

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Monaten weiter verschärft. Der Arbeitsmarkt reagiert auf die konjunkturelle Eintrübung. Der Beschäftigungsanstieg verringerte sich seit Jahresbeginn deutlich; im November ist die Beschäftigung nur noch marginal gestiegen. Im Oktober übertraf der Beschäftigtenstand (bereinigt um KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdienler) das Niveau des Vergleichszeitraums des Vorjahres um rund 11.100 Personen bzw. 0.4 %. Während die Frauenbeschäftigung noch mit einer Rate von knapp 1.5 % expandiert, geht die Männerbeschäftigung bereits um über ein halbes Prozent zurück. In sektoraler Betrachtung hat sich das Expansionstempo im Dienstleistungssektor verlangsamt. Die Zahl der öffentlich Bediensteten geht zurück, auch im Bereich der Nachrichtenübermittlung schrumpft die Beschäftigung. Die unternehmensnahen Dienstleistungen expandieren zwar weiterhin, allerdings mit merkbar abgeschwächter Dynamik. Die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion ist im Durchschnitt der ersten 10 Monate zwar noch geringfügig gestiegen, seit September ist die Beschäftigung im Aggregat allerdings bereits rückläufig. Die Krise am Bau schlägt sich deutlich in der Beschäftigtenstatistik nieder.

Die Beschäftigungsdynamik wird im nächsten halben Jahr weiter stagnieren. Die konjunkturelle Belebung in der zweiten Jahreshälfte 2002 dürfte dazu führen, dass die Zahl der Arbeitsplätze im kommenden Jahr durchschnittlich um 0.2 % steigen könnte. Erst im Jahr 2003 ist wieder mit einer stärkeren Beschäftigungsdynamik zu rechnen.

Arbeitsmarktentwicklung 2000/2001

	Veränderung 2001/2000	Relativ
	(Durchschnitt: Jänner bis November)	
Beschäftigte	15.745	0.5%
Männer	-8.870	-0.5%
Frauen	24.615	1.8%
Aktiv Beschäftigte*	15.997	0.5%
Primärer Sektor*	-1.294	-1.9%
Sachgüterproduktion*	2.647	0.4%
Bau*	-10.591	-4.1%
Dienstleistungssektor*	25.234	1.2%
Arbeitslose	5.831	3.0%
Männer	4.597	4,3%
Frauen	1.234	1.4%

* Durchschnitt Jänner bis Oktober

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

In den letzten Monaten ist die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen drastisch angestiegen. Während die Arbeitslosenzahl bis April gegenüber dem Vorjahr noch zurückging, sind ab Mai - erstmals seit Februar 1999 - wieder steigende Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Im November lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 32.000 bzw. 16.6 % über dem Niveau des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt 2001 wird die Arbeitslosenzahl 202.500 betragen. In den nächsten Monaten ist mit keiner signifikanten Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zu rechnen. In der zweiten Jahreshälfte 2002 sollte sich der Arbeitsmarkt wieder etwas erholen, sodass für den Jahresdurchschnitt 213.000 Arbeitslose prognostiziert werden. Dieser positive Trend auf Grund der wirtschaftlichen Belebung wird sich 2003 weiter verstärken, sodass die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt wieder auf das Niveau von heuer fallen könnte. Diese Prognose unterstellt, dass von der Krise am Bau keine dauerhaften negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ausgehen.

Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) wird heuer 6 % betragen. 2002 wird die Arbeitslosenquote laut Prognose weiter steigen und bei 6.3 % zu liegen kommen. 2003 ist hingegen wieder mit einem Rückgang auf 6.0 % zu rechnen. Die Arbeitslosenrate nach EUROSTAT-Berechnungsmethode ist 2002 4.2 % und wird im folgenden Jahr wieder auf 4.0 % fallen.

Obwohl die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage primär konjunkturell bedingt ist, bestehen weiterhin Aufgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Durch ein generelles Anheben des Humankapitalniveaus der Arbeitskräfte sollte der Tendenz zum Auseinanderdriften von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage nach Qualifikationsstufen gegengesteuert werden. Hierbei wäre eine noch stärkere Zusammenarbeit von Akteuren der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik und der Betriebe wünschenswert. Eine Kürzung der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik erschiene in einer solchen Situation kontraproduktiv. Teile des Beschäftigungsrückgangs am Bau sind als permanent einzuschätzen, daher sind verstärkte

Umschulungsanstrengungen für die freigesetzten Bauarbeiter wünschenswert. Der gegenwärtig festzustellende Anstieg des Arbeitskräftepotentials ist prinzipiell als positiv zu bewerten, das gleichzeitige Ansteigen von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit deutet aber auf Mismatch Probleme am Arbeitsmarkt hin, denen verstärktes Augenmerk gewidmet werden sollte.

5. Monetäre Prognose

Der kommende Jahreswechsel steht ganz im Zeichen der Euro-Bargeldeinführung. Diese ist einerseits ein zentraler Schritt auf dem Weg des Europäischen Integrationsprozesses, andererseits könnte die physische Verfügbarkeit des Euro das Vertrauen in die europäische Gemeinschaftswährung stärken und die Aufwärtstendenz des Euro gegenüber dem US-Dollar unterstützen. Litt der Euro bisher zudem darunter, dass Teile der beträchtlichen, außerhalb der Eurozone gehaltenen Bargeldbestände in andere Währungen, insbesondere den US-Dollar, getauscht wurden, könnte sich letzterer Effekt jetzt in sein Gegenteil verkehren und zu einer zusätzlichen Euro-Nachfrage führen und den Euro somit weiter festigen. Im Jahresdurchschnitt 2002 erwartet das Institut die US-Dollar/Euro-Relation dementsprechend wie zuletzt prognostiziert auf einem Niveau von 0.96 USD/EUR.

Die internationalen Aktienmärkte registrierten im abgelaufenen Quartal eine deutliche Erholung mit Kursgewinnen, die selbst auf der Ebene der breiten Marktindizes im zweistelligen Prozentbereich angesiedelt waren. Hier wirkte die Stabilisierung der Erwartungen hinsichtlich der inneren Sicherheit, die reichliche Ausstattung der Märkte mit Liquidität und die Hoffnung auf eine baldige Überwindung der Konjunkturschwäche kurstreibend. Die derzeit wieder hohen Kursniveaus in Verbindung mit anhaltenden konjunkturellen Risiken indizieren im Kontext fundamentaler Bewertungsansätze allerdings zunehmende Risiken für Kursrückschläge.

Im abgelaufenen Quartal senkte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Leitzinsen erneut um 50 Basispunkte auf ein Niveau von 3.25 %. Das amerikanische Federal Reserve Board (FED) führte im abgelaufenen Quartal drei weitere Zinssenkungsschritte um insgesamt 125 Basispunkte durch. Mit 1.75% liegt der Zielsatz für Taggeld somit auf dem tiefsten Stand seit 1961.

Am Rentenmarkt verringerten sich die Renditen in der Eurozone zunächst, verzeichneten gegen Ende des Quartals allerdings einen markanten Anstieg über das gesamte Laufzeitenspektrum mit Ausnahme des kurzen Endes. Die Zinsen für Dreimonatsgeld sanken im Einklang mit dem Referenzzinssatz für Taggeld der EZB weiter ab. Daraus resultiert wie erwartet eine abermals steilere Zinskurve als ein Quartal zuvor. Auch die monetäre Seite signalisiert dementsprechend eine Stabilisierung und anschließende Erholung der Wirtschaftsaktivität im Verlauf des Jahres 2002.

Bei einer anhaltenden Abschwächung des Preisauftriebs in der Eurozone wird die EZB weiteren zinspolitischen Spielraum gewinnen, sodass ein Zinssenkungsschritt um 25 Basispunkte in den nächsten Wochen wahrscheinlich erscheint. Bei den US-Dollar-Zinsen sieht das Institut ein mittlerweile nur noch eng begrenztes Potenzial für weitere Zinssenkungen, bei den Euro-Zinsen ein etwas höheres. Den unteren Wendepunkt des gegenwärtigen Zinszyklus erwartet das Institut im ersten Quartal 2002 bei einem Niveau von 1.5% im US-Dollar sowie bei 2.75% in der Eurozone. Am langen Ende des Laufzeitenspektrums ist binnen Jahresfrist trotz der jüngsten Renditeerhöhungen eine Zunahme von mindestens 75 Basispunkten in beiden Währungen zu erwarten.

Nach einer deutlichen Expansion der **Bargeldmenge** im Jahre 2000 (7.8 %), wird für das Jahr 2001 ein Rückgang um 2.1 % erwartet. Diese Entwicklung kann auf die bevorstehende Umstellung auf Euro-Bargeld

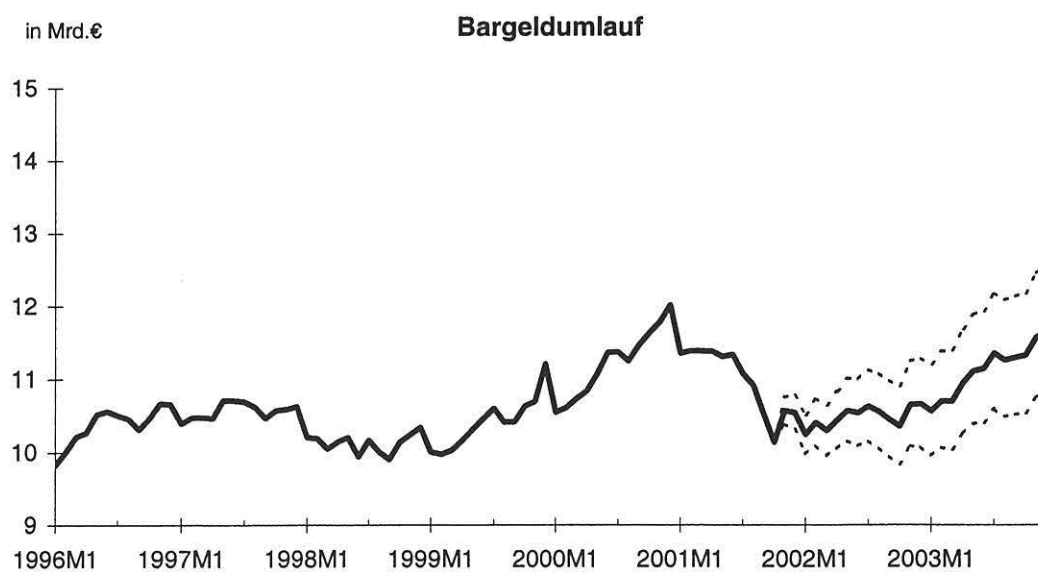
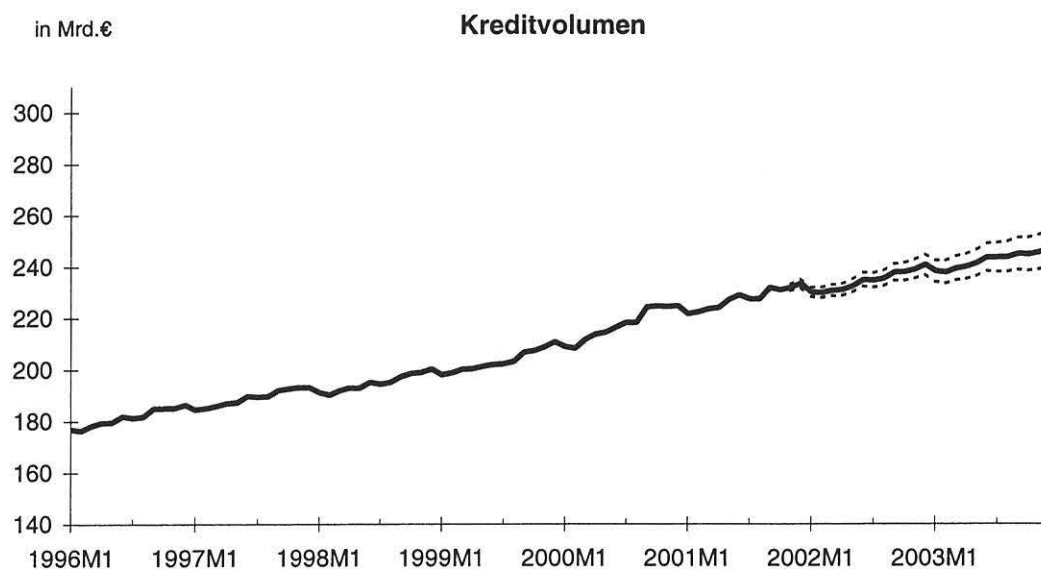
und die damit einhergehende Reduktion an Schilling Bargeldhaltungen zurückgeführt werden. Im darauffolgenden Jahr 2002 sollte die Bargeldmenge im Jahresdurchschnitt bereits wieder um 1.7 % anwachsen, im Jahr 2003 sogar um 9 %. Die Expansion der **Sichteinlagen** wird sich im Jahr 2001 auf leicht abgeschwächtem Niveau bei 8.5 % fortsetzen. Im Jahre 2002 wird es zu einer weiteren leichten Abschwächung des Wachstums auf 7.4 % kommen. Dieser Trend sollte auch im darauffolgenden Jahr 2003 bei einem Wachstum vom 6.3 % im Jahresdurchschnitt anhalten.

Die seit dem Jahre 1999 zu beobachtende deutliche Expansion der **Geldmenge** (M1) wird sich sowohl im laufenden Jahr 2001 mit 5.8 % als auch im Jahr 2002 auf 4.5 % zurückbilden. Erst im Jahr 2003 wird sich das Wachstum wieder auf ein Niveau von 6.3 % erhöhen. Das Volumen der **Termineinlagen**, welches im Jahr 2000 mit einer Rate von 11.3 % stark gewachsen ist, wird im Jahr 2001 noch einmal um 13.7 % zunehmen. Für das Jahr 2002 wird von einem geringeren Wachstum im Ausmaß von 7.8 % ausgegangen.

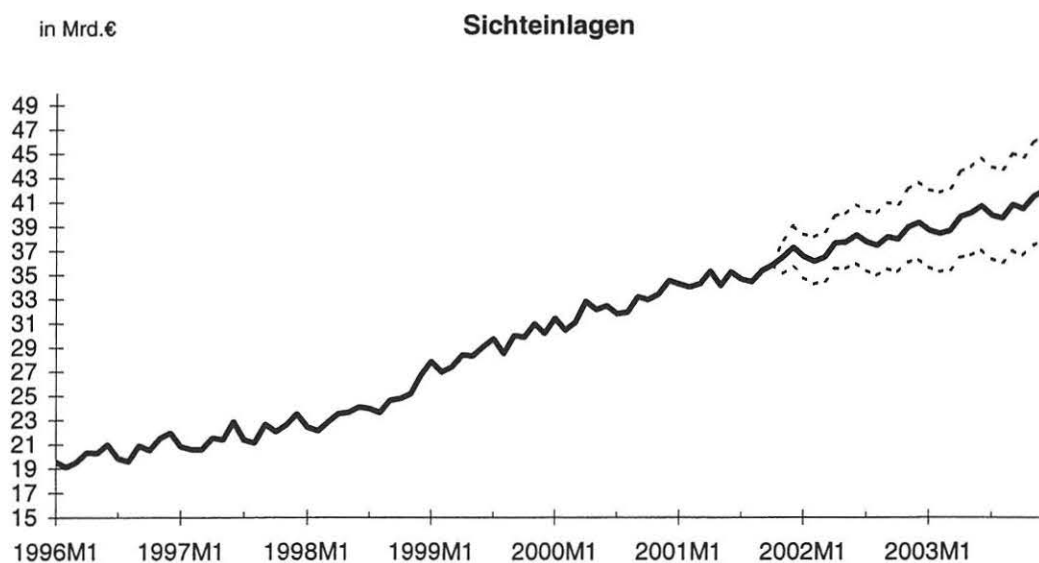
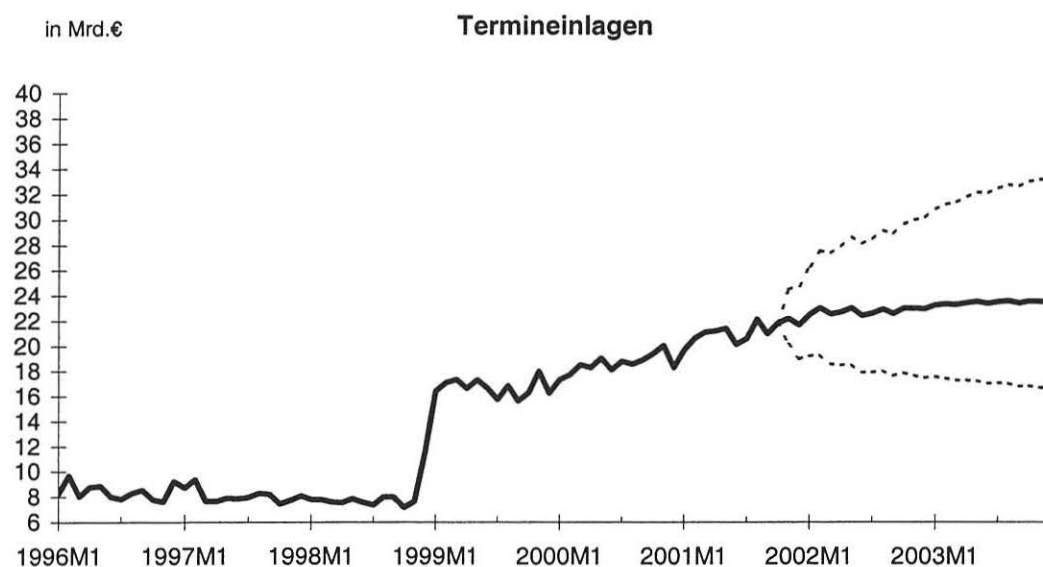
Vor dem Hintergrund der anhaltenden Nachfrage nach höherrentierlichen Sparformen ist das Volumen der **Spareinlagen** im Jahre 2000 sowohl nominell als auch real geschrumpft. Für das laufende Jahr 2001 wird von einem geringen nominellen Wachstum in der Höhe von 0.7 % ausgegangen. Im Jahre 2002 wird dann mit einer nominellen, etwas über der Inflationsrate liegenden Zunahme von 2.4 % gerechnet. Zwar ist aus heutiger Sicht für das Jahr 2003 mit einer weiteren Expansion um nominell 1.2 % zu rechnen, in realer Betrachtung schrumpfen die Spareinlagen damit jedoch erneut.

Während das **Kreditvolumen** im Jahre 2000 noch um 6.9 % gewachsen ist, wird für 2001 eine Zunahme von nur mehr 4.7 % prognostiziert. Die abgeschwächte Expansion des Kreditvolumens sollte sich im Jahr 2002 mit 3.1 % fortsetzen. Im darauffolgenden Jahr wird die Wachstumsrate mit 3.4 % annähernd gleich bleiben. Ursächlich hierfür ist nicht nur die konjunkturkonform schwache Kreditnachfrage, sondern auch die Auswirkungen der neuen Basler Eigenkapitalvorschriften, die eine zurückhaltendere Kreditvergabepraxis nach sich ziehen.

ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE /1



Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE /2

Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	175,742 2,0%	178,540 1,6%	184,827 3,5%	190,015 2,8%	195,638 3,0%	197,951 1,2%	201,106 1,6%	205,658 2,3%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	178,049 3,3%	182,490 2,5%	189,941 4,1%	196,662 3,5%	204,847 4,2%	211,495 3,2%	218,395 3,3%	226,263 3,6%
PGDP	DEFLATOR DES BIP (1995=100)	101,313 1,3%	102,212 0,9%	102,767 0,5%	103,498 0,7%	104,707 1,2%	106,842 2,0%	108,597 1,6%	110,019 1,3%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX (1986=100)	130,750 1,9%	132,511 1,3%	133,732 0,9%	134,484 0,6%	137,624 2,3%	141,340 2,7%	143,842 1,8%	146,143 1,6%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHAEFTIGTEN	31,856 1,6%	32,356 1,6%	33,228 2,7%	34,032 2,4%	34,907 2,6%	35,989 3,1%	37,033 2,9%	37,810 2,1%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV- BESCHAEFTIGTE IN 1000 PERSONEN	2955,750 -0,6%	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3077,942 0,4%	3082,559 0,2%	3097,972 0,5%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,032 0,464	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	6,043 0,204	6,329 0,286	6,046 -0,282
BPC	LEISTUNGSBILANZ (MRD. €) ABSOLUTE DIFFERENZEN	-4,180 0,310	-5,758 -1,578	-4,685 1,073	-6,330 -1,645	-5,709 0,620	-5,242 0,467	-4,535 0,707	-4,056 0,479

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBEITRAEGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Var1	PRIVATER KONSUM	1,730	1,151	1,514	1,512	1,383	0,821	0,927	1,092
Var2	EIGENKONSUM NON-PROFIT	0,063	-0,207	0,050	0,033	0,026	0,018	0,035	0,036
Var3	OEFFENTLICHER KONSUM	0,241	-0,299	0,543	0,427	0,167	-0,143	-0,093	0,000
Var4	INVESTITIONEN	-0,103	0,725	0,865	0,527	0,857	-0,084	0,282	0,631
Var5	AUSRUESTUNGEN	0,467	0,606	0,627	0,434	1,134	0,122	0,276	0,613
Var6	BAUTEN	0,040	-0,140	0,178	-0,088	0,041	-0,282	-0,145	0,118
Var7	STATISTISCHE DIFFERENZ	0,003	0,184	-0,240	0,335	0,029	0,000	0,000	0,000
Var8	EXPORTE I.W.S.	1,930	4,692	3,298	3,823	5,639	1,468	2,277	3,138
Var9	WAREN	1,114	4,096	2,358	2,366	4,254	1,461	1,755	2,404
Var10	DIENTSTLEISTUNGEN	0,508	0,019	0,970	0,274	0,823	0,775	0,459	0,671
Var11	IMPORTE I.W.S.	-1,861	-4,655	-2,509	-3,850	-5,143	-0,898	-1,835	-2,632
Var12	WAREN	-1,199	-2,723	-2,276	-2,241	-3,508	-1,121	-1,500	-2,272
Var13	DIENTSTLEISTUNGEN	-0,644	-0,149	-0,077	0,006	-0,697	-0,267	-0,237	-0,262
GDP	BRUTTO-INLANDSPRODUKT	2,003	1,592	3,521	2,807	2,959	1,182	1,594	2,264

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Var1	INVESTITIONSQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	23,733 -0,578	24,074 0,341	24,091 0,017	23,946 -0,145	24,089 0,144	23,725 -0,364	23,631 -0,094	23,725 0,094
UREU	ARBEITSLOSENRATE EU DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	4,4 0,5	4,4 0,0	4,5 0,1	4,0 -0,5	3,7 -0,3	3,9 0,2	4,2 0,3	4,0 -0,2
Var4	REALZINSSATZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	5,007 0,370	4,792 -0,215	4,117 -0,675	3,989 -0,129	4,212 0,223	2,911 -1,301	3,557 0,646	4,191 0,634
Var5	REALLOEHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	31,245 -0,4%	31,265 0,1%	31,952 2,2%	32,491 1,7%	32,823 1,0%	32,983 0,5%	33,366 1,2%	33,563 0,6%
PRLEA	ARBEITSPRODUKTIVITAET JE AKTIV BESCH.	5,946 2,6%	6,014 1,2%	6,164 2,5%	6,260 1,5%	6,384 2,0%	6,431 0,7%	6,524 1,4%	6,638 1,8%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR IN PROZENT DES BIP ABSOLUTE DIFFERENZEN	-3,8 1,3	-1,9 2,0	-2,4 -0,5	-2,2 0,2	-1,1 1,1	0,0 1,1	0,0 0,0	0,0 0,0

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
C\$	PRIVATER KONSUM	98,093 5,2%	101,665 3,6%	104,973 3,3%	108,653 3,5%	113,115 4,1%	117,809 4,1%	121,872 3,4%	126,174 3,5%
CNP\$	EIGENKONSUM NON-PROFIT	3,693 4,9%	3,380 -8,5%	3,503 3,6%	3,619 3,3%	3,720 2,8%	3,858 3,7%	4,006 3,8%	4,160 3,8%
CP\$	OEFFENTLICHER KONSUM	36,134 2,6%	35,906 -0,6%	37,249 3,7%	38,672 3,8%	39,740 2,8%	40,231 1,2%	40,590 0,9%	41,321 1,8%
IF\$	BRUTTO INVESTITIONEN	42,199 0,7%	44,123 4,6%	46,038 4,3%	47,365 2,9%	49,485 4,5%	49,619 0,3%	50,441 1,7%	52,143 3,4%
IFE\$	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	16,410 4,7%	17,424 6,2%	18,542 6,4%	19,588 5,6%	21,874 11,7%	21,894 0,1%	22,385 2,2%	23,675 5,8%
IFC\$	BAUINVESTITIONEN	25,102 2,6%	25,552 1,8%	26,242 2,7%	26,231 0,0%	26,642 1,6%	26,498 -0,5%	26,508 0,0%	27,107 2,3%
DIF\$	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,080 0,106	0,238 0,317	-0,687 -0,925	0,050 0,737	0,746 0,696	0,821 0,075	0,821 0,000	0,821 0,000
VD\$	INLANDSNACHFRAGE	180,038 3,7%	185,312 2,9%	191,076 3,1%	198,360 3,8%	206,806 4,3%	212,337 2,7%	217,731 2,5%	224,619 3,2%
X\$	EXPORTE I.W.S.	67,463 6,4%	76,369 13,2%	82,682 8,3%	89,631 8,4%	102,692 14,6%	107,454 4,6%	113,338 5,5%	121,478 7,2%
M\$	IMPORTE I.W.S.	69,452 7,2%	79,191 14,0%	83,818 5,8%	91,329 9,0%	104,651 14,6%	108,296 3,5%	112,673 4,0%	119,834 6,4%
GDP\$	B I P ZU MARKTPREISEN	178,049 3,3%	182,490 2,5%	189,941 4,1%	196,662 3,5%	204,847 4,2%	211,495 3,2%	218,395 3,3%	226,263 3,6%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU PREISEN VON 1995)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
C	PRIVATER KONSUM	96,213 3,2%	98,237 2,1%	100,941 2,8%	103,734 2,8%	106,363 2,5%	107,969 1,5%	109,805 1,7%	112,001 2,0%
CNP	EIGENKONSUM NON-PROFIT	3,629 3,1%	3,265 -10,0%	3,354 2,7%	3,415 1,8%	3,465 1,5%	3,500 1,0%	3,570 2,0%	3,642 2,0%
CP	OEFFENTLICHER KONSUM	35,633 1,2%	35,109 -1,5%	36,078 2,8%	36,868 2,2%	37,186 0,9%	36,907 -0,8%	36,722 -0,5%	36,722 0,0%
IF	BRUTTO INVESTITIONEN	41,708 -0,4%	42,982 3,1%	44,527 3,6%	45,500 2,2%	47,128 3,6%	46,964 -0,3%	47,524 1,2%	48,793 2,7%
IFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	16,483 5,1%	17,549 6,5%	18,669 6,4%	19,472 4,3%	21,627 11,1%	21,865 1,1%	22,411 2,5%	23,644 5,5%
IFC	BAUINVESTITIONEN	24,523 0,3%	24,277 -1,0%	24,594 1,3%	24,431 -0,7%	24,510 0,3%	23,958 -2,3%	23,671 -1,2%	23,907 1,0%
DIF	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,180 0,006	0,144 0,324	-0,285 -0,429	0,334 0,620	0,389 0,055	0,389 0,000	0,389 0,000	0,389 0,000
VD	INLANDSNACHFRAGE	177,004 1,9%	179,736 1,5%	184,614 2,7%	189,852 2,8%	194,531 2,5%	195,730 0,6%	198,010 1,2%	201,546 1,8%
X	EXPORTE I.W.S.	66,737 5,2%	74,984 12,4%	80,871 7,9%	87,938 8,7%	98,653 12,2%	101,526 2,9%	106,033 4,4%	112,343 6,0%
M	IMPORTE I.W.S.	67,999 4,9%	76,179 12,0%	80,658 5,9%	87,775 8,8%	97,546 11,1%	99,304 1,8%	102,937 3,7%	108,231 5,1%
GDP	B I P ZU MARKTPREISEN	175,742 2,0%	178,540 1,6%	184,827 3,5%	190,015 2,8%	195,638 3,0%	197,951 1,2%	201,106 1,6%	205,658 2,3%

TAB. 4 : PREISINDIZES (1995 = 100)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
PC	PRIVATER KONSUM	101,954 2,0%	103,490 1,5%	103,995 0,5%	104,742 0,7%	106,348 1,5%	109,113 2,6%	110,990 1,7%	112,655 1,5%
PCP	OEFFENTLICHER KONSUM	101,404 1,4%	102,272 0,9%	103,246 1,0%	104,894 1,6%	106,869 1,9%	109,006 2,0%	110,532 1,4%	112,522 1,8%
PIF	BRUTTO INVESTITIONEN	101,175 1,2%	102,656 1,5%	103,393 0,7%	104,099 0,7%	105,001 0,9%	105,651 0,6%	106,140 0,5%	106,866 0,7%
PIFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	99,552 -0,4%	99,287 -0,3%	99,322 0,0%	100,597 1,3%	101,144 0,5%	100,133 -1,0%	99,882 -0,3%	100,132 0,3%
PIFC	BAUINVESTITIONEN	102,362 2,4%	105,252 2,8%	106,699 1,4%	107,367 0,6%	108,700 1,2%	110,602 1,8%	111,984 1,3%	113,384 1,3%
PVD	INLANDSNACHFRAGE	101,714 1,7%	103,103 1,4%	103,500 0,4%	104,481 0,9%	106,310 1,7%	108,485 2,0%	109,960 1,4%	111,448 1,4%
PX	EXPORTE I.W.S.	101,088 1,1%	101,847 0,8%	102,240 0,4%	101,925 -0,3%	104,094 2,1%	105,840 1,7%	106,889 1,0%	108,131 1,2%
PM	IMPORTE I.W.S.	102,137 2,1%	103,954 1,8%	103,917 0,0%	104,049 0,1%	107,283 3,1%	109,055 1,7%	109,458 0,4%	110,721 1,2%
PGDP	B I P ZU MARKTPREISEN	101,313 1,3%	102,212 0,9%	102,767 0,5%	103,498 0,7%	104,707 1,2%	106,842 2,0%	108,597 1,6%	110,019 1,3%

TAB. 5 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
XG\$	WARENEXPORTE	44,616 5,6%	52,039 16,6%	56,415 8,4%	60,506 7,3%	70,188 16,0%	74,233 5,8%	78,455 5,7%	84,390 7,6%
XSO\$	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	9,499 14,1%	10,032 5,6%	11,702 16,6%	12,083 3,3%	13,816 14,3%	15,220 10,2%	16,220 6,6%	17,616 8,6%
XST\$	REISEVERKEHR	9,835 -0,5%	9,745 -0,9%	10,058 3,2%	10,354 2,9%	10,749 3,8%	11,547 7,4%	12,014 4,0%	12,621 5,1%
XADJ\$	EXPORTE ADJUSTMENT	3,513 19,2%	4,553 29,6%	4,507 -1,0%	6,688 48,4%	7,938 18,7%	6,454 -18,7%	6,649 3,0%	6,850 3,0%
X\$	EXPORTE I.W.S.	67,463 6,4%	76,369 13,2%	82,682 8,3%	89,631 8,4%	102,692 14,6%	107,454 4,6%	113,338 5,5%	121,478 7,2%
MG\$	WARENIMPORTE	49,893 6,6%	55,503 11,2%	59,413 7,0%	63,597 7,0%	72,889 14,6%	76,350 4,7%	79,556 4,2%	85,334 7,3%
MSO\$	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	8,557 12,7%	8,936 4,4%	9,796 9,6%	9,995 2,0%	11,230 12,4%	11,798 5,1%	12,516 6,1%	13,277 6,1%
MST\$	REISEVERKEHR	8,481 6,6%	8,957 5,6%	8,556 -4,5%	8,623 0,8%	9,210 6,8%	9,742 5,8%	9,987 2,5%	10,288 3,0%
MADJ\$	IMPORTE ADJUSTMENT	2,520 3,4%	5,796 130,0%	6,052 4,4%	9,114 50,6%	11,322 24,2%	10,406 -8,1%	10,614 2,0%	10,935 3,0%
M\$	IMPORTE I.W.S.	69,452 7,2%	79,191 14,0%	83,818 5,8%	91,329 9,0%	104,651 14,6%	108,296 3,5%	112,673 4,0%	119,834 6,4%

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU PREISEN 1995)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
XG	WARENEXPORTE	44,174 4,5%	51,372 16,3%	55,581 8,2%	59,954 7,9%	68,038 13,5%	70,896 4,2%	74,369 4,9%	79,204 6,5%
XSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	9,442 13,4%	9,721 3,0%	11,252 15,8%	11,552 2,7%	12,985 12,4%	14,024 8,0%	14,725 5,0%	15,756 7,0%
XST	REISEVERKEHR	9,643 -2,4%	9,397 -2,5%	9,598 2,1%	9,805 2,2%	9,935 1,3%	10,412 4,8%	10,620 2,0%	10,939 3,0%
XADJ	EXPORTE ADJUSTMENT	3,478 18,0%	4,494 29,2%	4,441 -1,2%	6,627 49,2%	7,695 16,1%	6,195 -19,5%	6,318 2,0%	6,445 2,0%
X	EXPORTE I.W.S.	66,737 5,2%	74,984 12,4%	80,871 7,9%	87,938 8,7%	98,653 12,2%	101,526 2,9%	106,033 4,4%	112,343 6,0%
MG	WARENIMPORTE	48,867 4,4%	53,652 9,8%	57,716 7,6%	61,859 7,2%	68,526 10,8%	70,719 3,2%	73,689 4,2%	78,258 6,2%
MSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	8,365 10,1%	8,608 2,9%	9,347 8,6%	9,447 1,1%	10,437 10,5%	10,698 2,5%	11,126 4,0%	11,571 4,0%
MST	REISEVERKEHR	8,299 4,3%	8,316 0,2%	7,715 -7,2%	7,604 -1,4%	7,940 4,4%	8,202 3,3%	8,243 0,5%	8,325 1,0%
MADJ	IMPORTE ADJUSTMENT	2,468 1,2%	5,603 127,0%	5,879 4,9%	8,864 50,8%	10,644 20,1%	9,686 -9,0%	9,880 2,0%	10,078 2,0%
M	IMPORTE I.W.S.	67,999 4,9%	76,179 12,0%	80,658 5,9%	87,775 8,8%	97,546 11,1%	99,304 1,8%	102,937 3,7%	108,231 5,1%

TAB. 7 : EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (1995 = 100)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
PXG	WARENEXPORTE	101,000 1,0%	101,300 0,3%	101,500 0,2%	100,920 -0,6%	103,160 2,2%	104,708 1,5%	105,493 0,8%	106,548 1,0%
PXSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,600 0,6%	103,200 2,6%	104,000 0,8%	104,600 0,6%	106,400 1,7%	108,528 2,0%	110,156 1,5%	111,808 1,5%
PXST	REISEVERKEHR	102,000 2,0%	103,700 1,7%	104,800 1,1%	105,600 0,8%	108,200 2,5%	110,905 2,5%	113,123 2,0%	115,386 2,0%
PX	EXPORTE I.W.S.	101,088 1,1%	101,847 0,8%	102,240 0,4%	101,925 -0,3%	104,094 2,1%	105,840 1,7%	106,889 1,0%	108,131 1,2%
PMG	WARENIMPORTE	102,100 2,1%	103,450 1,3%	102,940 -0,5%	102,810 -0,1%	106,367 3,5%	107,963 1,5%	107,963 0,0%	109,042 1,0%
PMSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	102,300 2,3%	103,800 1,5%	104,800 1,0%	105,800 1,0%	107,600 1,7%	110,290 2,5%	112,496 2,0%	114,746 2,0%
PMST	REISEVERKEHR	102,200 2,2%	107,700 5,4%	110,900 3,0%	113,400 2,3%	116,000 2,3%	118,784 2,4%	121,160 2,0%	123,583 2,0%
PM	IMPORTE I.W.S.	102,137 2,1%	103,954 1,8%	103,917 0,0%	104,049 0,1%	107,283 3,1%	109,055 1,7%	109,458 0,4%	110,721 1,2%
Var1	PX/PM*100 TERMS OF TRADE, GESAMT	98,973 -1,0%	97,974 -1,0%	98,386 0,4%	97,959 -0,4%	97,028 -1,0%	97,051 0,0%	97,653 0,6%	97,661 0,0%
Var2	PXG/PMG*100 TERMS OF TRADE, GUETER	98,923 -1,1%	97,922 -1,0%	98,601 0,7%	98,162 -0,4%	96,985 -1,2%	96,985 0,0%	97,713 0,8%	97,713 0,0%

TAB. 8 : LEISTUNGSBILANZ LT. OeNB (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
BPG	SALDO GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN	-5,598 -0,725	-3,778 1,821	-3,289 0,488	-3,377 -0,088	-2,984 0,393	-2,517 0,468	-1,602 0,915	-1,744 -0,142
BPST	SALDO REISEVERKEHR ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,354 -0,571	0,788 -0,566	1,502 0,714	1,731 0,228	1,540 -0,191	1,805 0,265	2,027 0,222	2,333 0,306
BPSO	SALDO SONST. DIENSTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,147 0,693	0,087 -2,060	0,619 0,533	-0,083 -0,702	-0,493 -0,410	-0,530 -0,038	-1,060 -0,530	-0,745 0,315
BPOP	SALDO EINKOMMEN ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,715 1,026	-1,349 -0,635	-1,779 -0,430	-2,698 -0,919	-2,434 0,264	-2,800 -0,366	-2,600 0,200	-2,600 0,000
BPTR	SALDO TRANSFERS ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,368 -0,113	-1,506 -0,138	-1,738 -0,232	-1,902 -0,165	-1,338 0,564	-1,200 0,138	-1,300 -0,100	-1,300 0,000
BPC	LEISTUNGSBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-4,180 0,310	-5,758 -1,578	-4,685 1,073	-6,330 -1,645	-5,709 0,620	-5,242 0,467	-4,535 0,707	-4,056 0,479

TAB. 9 : AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG OESTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Var1	IMPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN	39,007 1,401	43,395 4,388	44,128 0,733	46,440 2,311	51,087 4,648	51,205 0,118	51,591 0,386	52,962 1,371
Var2	IMPORTQUOTE, GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN	28,022 0,859	30,414 2,392	31,280 0,866	32,338 1,059	35,582 3,244	36,100 0,518	36,428 0,328	37,715 1,287
Var3	EXPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN	37,890 1,085	41,848 3,958	43,531 1,682	45,576 2,045	50,131 4,555	50,807 0,676	51,896 1,089	53,689 1,793
Var4	EXPORTQUOTE, GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN	25,058 0,533	28,516 3,458	29,701 1,185	30,766 1,065	34,264 3,497	35,099 0,836	35,923 0,824	37,297 1,374
Var5	LEISTUNGSBILANZQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	-2,348 0,258	-3,155 -0,808	-2,466 0,689	-3,219 -0,752	-2,787 0,431	-2,479 0,309	-2,077 0,402	-1,793 0,284

TAB. 10 : ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
POPWAT	ERWERBSFAEHIGE BEVOELKERUNG	5237,000 0,3%	5254,500 0,3%	5266,200 0,2%	5275,300 0,2%	5279,100 0,1%	5284,200 0,1%	5292,500 0,2%	5303,000 0,2%
TLFPR	ERWERBSQUOTE	69,623 -0,5%	69,613 0,0%	69,962 0,5%	70,148 0,3%	70,104 -0,1%	70,496 0,6%	70,764 0,4%	70,998 0,3%
TLF	ERWERBSPERSONEN	3646,161 -0,2%	3657,817 0,3%	3684,359 0,7%	3700,541 0,4%	3700,852 0,0%	3725,172 0,7%	3745,201 0,5%	3765,015 0,5%
Var1	INLAENDISCHE ERWERBSPERSONEN	3318,204 -0,4%	3331,510 0,4%	3357,314 0,8%	3366,933 0,3%	3355,244 -0,3%	3365,395 0,3%	3378,228 0,4%	3390,703 0,4%
DLFFOR	AUSLAENDISCHES ARBEITS- KRAEFTEANGEBOT	327,957 0,8%	326,307 -0,5%	327,045 0,2%	333,608 2,0%	345,608 3,6%	359,777 4,1%	366,973 2,0%	374,312 2,0%
SEG	SELBSTAENDIG ERWERBSTAETIGE	368,400 -0,8%	368,900 0,1%	369,900 0,3%	370,900 0,3%	372,800 0,5%	374,664 0,5%	376,537 0,5%	378,420 0,5%
DLF	ARBEITSKRAEFTEANGEBOT	3277,761 -0,2%	3288,917 0,3%	3314,459 0,8%	3329,641 0,5%	3328,052 0,0%	3350,508 0,7%	3368,664 0,5%	3386,595 0,5%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV-BESCHAEFTIGTE	2955,750 -0,6%	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3077,942 0,4%	3082,559 0,2%	3097,972 0,5%
LENACT	K(U)G-BEZIEHERINNEN UND PRAESENZDIENER	91,504 -4,6%	87,063 -4,9%	78,359 -10,0%	72,363 -7,7%	69,280 -4,2%	70,111 1,2%	72,915 4,0%	83,853 15,0%
UN	ARBEITSLOSE	230,507 6,9%	233,348 1,2%	237,793 1,9%	221,743 -6,7%	194,314 -12,4%	202,455 4,2%	213,189 5,3%	204,770 -3,9%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,032 0,464	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	6,043 0,204	6,329 0,286	6,046 -0,282

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	178,049 3,3%	182,490 2,5%	189,941 4,1%	196,662 3,5%	204,847 4,2%	211,495 3,2%	218,395 3,3%	226,263 3,6%
YWGG\$	ARBEITNEHMER-ENTGELT LT. VGR	94,157 1,0%	96,050 2,0%	99,628 3,7%	103,304 3,7%	106,971 3,5%	110,772 3,6%	114,155 3,1%	117,135 2,6%
BUSE	BRUTTOBETRIEBSUEBER- SCHUSS/SELBST.EINK	62,223 7,1%	63,062 1,3%	66,645 5,7%	68,174 2,3%	72,510 6,4%	74,342 2,5%	77,068 3,7%	81,140 5,3%
PASUB	PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	21,669 3,3%	23,377 7,9%	23,667 1,2%	25,183 6,4%	25,366 0,7%	26,381 4,0%	27,172 3,0%	27,987 3,0%
YF\$	PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-1,093 -50,6%	-1,156 5,7%	-1,452 25,6%	-3,267 125,0%	-2,884 -11,7%	-2,942 2,0%	-3,001 2,0%	-3,061 2,0%
DEP\$	ABSCHREIBUNGEN LT. VGR	25,193 4,1%	26,095 3,6%	27,107 3,9%	28,166 3,9%	29,501 4,7%	30,828 4,5%	32,215 4,5%	33,665 4,5%
Y\$	NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	151,762 4,0%	155,239 2,3%	161,382 4,0%	165,229 2,4%	172,462 4,4%	177,725 3,1%	183,180 3,1%	189,537 3,5%
YT\$	LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-0,833 61,0%	-0,744 -10,7%	-1,206 62,1%	-1,059 -12,2%	-0,791 -25,3%	-0,791 0,0%	-0,791 0,0%	-0,791 0,0%
NE\$	VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	150,929 3,8%	154,495 2,4%	160,176 3,7%	164,170 2,5%	171,672 4,6%	176,935 3,1%	182,389 3,1%	188,747 3,5%

TAB. 12 : MONETAERER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD € BZW. PROZENT)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
BGK	BARGELD OHNE GOLD- UND SILBERMÜNZEN	10,371 5,6%	10,566 1,9%	10,126 -4,2%	10,409 2,8%	11,222 7,8%	10,989 -2,1%	11,170 1,7%	12,208 9,3%
SI	SICHTEINLAGEN	20,346 14,1%	21,758 6,9%	23,947 10,1%	28,910 20,7%	32,316 11,8%	35,074 8,5%	37,656 7,4%	40,017 6,3%
M1	GELDMENGE M1	30,717 11,1%	32,324 5,2%	34,073 5,4%	39,319 15,4%	43,538 10,7%	46,066 5,8%	48,136 4,5%	51,148 6,3%
TE	TERMINEINLAGEN INKL. AUFGENOMMENE GELDER	8,412 -4,9%	8,077 -4,0%	7,988 -1,1%	16,692 109,0%	18,584 11,3%	21,136 13,7%	22,783 7,8%	23,451 2,9%
SP	SPAREINLAGEN	112,657 2,4%	115,413 2,4%	117,468 1,8%	120,299 2,4%	119,998 -0,3%	120,778 0,7%	123,642 2,4%	125,072 1,2%
D	EINLAGEVOLUMEN	141,415 3,5%	145,248 2,7%	149,403 2,9%	165,901 11,0%	170,898 3,0%	177,116 3,6%	185,845 4,9%	188,182 1,3%
KV	KREDITVOLUMEN	181,482 6,1%	189,197 4,3%	194,940 3,0%	203,362 4,3%	217,424 6,9%	227,609 4,7%	234,591 3,1%	242,525 3,4%
REU3M	EUROANLEIHEN-RENDITE 3M *	3,211 -28,2%	3,291 2,5%	3,493 6,2%	2,876 -17,7%	4,530 57,5%	3,926 -13,3%	2,984 -24,0%	3,862 29,4%
REU10J	EUROANLEIHEN-RENDITE 10J *	6,336 -9,1%	5,679 -10,4%	4,660 -18,0%	4,700 0,9%	5,381 14,5%	4,950 -8,0%	5,225 5,6%	5,461 4,5%

* IHS/RZB-Zinsstrukturmodell.

TAB. 13 : WECHSELKURSE (JAHRES DURCHSCHNITTE)

	1998	1999	2000	2001	2002
USD/EUR	1,114	1,067 -4,3%	0,924 -13,4%	0,896 -3,1%	0,961 7,3%
GBP/EUR	0,672	0,659 -2,1%	0,609 -7,5%	0,622 2,1%	0,618 -0,6%
YEN/EUR	145,539	121,386 -16,6%	99,585 -18,0%	108,724 9,2%	112,564 3,5%
SFR/EUR	1,613	1,601 -0,8%	1,558 -2,7%	1,510 -3,1%	1,498 -0,8%

IHS/RZB-Wechselkursmodell.